Dienstag, den 27. März 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 74

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Um die Reichsamnestie.

Die Sozialdemokratie stimmt dem deutschnational-kommunistischen Kompromißantrag nicht zu.

Berlin, 27. März. (Eigener Funkbericht.)

Der Rechtsausschuß des Reichstages hat in den letzten Wochen wiederholt den Versuch gemacht, ein Amnestiegesetz zustande zu bringen. Vor allem bemühte sich die Sozialdemokratie um die Verabschiedung eines derartigen Gesetzes. Sie stellte außerordentlich weitgehende Anträge und ließ sich dabei vor allem von dem Gedanken leiten, eine Amnestie nach Recht und Billigkeit durchzusetzen. **Die Mehrzahl der Anträge wurde jedoch von dem Rechtsausschuß abgelehnt.** Um eine Mehrheit zu schaffen, verhandelten dann die Kommunisten mit den Deutschnationalen über einen Austausch der beiderseitigen Gefangenen. Die Kommunisten sollten freigelassen werden, die Fememörder und die Mörder von Ahrensdorf aber auch. Dem verweigerten die Sozialdemokraten ihre Zustimmung. Die Deutschnationalen ließen jedoch mit sich handeln, und so entstand folgender Antrag, zu dem auch die Mehrheit der Sozialdemokratie im Rechtsausschuß des Reichstages vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Fraktion ihr Einverständnis erklärte:

§ 1. Es wird Straferlaß gewährt für die zurzeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht verbüßten Strafen, die von Gerichten des Reiches und der Länder verhängt wurden wegen Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind. Der Straferlaß erstreckt sich auch auf Nebenstrafen, Sicherungsmaßnahmen, rückständige Geldbußen und Kosten.

§ 2. Anhängige Verfahren wegen der im § 1 Abs. 1 umschriebenen Straftaten werden eingestellt. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet, soweit sie sich auf Handlungen beziehen, die vor dem 1. Januar 1928 begangen worden sind.

§ 3. Ausgeschlossen von der Straffreiheit (§ 1 und 2) bleiben Landesverrat (§§ 87—92 des Reichsstrafgesetzbuches) und Verrat militärischer Geheimnisse (Reichsgesetz vom 3. Juli 1914), wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist.

§ 4. Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind ferner vollendeter oder versuchter Mord oder Totschlag und Teilnahme an einer solchen Straftat. Strafen, die wegen eines der im Absatz 1 bezeichneten aus politischen Beweggründen begangenen Verbrechens zurzeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtskräftig erkannt sind, werden in Festung umgewandelt. Freiheitsstrafen werden auf ein Drittel der durch Urteil oder Gnadenerweis festgesetzten Zeitdauer, jedenfalls aber auf nicht mehr als die Hälfte der gesetzlichen Höchstdauer zeitlicher Freiheitsstrafen herabgesetzt. Die erlittene Untersuchungshaft ist auf die hiernach zu verbüßenden Strafen anzurechnen.

Die Befugnis der zuständigen Gnadeninstanzen zu weitergehenden Gnadenerweisen bleibt unberührt."

Am Montag abend hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einer mehrstündigen Debatte nochmals die Frage einer Amnestie durchgesprochen und dem vorstehenden Antrag mit großer Mehrheit die Zustimmung verweigert. Die Motive, von denen sich die Anhänger dieses Kompromisses leiten ließen, fanden dabei allgemeine Anerkennung. Entscheidend für das Verhalten der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war der § 4, **der Fememördern und sonstigen rechtsgerichteten Mördern sowie Totschlägern ganz unerträgliche mit der Schwere ihrer Tat und der Gemeinheit ihrer Gesinnung ganz unvereinbare Gnadenbeweise verheißt.** Diese Mörder würden nach dem Kompromiß im Höchstfalle nur noch eine Ehrenhaft von 7½ Jahren, zumeist aber nur noch viel geringere Ehrenstrafen zu verbüßen haben. Andererseits wäre die Folge, daß auch die Mörder von Erzberger, Gareis usw., falls sie gefaßt werden, auf ähnlich gelinde Bestrafung Anspruch erhalten würden.

Der „Vorwärts" schreibt zu der Haltung der Sozialdemokratischen Fraktion unter anderem:

„Die Sozialdemokratische Partei bekämpft seit Jahr und Tag die ihr unbegreifliche Milde, die die deutschen Gerichte gegenüber rechtsgerichteten Gewaltverbrechern an den Tag legten. Sie hat immer wieder die Polizei aufgefordert, dem Treiben dieser Leute schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Damit hat sie neuerdings gewisse, wenn auch lange nicht ausreichende Erfolge erzielt. Es ist gelegentlich auch nach rechts zugegriffen worden. Es wurden Todesurteile ausgesprochen, sie wurden — entsprechend unseren Grundsätzen — durch die Gnade der preußischen Regierung in Zuchthausstrafe umgewandelt. War es wirklich zu verantworten, wenn man diesem eben erst erfolgten Gnadenerlaß sofort einen neuen und viel weitergehenden hinzufügte, wenn man Leute, die den Arm der Gerechtigkeit kaum noch oder überhaupt noch nicht verspürt hatten, wieder laufen ließ oder sie zu verhältnismäßig kurzer Ehrenhaft begnadigte?

Ehrenhaft für Leute, die an Gemeinheit der Gesinnung, an physischer Roheit bei Ausübung ihrer Taten und an Feigheit ihres Verhaltens vor Gericht das menschenunwürdigste geleistet hatten!

Die Sozialdemokratische Partei verbaute sich selber die Möglichkeit, in Zukunft noch Lässigkeit der Verwaltung und Milde der Justiz gegen rechts zu rügen, wenn sie die geringen Erfolge, die sie im Kampfe für die Anwendung der Gesetze auch nach rechts erzielt hatte, durch die Annahme eines solchen Antrages selber vernichten half. Polizeibeamte, die sich weigerten, etwas gegen rechts zu riskieren, Richter, in deren Hand das Schwert des Rechts, sobald es gegen rechts geschwungen werden sollte, stumpf wurde — sie alle konnten sich dann darauf berufen, daß die Sozialdemokratie ja selber die bisher gegen rechts gefällten Urteile zu scharf gefunden und gemildert habe.

Die Sozialdemokratische Partei führt ihren Kampf gegen rechts vor allem zum Schutze ihrer eigenen Genossen im Lande, zum Schutze der republikanischen Bevölkerung vor rechtsradikalem Terror. Jetzt eben erst bricht auf dem flachen Lande eine neue Welle dieses Terrors los. Die Genossen, die Reichsbannerkameraden, die Arbeiter im Lande, die bei den Wahlen hinausgehen werden, um für ihre Ueberzeugung zu werben, wollen wissen, daß sich niemand ungestraft an ihnen vergreifen darf. Würde der Amnestieantrag so, wie er der Fraktion vorlag, Gesetz, so würden zum Beispiel auch die Hakenkreuzbanditen von Lichterfelde noch vor dem Urteil auf freien Fuß zu setzen sein. Das hieße für alle ähnlichen Fälle bei den Wahlen einen Freibrief ausstellen."

Wahlen am 20. Mai.

Berlin, 27. März. (Eigener Funkbericht.)

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben davon verständigt, daß der Termin für die Neuwahl des Reichstages auf den 20. Mai festgesetzt werden wird. Die Landesregierungen werden gebeten, die Gemeindebehörden anzuweisen, mit der Anlegung der Wählerlisten zu beginnen und als Stichtag für die Aufnahme der Wahlberechtigten den 20. Mai vorzusehen.

Die Schulhetze der „Christen".

Berlin, 26. März. (Eigener Bericht.)

Im Berliner Schulkonflikt hat auch das Provinzialschulkollegium den evangelischen Elternorganisationen, die mit viel Fleiß die konfessionelle Hetze in das Berliner Volksschulwesen tragen, einen kräftigen Strich durch die Rechnung gemacht. Das Provinzialschulkollegium hat die Genehmigung von sechs neuen Sammelschulen erteilt und hat damit die Beschlüsse der Schuldeputation bestätigt. Gegen wen werden sich die Angriffe der evangelischen Elternvereine jetzt richten? Als erster stand der sozialdemokratische Bezirksbürgermeister im Mittelpunkt ihrer Angriffe, dann war es die Schuldeputation und jetzt stellt sich gar das Provinzialschulkollegium auf die Seite der Berliner Schulbehörden. Es gibt keinen vernünftigen Grund gegen die Sammelschulen. Aber was fragen unvernünftige Menschen nach plausiblen Gründen. Bis zum Donnerstag soll in der Doppelschule in der Sonnenburger Straße aufs neue gestreikt werden, und auch die andere Fakultät meldet sich: die Berliner Katholiken wollen sich am Sonntag, den 1. April, in einer großen Massenkundgebung im Zirkus Busch unter anderem mit dem Berliner Schulkonflikt beschäftigen.

Vergebliche Mohrenwäsche.

Herr v. Thaer versucht den Finanzskandal abzuleugnen.

Die „Schlesische Provinz-Korrespondenz" schreibt:

Die Pressestelle der Provinzialverwaltung läßt durch das Wolffsche Telegraphenbüro folgendes verbreiten:

Breslau, 26. März. Die Pressestelle der Provinzialverwaltung Niederschlesiens teilt mit: „Am 23. und 24. März hat der Vorsitzende des Schiedsgerichts für die Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien (der Oberpräsident von Brandenburg, Herr Dr. Maier) bei der Provinzialverwaltung in Breslau eingehende Ermittelungen im Sinne der von der Provinzialverwaltung Oberschlesien beantragten Prüfung der im Jahre 1923 bewirkten Effektenverkäufe und Fondsauflösungen vorgenommen. Das Ergebnis ist, daß die in die Presse gelangten sensationellen Nachrichten nicht nur weitest übertrieben, sondern in den wesentlichsten Punkten durchaus unzutreffend sind. Insbesondere hat der Herr Schiedsgerichts-Vorsitzende, über dessen Feststellungen im einzelnen voraussichtlich noch weitere Nachricht an die Presse gegeben werden wird, im Einverständnis der Landeshauptleute von Ober- und Niederschlesien festgestellt, daß die Erlöse für die verkauften Effekten den betreffenden Fonds und Stiftungen zugeführt und durchweg in den Büchern nachgewiesen sind, und daß die Veräußerung der Effekten und die Auflösung der Fonds auf Grund der Beschlüsse vom Provinziallandtag und -Ausschuß erfolgen dürfte.

Irgendwelche „Unterschlagungen" haben also nicht stattgefunden. Selbstverständlich ist, daß, wenn die Provinzialorgane damals die Effekten nicht verkauft, sondern in ihrem Besitz behalten hätten, die Provinz später der damals nicht vorauszusehenden Aufwertung teilhaftig geworden wäre. Aber von einem Millionenbetrage kann auch dabei keine Rede sein. Im übrigen sind dies Schäden der Inflation, die den allergrößten Teil aller damaligen Effektenbesitzer getroffen haben."

* * *

Diese Auslassung der Pressestelle der Provinzialverwaltung Niederschlesien übersteigt alles Dagewesene. An sich ist es ja nicht überraschend, daß die Provinzialverwaltung die Sache so darstellt, daß die Provinzialverwaltung dadurch möglichst reingewaschen wird. Aber so, wie es hier geschieht, einfach alles abzuleugnen, was der Provinzialverwaltung vorgeworfen wird, das geht nicht nur über den Rahmen dessen hinaus, was sich eine behördliche Pressestelle an Parteilichkeit für ihre Behörde leisten darf, es ist auch unklug, ja man möchte fast sagen, geradezu dumm. **Denn diese Auslassung der Pressestelle schlägt den Mitteilungen ins Gesicht, die von den zuständigen Beamten der Provinzialverwaltung einzelnen Vertretern der Presse in den letzten Tagen selbst gemacht wurde.** Gegen den Vorwurf, daß die Provinzialverwaltung hinter dem Rücken des Provinzialausschusses eigenmächtig die Fonds aufgelöst hat, wurde zunächst eingewandt, daß die Fonds vor dem 14. November gar nicht aufgelöst worden seien, sondern daß lediglich die Bestände der Fonds auf andere Weise angelegt worden seien. Es wurde aber eingeräumt, daß die durch den Verkauf der Wertpapiere erzielten Beträge in die allgemeine Provinzialkasse übergeführt und dort mit verwendet wurden. Buchmäßig seien freilich diese Beträge den Fonds gutgeschrieben worden. Jedermann, der etwas von finanziellen Dingen versteht, wird zugeben, daß das natürlich praktisch eine Auflösung der Fonds darstellt; denn Sonderfonds bestehen nur solange, als die sie bildenden Gelder auch lediglich für die Zwecke der Fonds verwendet werden und sich in der Kasse der Fonds befinden. Eine lediglich buchmäßige Existenz eines Fonds ist keine wirkliche Existenz mehr. Die in den Fonds angesammelten Gelder waren für bestimmte Zwecke bestimmt und durften ohne Beschluß der zuständigen Instanzen, also des Provinzialausschusses oder des Provinziallandtages, nicht für andere Zwecke verwendet werden.

Aber selbst wenn die Auffassung der Beamten der Provinzialverwaltung richtig wäre, daß durch diese Verkäufe tatsächlich nur die Vermögensstände der Fonds auf andere Weise angelegt worden sind, so ist dabei von den Beamten gesetzwidrig verfahren worden. **Denn der betreffende Beamte der Provinzialverwaltung mußte ausdrücklich zugeben, daß die Entscheidung darüber, ob der Vermögensbestand eines Fonds aus einer Anlage in eine andere übergeführt werden soll, lediglich beim Provinzialausschuß liegt.** Es sei allerdings seit Jahrzehnten Uebung gewesen, daß der Landeshauptmann über diese Dinge allein entschieden habe. Auch diese Ausrede ist selbstverständlich nicht stichhaltig, denn dadurch, daß eine Gesetzwidrigkeit zur Uebung geworden ist, wird die Gesetzwidrigkeit nicht rechtmäßig. Außerdem aber mußte gerade in der Inflationszeit, in der alle Werte uferlos schwankten, die gesetzlichen Bestimmungen in dieser Beziehung eingehalten werden. Während der Zeit normaler Geldverhältnisse ist es relativ gleichgültig, in welcher Form das Geld angelegt wird. **In der Inflationszeit, besonders im Jahre 1923, entschied aber die Art der Anlage über die Erhaltung oder Nichterhaltung eines Vermögens. In dieser Zeit war also die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften über die Veränderung der Anlagen von entscheidender Bedeutung für das Vermögen der Provinz.** Daß tatsächlich der Landeshauptmann und seine Beamten nicht das Recht hatten, selbständig die Fonds auch nur auf andere Weise anzulegen, geht überdies auch aus einem Beschluß des Provinzialausschusses hervor, den inzwischen der Landeshauptmann ausgegraben haben will. Am 13. August 1923 soll danach nämlich der Provinzialausschuß beschlossen haben, daß der Landeshauptmann ermächtigt wird, in Zukunft selbständig über die Form der Anlage der zu den Fonds gehörenden Gelder zu verfügen. Ist das tatsächlich in dieser Form beschlossen, so würden dadurch die Verkäufe der Wertpapiere, die nach dem 13. August 1923 stattgefunden haben, formell gedeckt sein. Tatsächlich ist aber die Hälfte der Effektenpakete schon vor dem 13. August verkauft worden, wie sich aus der früher schon wiederholt zitierten amtlichen Nachweisung einwandfrei ergibt. **Infolgedessen würde sich aus diesem Beschluß des Provinzialausschusses lediglich ergeben, daß die vor dem 13. August vom Landeshauptmann verkauften Wertpapiere widerrechtlich verkauft wurden, weil bis zum 13. August lediglich der Provinzialausschuß darüber entscheiden durfte.** Denn

der Provinzialausschuß hätte dem Landeshauptmann nicht erst die Vollmacht zu erteilen brauchen, wenn dieser sie schon gehabt hätte. Wie die Pressestelle der Provinzialverwaltung angesichts dieser Feststellungen, die auf eigenen Mitteilungen der Beamten der Provinzialverwaltung an einzelne Pressevertreter, teils mündlich, teils schriftlich, beruhen, behaupten kann, daß die Veräußerung der Effekten und die Auflösung des Fonds auf Grund der Beschlüsse von Provinziallandtag und Provinzialausschuß erfolgen durfte, ist uns unerfindlich. Sollte das der Oberpräsident Dr. Maier tatsächlich festgestellt haben, wie die Pressestelle behauptet, so ist entweder Oberpräsident Dr. Maier von den Beamten über die wahre Sachlage getäuscht worden oder die Untersuchung ist nicht gründlich genug gewesen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit überhaupt noch einmal feststellen, daß das Verhalten des Oberpräsidenten Dr. Maier in dieser Angelegenheit selbst außerordentlich merkwürdig ist. Daher ist unsere Forderung, daß die Staatsregierung einen besonderen Kommissar, der an der ganzen Angelegenheit unbeteiligt ist, einsetzt, um die Sache noch einmal gründlich zu untersuchen. Am besten wäre es, wenn der Provinziallandtag selbst einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzte.

Auch die Behauptung der Pressestelle der Provinzialverwaltung Niederschlesien, daß die Erlöse für die verkauften Effekten der betreffenden Fonds der Stiftungen durchweg in den Büchern nachgewiesen sind, entspricht nicht den Tatsachen, da wiederum von zuständigen Beamten der Provinzialverwaltung zugestanden werden mußte, daß wenigstens vorläufig noch eine Reihe von Belegen für solche Verkäufe fehlen, daß man aber hoffe, sie noch aufzufinden. Die Eintragung in die Bücher ohne gleichzeitiges Vorhandensein der Belege ist, wie jedermann weiß, in keiner Weise beweiskräftig, denn Bücher können auch falsch geführt werden. Nach diesen paar Feststellungen kann man ermessen, was von der Auslassung der Pressestelle der Provinzialverwaltung Niederschlesien zu halten ist. Es handelt sich ganz einfach um ein Manöver, um für die bevorstehenden Verhandlungen im Provinziallandtag Stimmung zu machen. Als wahrheitsgetreuer Tatsachenbericht kann die Auslassung jedenfalls nicht angesehen werden.

Welche demagogischen Verdrehungen sich die Pressestelle der Provinzialverwaltung Niederschlesien in der vorstehenden Auslassung erlaubt, geht daraus hervor, daß sie behauptet, „irgendwelche Unterschlagungen haben also nicht stattgefunden". Tatsächlich hat niemand, weder die „Berliner Morgenpost" noch die „Schlesische Provinz-Korrespondenz" noch die „Volkswacht" jemals behauptet, daß Unterschlagungen stattgefunden haben. Es ist lediglich behauptet worden, daß einzelne Kassenbeamte Effekten, die sie verkauften, an sich selbst verkauft haben und daß sie die dann später mit großem Gewinn weiter verkauft haben. Man könnte das juristisch wohl als Untreue bezeichnen. Daß das aber tatsächlich in einigen Fällen geschehen ist, hat wiederum auch der zuständige Beamte der Provinzialverwaltung gegenüber Pressevertretern zugegeben. Er hat nur behauptet, strafrechtlich ließe sich gegen die Beamten wohl kaum vorgehen. Bei der Gelegenheit wurde aber auch mitgeteilt, daß schon seit Monaten ein Prozeß gegen den Kassendirektor Heinrich läuft, wie es scheint, wegen dieser Angelegenheit. Leider wurde über die Art des Prozesses nichts näheres mitgeteilt, und es ist Aufgabe der Provinziallandtagsabgeordneten, diese Angelegenheit noch etwas näher zu untersuchen und einmal in die dunklen Zusammenhänge hineinzuleuchten.

Neue Waffenfunde bei Wehrwolfleuten.

Hannover, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Kreise Winsen (Hannover) wurden in den letzten Tagen an verschiedenen Orten größere Waffenfunde gemacht. Hauptsächlich wurden Maschinengewehre und Infanteriegewehre gefunden. Die Polizei verweigert zunächst noch jede nähere Auskunft über ihre Entdeckungen. Es wird jedoch angenommen, daß die Besitzer der Waffen Angehörige des Werwolf sind. Vor etwa einer Wache wurden bereits in Hanstedt in einem Werwolfnest 4 Maschinengewehre, 70 Gewehre und 47 Handgranaten beschlagnahmt.

Die deutsche Bauernschaft gegen die Landbundhetze.

Berlin, 24. März. Die Deutsche Bauernschaft vertritt den Standpunkt, daß die Erbitterung des Bauernstandes über die augenblicklichen unhaltbaren Wirtschaftsverhältnisse, die in zahlreichen Kundgebungen zum Ausdruck gekommen ist, volle Berechtigung hat. Kundgebungen des Bauernstandes sind notwendig, wenn es gilt, in der Oeffentlichkeit berufsständische Forderungen zu vertreten und den Willen des Standes geschlossen zum Ausdruck zu bringen.

Jede Organisation aber, die es ehrlich mit der Vertretung des Bauernstandes meint, muß es ablehnen, sich an solchen Demonstrationen zu beteiligen, in denen unverkennbar in nicht zu verantwortlicher und unglücklicher Weise die notleidende bäuerliche Bevölkerung gegen die Autorität des Staates aufgehetzt und für parteipolitische Zwecke ausgenützt wird.

Geräuschvolle Demonstrationen und Gewalttaten bessern die Lage der Landwirtschaft nicht, sondern gefährden die unmittelbar Beteiligten und schädigen die Interessen und das Ansehen des gesamten Bauernstandes.

Die Deutsche Bauernschaft warnt deshalb ihre Mitglieder auf das entschiedenste, sich zu Unbesonnenheiten und Gewaltmaßnahmen mißbrauchen zu lassen.

Wirth soll für die Demokraten kandidieren.

Josef Wirth soll von den Demokraten als Reichstagskandidat aufgestellt werden. Nachdem ihn das Zentrum in Baden nicht wieder aufgestellt hat, ist innerhalb der demokratischen Parteiorganisationen Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West die Absicht erörtert worden, Wirth auf die demokratische Liste der beiden Wahlkreise zu setzen. Der „Demokratische Zeitungsdienst" bemerkt dazu: „Es ist nicht beabsichtigt, mit dieser Kandidatur irgendeinen besonderen Kampf gegen das Zentum zu führen, ebenso wenig soll Wirth verpflichtet werden, der Demokratischen Partei oder Fraktion als Mitglied oder Hospitant beizutreten. Auch ist nicht an eine Bindung hinsichtlich Wirths zukünftiger Zugehörigkeit zur Zentrumsfraktion gedacht. Da Dr. Josef Wirth von diesem Gedanken noch keine Mitteilung zugegangen ist, so hat er selbstverständlich dazu noch keine Stellung nehmen können."

In den beiden Düsseldorfer Wahlkreisen ist als einziger demokratischer Abgeordneter Erkelenz gewählt worden. Die Demokraten haben dort bei den letzten Wahlen 73 000 Stimmen aufgebracht; das Zentrum hat 579 000 Stimmen erreicht. Die Zentrumsliste in Düsseldorf-West führte 1924 Bell, in Düsseldorf-Ost war Marx bisher Spitzenkandidat. Die Demokraten rechnen damit, daß Wirth, wenn er in beiden Kreisen kandidieren würde, 60 000 Stimmen erreichen könnte.

Die Aufforderung bereits erfolgt.

Berlin, 27. März. (Eig. Funkbericht.)

Der Reichskanzler a. D. Dr. Wirth hat inzwischen von der demokratischen Parteiorganisation aus Düsseldorf ein Schreiben erhalten, in dem ihm der Vorschlag gemacht wird, für die Demokratische Partei zu kandidieren. Wirth selbst hat sich dazu noch nicht geäußert. Die „Germania" gibt jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß er das demokratische Angebot zu den Akten legt. Vorläufig dürfte er das nach unseren Informationen nicht tun. Er wird zunächst vielmehr abwarten, welche Aussichten für ihn noch im Zentrum bieten. Wahrscheinlich kandidiert er an aussichtsreicher Stelle auf der Reichsliste oder an erster Stelle für das Zentrum in Berlin.

Ein notwendiger Hinauswurf.

Der Wechsel in der Leitung der Preußenkasse vor dem Landtag.

Berlin, 26. März. (Eigener Bericht.) Der preußische Landtag setzte am Montag zunächst die dritte Lesung des Gesamthaushalts von der Tagesordnung ab, weil die Erkrankung des Ministerpräsidenten Dr. Otto Braun, der den Etat einbringen wollte, sich verschlimmert hat. Mit der dritten Lesung wird der Landtag am Dienstag beginnen. Dabei wird der Ministerpräsident durch den Innenminister Grzesinski vertreten werden.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse und über eine Erhöhung der Kapitalbeteiligung des Staates von 130 Millionen Mark.

Abg. Hilger-Spiegelberg (Dtn.) übt heftige Kritik an der Entlassung des bisherigen Präsidenten der Preußenkasse Semper.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff

fragt, was wohl geschehen wäre, wenn durch die verfehlte Kreditpolitik des Präsidenten Semper ein Zusammenbruch des Instituts erfolgt wäre. Herr Semper sei von ihm aufgefordert worden, seine Entlassung einzureichen, und dieser sei der Aufforderung in wenigen Tagen nachgekommen. Nach Festsetzung der an ihn zu zahlenden Bezüge sei für das Ministerium der Fall Semper erledigt gewesen. Politische Gründe für die Ernennung des Herrn Klepper hätten nicht vorgelegen, sie sei erfolgt, weil er für den Posten der Geeignetste schien. **Dem früheren Präsidenten Semper müsse der Vorwurf gemacht werden, daß er als Leiter des Instituts über die letzten Geldnehmer der Kredite nicht informiert sei.** Leider lasse sich eine klare Antwort nicht darauf geben, wer die Kredite bekommen hat, weil darüber alle Unterlagen in der Preußenkasse fehlen. (Stürmisches Hört! Hört! links und in der Mitte.) Eine solche Geschäftsgebarung ist natürlich unmöglich, denn das preußische Staatsministerium habe dafür zu sorgen, daß bei der Kreditgewährung auch der bäuerliche Besitz zu seinem Rechte komme. (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Der Minister weist schließlich in großer Erregung darauf hin, daß man dem Preußenkabinett nicht den Vorwurf machen könne, gegen die Landwirtschaft und gegen den Großgrundbesitz eingestellt zu sein. Gerade im letzten Jahre hätte die Regierung für den ostpreußischen und für den pommerschen notleidenden Grundbesitz außerordentlich viel getan. Die bei der Preußenkasse vorgesehenen Kontrollstellen würden auf keinen Fall nach politischen Gesichtspunkten ihre Maßnahmen treffen. Aber es sei unmöglich, daß der einzelne Kreditnehmer Kontokorrentkredite in Anspruch nimmt, um daraus seine Kapitalbeteiligung zu bestreiten.

Abg. Leidig (D. Vpt.) ist der Auffassung, daß durch die Behandlung des Falles Semper die Rechtssicherheit des lebenslänglich angestellten Beamten ins Schwanken kommt.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Stelt (Komm.) und Dr. von Winterfeld (Dtn.) wird der Entwurf dem Hauptausschuß überwiesen. — Nächste Sitzung Dienstag.

* * *

Weitere Mittel für den Ausbau der Oder.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages stimmte einmütig nach Berichtsausführungen des Abg. Müller-Breslau (Soz.) dem Gesetzentwurf über die Bereitstellung weiterer Geldmittel zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder zu. Der Entwurf wird also in den nächsten Tagen in zweiter und dritter Lesung vom Landtag zum Gesetz erhoben werden. Das Gesetz, das, wie Genosse Müller hervorhob, besonders der Landwirtschaft, Schiffahrt, Handel und Industrie zugute kommt, vor allem aber auch Arbeitsgelegenheit für zahlreiche Arbeitslose bietet, sieht 2 100 000 Mark für den Ueberlaufpolder Peisterwitz-Zeltsch, 730 000 Mark für Deichnormalisierungen, 370 000 Mark für Verbesserung der Vorflutverhältnisse bei Breslau und 670 000 Mark für Nacharbeiten, Fahrzeuge und Geräte sowie Unvorhergesehenes vor.

Kähne muß ins Kittchen.

Leipzig, 26. März. (Eig. Drahtbericht.) Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am Montag mit der Revision des bekannten rechtsradikalen Prügelhelden v. Kähne jun. in Petzow, der wegen seiner Rüpeleien in der dortigen Gegend sehr gefürchtet ist. Bei diesem rohen Patron sind alle Menschen vogelfrei. Am 27. Januar 1927 unternahmen Berliner Arbeiter einen Ausflug in den v. Käneschen Forst. Wie ein Wahnsinniger schlug Kähne mit seinem Stock auf die Sportler ein und verletzte einen erheblich am Kopf. Auf die erfolgte Anzeige fanden sich Richter die den Angeklagten freisprachen. Von der Berufungsinstanz wurde v. Kähne am 30. November 1927 unter Aufhebung einer bereits ausgesprochenen Gefängnisstrafe von einem Monat zu insgesamt 3½ Monaten Gefängnis verurteilt. Dagegen legte er Revision ein. Er begründete seinen Schritt damit, daß er in Notwehr gehandelt habe; auch habe er die Tat in bewußtlosem Zustand verübt. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision und legte dem Angeklagten auch die nicht unerheblichen Kosten des Verfahrens auf.

Deutsche Justiz!

Wieder Freisprechung eines Gewalthetzers.

Ludendorffs Bundesgenosse, Oberstleutnant Ahlemann, der genau wie sein Herr und Meister den Kampf gegen Juden und Freimaurer führt, sieht in allen in Kubusform gebauten Kriegerdenkmälern Wahrzeichen freimaurerisch-jüdischer Weltherrschaft. Er hat in Greifenberg in Pommern seinem völkischen Anhang gesagt, daß sich hoffentlich jemand finde, der eine Dynamitpatrone darunter lege. Daraufhin wurde Anklage wegen Aufforderung zu Straftaten vor dem Schöffengericht Köslin erhoben. Aber Staatsanwalt und Richter waren sich einig darüber, daß die Aufforderung, Dynamitpatronen unter Kriegerdenkmäler zu legen, keine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten sei. Deutsche Justiz!

Das „ausgezeichnete" Reichsgericht.

Ein Senat urteilt gegen den anderen.

Die 26. Zivilkammer des Landgerichts Berlin hatte das Reich vor wenigen Monaten zur Zahlung von 440 Mark an den Putschisten Bischof verurteilt. Das Reichswehrministerium legte gegen diese Entscheidung beim Reichsgericht Revision ein, der jetzt stattgegeben worden ist. Die 440 Mark brauchen nicht gezahlt zu werden. Da gegen die Ansprüche von Lüttwitz und Jagow die gleichen Gründe sprechen wie gegen die von Bischof, fragt man sich unwillkürlich, wie es möglich war, daß den Forderungen der Oberputschisten vom Reichsgericht Rechnung getragen wurde, während man Bischof abwies. Geht da alles mit rechten Dingen zu?

Neuer Terror der Sowjetregierung.

Zahlreiche Verhaftungen und Erschießungen in der Sowjet-Ukraine.

Warschau, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach Berichten aus der Sowjet-Ukraine sollen dort etwa fünfzig Personen wegen national-ukrainischer Propaganda verhaftet worden sein. Es sollen sich unter ihnen der bekannte ukrainische Gelehrte und Schriftsteller Professor Ssymonowitsch und Dr. Tschükalenko befinden. Die ukrainischen Sozialisten Frau Dr. Surowcowa und Dr. Patrenik sollen erschossen worden sein.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyrigth 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

96] (Nachdruck verboten.)

IV.

Vielleicht kennt ihr den Monumentalfilm: „Der König von Etrurien" und erinnert euch der Szene, da die Königin Olympia die Lüste eines verwöhnten Sybariten befriedigen soll und zwei Sklaven ertrinken müssen? Mit welch herrlichem Zorn trägt und beißt sie und schlägt den beiden die Köpfe gegeneinander! Im Ringen werden ihre Kleider zerrissen, und man sieht so viel von ihrem schlanken und biegsamen Leib, wie die Zensur gestattet. Die Szene erregte großen Beifall, und viele Filmunternehmer wollten Viola Tracy — der Akzent liegt auf dem I — engagieren. Zurzeit spielte sie die „Braut des Luxuskarren", eine verführerische Gestalt mit nußbraunen, geheimnisvollen, schwarzen Augen und einem Lächeln, unergründlich wie siebzehntausend Jahre der Geschichte. Und jetzt trat sie von der Leinwand hinunter geradewegs ins Rokokozimmer des Klopfers. Das ägyptische Kostüm hatte sie mit einem grauenhaften schwarzen Jumpers aus Paris vertauscht, um den Hals trug sie schwarze Perlen. Der Diener rückte den Sessel zurecht, aber sie setzte sich nicht. Die Hausfrau stellte vor: „Herr Roß, Fräulein Tracy." Viola stand noch immer, die eine Hand auf der Stuhllehne, lächelte Sammy an, der zurücklächelte. Es war eine prächtige Rolle, Sammy Holen, Violas Direktor, der sie ihr beigebracht hatte, rief plötzlich: „Drehen!" Alles lachte, „Vi" selbst am ausgelassensten. Sie zeigte dabei zwei Reihen schneeweißer Perlenzähne, ebenso gleichmäßig wie ihre schwarzen Perlen und für einen Kinofilm noch mehr wertvoller.

Lucabelle Knox kam in der Welt herumgeschwirrt, ohne sich irgend jemandem unter Schlechtes zu lassen. — Vi Tracy war anders. Sie hatte nicht nur temperamentvolle Farbe, sondern auch eine temperamentvolle Frage, und ihr Gefährte entzückte Sammy. Was sprach aber ein wenig Rechtsheit, das mit viel Tamtam aus dem Auslande importiert worden war. „Sie Liebes sind ausgezeichnet," meinte Annabelle milde. „Ja, ausgezeichnet," ergänzte Vi. „Hat jeder einen Hund gemacht, der zu ihrem Gesicht paßt." Das Gespräch wandte sich einem neuen Film zu, der eine Million Dollars gekostet hatte: „Das alte Weinfaß". Das Drama erweckte in Millionen hartgesottenen Sündern zärtliche Kindheitserinnerungen und füllte ihre Augen mit Tränen. „Dolly Deane, die das unschuldige, von einem Reisenden verführte Landmädchen spielt, ist wirklich entzückend jüdisch und kindlich," sagte Annabelle. „Ja, um jüdisch und kindlich zu werden, flieg sie zuerst mit dem Regisseur, dann mit zwei Agenten und schließlich mit dem Direktor und dessen Stellvertreter ins Bett: alle sind brachten ihr bei, wie eine unschuldige Jungfrau Jüdin."

Sammy, der Rebell auf eigenen Faust, lachte gepeinigt, und Vi, die den jungen Petroleumprinzen beobachtete, warf ihm übermütige Blicke zu. Der Diener brachte ihr in einem goldenen Teller Suppe, und sie rief entsetzt: „Mein Gott, nehmen Sie das fort! Es enthält Stärke. Annabelle, willst du mich von der Bühne treiben?" Dann, zu Sammy gewandt: „Es wird behauptet, daß niemand einen Kanzi hindurch jeden Tag Wachstein essen kann. Was sagen Sie dazu, Herr Roß, daß ich seit sieben Jahren jeden Tag zwei Sandwiches und drei Stück Kuchen gegessen habe?"

„Entspricht das einem ägyptischen oder einem jüdischen Kinn?"

„Es ist die Vorschrift eines Hollywood-Arztes, eines Spezialisten fürs Abnehmen. Die Leute sterben, wir, die Lieblinge des Publikums, leben in Saus und feiern Orgien, bald können wir nur einen einzigen Wunsch: genug Hollywood-Automobilen kaufen zu können, um uns zurückziehen und ordentlich essen zu dürfen."

„Nehmen Sie wirklich nie eine ordentliche Mahlzeit?" fragte Sammy belustigt.

„Unsere Gehälter können nicht schwindeln. Fragen Sie Lemuel Holen, was geschehe, wenn man an meinem Körper Fett sähe. Ich müßte zu kaltem Zahnes übergehen und meinen Unterhalt verdienen, indem ich mich in einer Tonne herumrollen ließe."

V.

Die bei den reichen Mann in kostbaren Kleidern glich auch hier das Gesindel einem Spießrutenlauf auf einem glühenden Kohlenrande, früher aber hatte sie nur Kleid und legte dann im Geiste den Spießrutenlauf hinter sich. „Ihr Reich," sagte Annabelle, als jemand herkam, „ich sehe, daß Sie keinen Wein trinken. Sie können es getrost tun, er stammt aus der Zeit vor dem Kriege." Damit meinte sie in den Staaten gegolten — und redeten über die Prohibition."

Das Gesetz bestand nunmehr seit zweieinhalb Jahren, und die Richtsuer hatten bereits erkannt, was ihnen dadurch angetan worden war. Nicht etwa, daß die hohen Preise sie störten, — sie suchten ja stets nach einer Gelegenheit, ihr Geld loszuwerden, — aber die Gefahr und die Unbequemlichkeit, mit der man sich den Alkohol verschaffen mußte!

Sie plauderten über eine Tragödie, die Koski, einem der Kaiser der Filmwelt, zugestoßen war. Er hatte in den Kellern seines Landhauses unschätzbare Weine besessen, geschützt von Stahlplatten, wie man sie sonst nur bei Banktresors findet. Dennoch war es während seiner Abwesenheit Dieben gelungen, einzubrechen und die Weine zu stehlen. Koski griff nun die Behörden an, erklärte, daß sie mit den Einbrechern unter einer Decke steckten. Er dang Detektive und drohte mit einem Skandal. Auf diese Art gelang es ihm schließlich, einen Teil seines Schatzes wiederzuerhalten, aber ach, es war nicht mehr der alte Wein, sondern ein gepanschtes Gebräu. Und nun konnte jeder illegale Alkoholverkäufer behaupten, seine Ware stamme aus Koskis Keller.

Vi Tracy klatschte in die Hände. „Kennt ihr das Gebet der Filmschauspielerinnen?"

Niemand kannte es.

„Wir sollten es unsere Kinder jeden Abend beten lassen. Es ist ganz ernst, ihr dürft keine Witze machen."

„Lasset uns beten!" sprach Bessie Barrie.

„Faltet die Hände wie brave kleine Kinder", befahl Vi und senkte den Kopf. Dann begann sie langsam und feierlich:

„Unser Film, der du der Himmel bist, Hollywood sei dein Name. Zu uns komme Koski. Sein Wille geschehe, im Atelier wie im Bett."

Gelächter erklang; es bedurfte keiner Erklärungen, kannten doch alle ihren Kaiser, den Herrn über das Schicksal von Hunderten von Filmschauspielerinnen. „Weiter! Weiter!" wurde gerufen, und das Mädchen sprach weiter Gebete, die unter den ursprünglichen Formeln obszöne Bedeutungen belasten und sich auf verschiedene Herrscher der Filmwelt bezogen. Es war eine Art schwarze Messe, die die Kennerinnen aus dem Graben der Prohibition zog. Sie redeten über die sexuellen Neigungen ihrer Herrscher, darüber, wer mit wem schlief, was für Skandale drohten, wer sich erschossen und wer sich vergiftet hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Der „vornehme“ Keudell.

Er hat Angst, die Wahrheit zu sagen, ja er belügt den Reichstag.

Berlin, 26. März. (Eigener Bericht.)

Ein gemeinsamer Antrag der Sozialdemokraten, Demokraten, der Bayrischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung, die Fristen für die Zahlungen der Zigarettenbanderolensteuer zu verkürzen, wird dem Steuerausschuß überwiesen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Moses** (Soz.) wendet sich gegen die vielen Verleihungen des Ehrendoktor-Titels durch die Fakultäten der Universität. Diese Verleihungen seien zum groben Unfug geworden. Der Redner verurteilt dann unter lebhafter Zustimmung die Experimente, die an Kindern in öffentlichen Kliniken und Krankenhäusern vorgenommen worden sind. Die Leitung des Kaiserin Auguste-Viktoria-Krankenhauses habe berichtet: „Wir unternahmen diesen Versuch an einem Material von hundert Ratten und zwanzig Kindern.“ Sehr gesundheitsgefährliche Experimente seien auch in Düsseldorf an Kindern ohne jeden wissenschaftlichen Nutzen vorgenommen worden. Hier sollte der Präsident des Reichsgesundheitsamts einschreiten.

Abg. **Schreck** (Soz.) fordert Fahrpreisermäßigungen bei Jugendwanderungen und Förderung der Werkstudenten.

Abg. **Meyer-Franken** (Komm.) führt Beschwerde über die Unterdrückung der Vereins- und Versammlungsfreiheit in Bayern.

Reichsinnenminister **von Keudell** äußert sich zu den Anfragen verschiedener Redner und kündigt eine wissenschaftliche Untersuchung des Problems des Geburtenrückganges an. Der Vorwurf mangelnder Berücksichtigung der Arbeiterbelange im Rundfunkprogramm sei unberechtigt. Der Minister antwortet dann auf die letzten Ausführungen des Abg. Sollmann: Zu der Auseinandersetzung mit dem preußischen Ministerialdirektor Dr. Badt habe ich in einem Brief an den Reichsrat geäußert, in dem einiges steht und manches nicht steht. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich eine klare Stellungnahme. Im übrigen pflege ich Ermahnungen hinsichtlich meines persönlichen Verhaltens in Erwiderung der Empfindungen auf der anderen Seite mit derjenigen stummen Hochschätzung entgegenzunehmen, welche der Bedeutung der Eigenart dieser Ratschläge angemessen ist. (Heiterkeit und Beifall rechts, Unruhe links.) **Auf die Frage nach meiner Unterredung mit Ministerialdirektor Brecht muß ich aus grundsätzlichen Erwägungen die Beantwortung ablehnen.** (Hört! hört! links.)

Abg. **Schulz-Königsberg** (Soz.) verlangt größere Mittel zur Hebung der Not in Ostpreußen.

Abg. **Frölich** (Soz.) beantragt die Aufhebung des Postens des Reichskommissars für öffentliche Ordnung. Dieser Beamte habe mit sehr bedenklichem Material in Thüringen gearbeitet. Dem früheren thüringischen Minister Hermann sei schweres Unrecht angetan worden.

Ministerialdirektor Dr. **Dammann** vom Reichsgesundheitsamt antwortet dem Abg. Dr. Moses, in dem Falle des Auguste-Viktoria-Krankenhauses müsse das Ergebnis des von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Verfahrens abgewartet werden. In einem anderen von ihm angeführten Fall habe Dr. Moses nicht erwähnt, daß es sich um Experimente eines amerikanischen Arztes gehandelt habe. (Hört! hört!)

Abg. **Janschek** (Soz.) beantragt Streichung der Mittel für die Technische Nothilfe.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnenminister von Keudell eingegangen.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamts v. Hamel gibt einen kurzen Ueberblick über den gegenwärtigen allgemeinen Gesundheitszustand. Der Gesundheitszustand sei befriedigend. Die Sterblichkeitsziffer sei in allen Altersklassen zurückgegangen. Erfreulich sei besonders die Verminderung der Säuglingssterblichkeit. Unerfreulich sei die Zunahme der Kinderlähmung. Die Verbreitung der Infektionskrankheiten im allgemeinen sei zurückgegangen. Bei der Tuberkulose habe gerade das Industrieland Sachsen die kleinste Sterblichkeitsziffer. **Nach der Einführung des Gesetzes gegen die Geschlechtskrankheiten sei in Hamburg ein großer Rückgang dieser Krankheiten festzustellen.**

Abg. **Sollmann** (Soz.):

Der Reichsminister des Innern hat am Freitag eine Ostpreußenstelle im Reichsministerium des Innern angekündigt. Meine Fraktion spricht sich gegen diese Stelle aus. Hier ist ein neuer überflüssiger und schädlicher Dualismus zwischen Reich und Preußen im Entstehen. Preußen hat für die preußische Provinz Ostpreußen schon eine eigene, gut arbeitende Stelle. Dann muß ich auf die Erklärung des Herrn Ministers bezüglich des sogenannten Beamtenschutzes zurückkommen. **Er hat bestritten, daß** Beamtenernennungen unter dem Gesichtspunkt politischer Zusammenhänge bevorstehen und jeden Beamtenschub in das Reich der Fabel gewiesen. Ich frage nun, **ist es richtig, Herr Minister, daß Sie, bevor Sie diese Erklärung im Reichstag abgegeben haben, die Beförderung der beiden Regierungsräte Wallraf und Niessen zu Oberregierungsräten angeordnet haben?** Ist es richtig, daß durch die Ernennung dieser beiden Regierungsräte 5 oder 6 andere mindestens gleich qualifizierte Herren übergangen worden sind? Ist es richtig, daß aus den Reihen ihrer Beamtenschaft bei Ihnen gegen diese Ernennungen protestiert worden ist? **Nach unserer Auffassung stehen die Tatsachen mit Ihrer Erklärung vom Freitag in klaffendem Widerspruch.**

Die Art, in der der Herr Minister sich heute erneut über die grundlose schwere Beleidigung eines Beamten hinwegsetzt, macht es mir unmöglich, noch ein Wort zu dem Fall Badt zu sagen. Hier gibt es keine Brücken des Verständnisses. Ich beneide den Minister nicht um die Rolle, in die er sich gebracht.

Im Falle Brecht hat der Minister endlich zugegeben, daß er diesen Ministerialdirektor wegen der republikanischen Gesinnung entlassen hat. Der Minister hat also zunächst die Richtlinien zum Schutze der Reichsverfassung unterschrieben und dann den republikanischen Leiter der Verfassungsabteilung entlassen. Es waren also lediglich politische Gründe, die die deutschnationale Presse monatelang und der Minister selbst noch vor einigen Tagen hier im Hause geleugnet haben.

Reichsinnenminister **v. Keudell**: Abg. Sollmann hat mich mißverstanden. Ich habe nicht zugegeben, daß Dr. Brecht wegen seiner republikanischen Gesinnung entlassen worden ist.

Abg. Sollmann: **Ich stelle fest, daß der Herr Reichsminister des Innern meine Behauptungen von der bevorstehenden Beförderung zweier Regierungsräte, die den Regierungsparteien nahe stehen, durch sein Schweigen als richtig anerkannt hat.** Die Tatsache, daß die Entlassung des Ministerialdirektors Brecht wegen dessen republikanischer Gesinnung erfolgt ist, wird auch durch die neuerliche Erklärung des Herrn Ministers nicht erschüttert. Wenn ein anderer Grund vorläge, so fordere ich den Minister auf, ihn vor dem Lande zu sagen.

Abg. **Torgler** (Komm.) verlangt die Beseitigung des Reichskommissariats für die öffentliche Ordnung.

Damit schließt die Aussprache.

Die Abstimmungen werden zunächst zurückgestellt, ebenso die Abstimmungen zu den vom Ausschuß erledigten Teilen des Nachtragsetats.

Es folgt die zweite Beratung des Ergänzungsetats für 1928, der das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft, das Sozialprogramm für Invalidenrentner, Kleinrentner und Werkspensionäre, die Ausgaben infolge des Liquidationsschäden-Schlußgesetzes und den neuen Stellenplan für die Beamten.

Abg. Dr. **David** (Soz.)

erklärt, die planmäßige Gestaltung des Marktes, die das Notprogramm für die Landwirtschaft vorsehe, sei eine Anleihe bei der sozialistischen Ideenwelt. Minister Schiele habe festzustellen versucht, die Sozialdemokratie wolle auch das bäuerliche Eigentum aufheben. Demgegenüber müsse man auf das Kieler Programm verweisen, das nicht nur die Förderung und Erhaltung des bäuerlichen Besitzes aussprechen, sondern sogar die Neuschaffung von Bauernstellen durch Siedlungen. Auf Kautsky dürfe sich Schiele nicht berufen, denn Kautsky habe sich schon in seinen Erläuterungen zu dem Erfurter Programm von 1891 offen und klar gegen die Vorwürfe der Gegner gewehrt und die Aufrechterhaltung des Arbeitseigentums der Bauern verlangt. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten ständen gerade die großagrarischen Bauern-Enteigner. Der Rechten sei das Eigentum eben um so heiliger, je größer es sei und um so weniger heilig, je kleiner es sei. Ueber der Not der Landwirtschaft dürfe man die noch größere Not anderer nicht vergessen. Wenn es wirklich zu dem Kriegszuge der Bauern gegen die Städter käme, würden die Bauern in den Städten Millionen von Menschen finden, denen es noch schlechter geht als ihnen selber. — Die Gegnerschaft der Landwirtschaft zur Sozialpolitik sei ganz unverständlich, denn die Ausgaben für Sozialpolitik flössen zu zwei Dritteln in die Landwirtschaft. So sei auch die Ablehnung der fünf Millionen für die Kinderspeisung unklug gewesen, denn diese fünf Millionen würden restlos für Lebensmittel ausgegeben worden sein. Die Rechte vertrete also einen reinen Arbeitgeber-Standpunkt. Dabei beschäftigten drei Viertel der Bauern überhaupt keine Arbeiter. Damit der Löwenanteil des Notprogramms nicht wieder lediglich den Großagrariern zugute komme, beantrage die Sozialdemokratische Fraktion einen Ueberwachungsausschuß. Die Not der Landwirtschaft sei auch nicht mit Zöllen zu beheben. Diese riefen Repressalien der andern Länder hervor, die wieder den Industrie-Export schädigen. Man solle lieber die Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen herabdrücken. Das Notprogramm werde dieses Ziel nicht erreichen, denn es wolle den „legitimen Handel“ nicht ausschalten. Nicht auf Verknappung der Zufuhren, sondern auf Steigerung der Aufnahmefähigkeit des Marktes komme es an. Schiele habe von einer Ueberproduktion an Fleisch gesprochen, die gebe es nicht, es gebe nur einen Unterkonsum.

Abg. **Seiffert** (Volksrechtspartei) bedauert, daß den Kleinrentnern nicht im Notprogramm gesetzliche Ansprüche gewährt, sondern daß ihnen nur durch eine Notverordnung einige kleine Erleichterungen gewährt werden sollen.

Abg. Frau **Wende** (D. Vp.) bedauert, daß das Kleinrentnerversorgungsgesetz von diesem Reichstage nicht verabschiedet werden konnte.

Abg. Frau Dr. **Lüders** (Dem.) weist auf die verschiedenen Versuche der Demokraten hin, eine gesetzliche Regelung der Kleinrentnerfürsorge zu erreichen. Die Mehrheit der bisherigen Regierungsparteien habe leider die rechtzeitige Verabschiedung des demokratischen Entwurfs vereitelt.

Abg. Frau **Müller-Otfried** (Dtn.) bezeichnet den Verzicht auf das Kleinrentnerversorgungsgesetz als ein Opfer, das die Deutschnationalen nur mit schwerem Herzen gebracht hätten. (Lebhafte Zurufe links.)

Abg. Frau **Arendsee** (Komm.) wirft den Deutschnationalen vor, sie hätten für die Kleinrentner nur in Versammlungen schöne Worte gehabt, aber im Reichstag eine wirksame Kleinrentnerhilfe vereitelt.

Abg. **v. Goldacker** (Dtn.): Dauernde Hilfe könnten die im Notprogramm vorgesehenen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft nicht bringen, aber sie seien ein Anfang, auf dem weiter gebaut werden könne.

Abg. **Putz** (Komm.) hält das Notprogramm für ein ganz untaugliches Mittel zur Behebung der Not der Klein- und Mittelbauern.

Weiter sprechen die Abgg. **Blum** (Ztr.), **Haag** (Dtn.), **Hänse**-Thüringen (Chr.-Nat. Bauernpt.) und **Torgler** (Komm.).

Die Aussprache ist damit beendet.

Der Ergänzungsetat wird angenommen, ebenso eine Entschließung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, die Mittel zur Umschuldung für die Roggenpfandbriefschuldner verlangt.

Hierauf werden die vorher zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Innenministeriums vorgenommen. Der gegen den Innenminister von Keudell gerichtete Mißtrauensantrag der Kommunisten wird gegen die Antragsteller, die Sozialdemokraten und die Mehrheit der Demokraten abgelehnt. — Die Ausschuß-Entschließung, die eine Reichsstädteordnung und eine Reichslandgemeindeordnung fordert, wird im Hammelsprung mit 172 gegen 132 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Dagegen haben Deutschnationale, Zentrum und Bayrische Volkspartei gestimmt. — Die Ausschuß-Entschließung auf Beseitigung der Ländergesandtschaften wird gegen eine starke Minderheit abgelehnt.

Abg. **Kube** (Nat.-Soz.) beantragte Streichung einer Position von 200 000 Mark „zum Schutze der Republik“.

Der Etat des Innenministeriums wird in zweiter Beratung angenommen, dazu das Gesetz über Erzeugung und Verkauf von Schußwaffen und Munition.

Der Nachtragsetat wird in zweiter Beratung angenommen. — Nächste Sitzung: Dienstag.

Die Landesratswahlen im Saargebiet.

Saarbrücken, 26. März. Die gestrigen Wahlen zum Landesrat des Saargebietes haben sich ohne Zwischenfälle vollzogen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 63½ Prozent. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis erhalten die Sozialdemokraten 43 411 gegen 46 627 im Jahre 1922, die Kommunisten 46 407 (40 235), die Wirtschaftspartei 9456 (10 396), die Deutsch-Demokratische Partei 5900 (0), die Saarländische Volkspartei 26 226 (37 571), die Christlich-Sozialen 8302 (0), die Deutschnationalen 10 498 (0), die Zentrumspartei 128 886 (128 211). Es erhalten voraussichtlich die Sozialdemokraten 5 (6), die Kommunisten 5 (5), die Wirtschaftspartei 1 (1), die Demokraten 0 (0), die Saarländische Volkspartei 3 (4), die Christlich-Sozialen 1 (0), die Deutschnationalen 1 (0), das Zentrum 14 (14) Sitze.

Karmona wiedergewählt.

Aus Lissabon wird gemeldet, daß der bisherige Staatspräsident von Portugal, Karmona, mit einer Mehrheit von 18 000 Stimmen wiedergewählt worden ist.

Der Städtetag für Auslandsanleihen

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat einstimmig einer Entschließung zugestimmt, in der es unter anderem heißt:

„Die deutschen Städte sind infolge Versagens des inländischen Kapitalmarktes zur Befriedigung ihrer dringenden wirtschaftlichen und produktiven Ausgaben auf den ausländischen Kapitalmarkt angewiesen. Eine unterschiedliche Behandlung der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Wirtschaft ist in keiner Weise gerechtfertigt. Durch künstliche Absperrung des ausländischen Kapitalmarktes werden die deutschen Städte gehindert, ihren international anerkannten hohen Kredit zugunsten der gesamten deutschen Wirtschaft auszunutzen. Die Gemeinden sind bereit, für das Jahr 1928/29 an der Aufstellung eines Gesamtplanes für den dringlichsten Auslandsanleihebedarf mitzuarbeiten, der den reparationspolitischen Gesichtspunkten und den Verhältnissen am ausländischen Kapitalmarkt Rechnung trägt. Von der Ueberzeugung erfüllt, daß die den deutschen Städten obliegende Arbeit für Staat und Volk nur auf der Grundlage gemeindlicher Selbstverwaltung und Selbstverantwortung geleistet werden kann, richtet der Vorstand des Deutschen Städtetages an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, nunmehr mit größter Beschleunigung die Hemmungen zu beseitigen, die einer sofortigen Erschließung des ausländischen Anleihemarktes entgegenstehen.“

Was geht Baldwin die Not an?

Schreckliche Not bei den englischen Bergarbeitern — Dennoch keine Staatshilfe.

London, 26. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeiterpartei appellierte am Montag wiederum an die Regierung, sofort Schritte zu unternehmen, um der furchtbaren Notlage im britischen Kohlenbergbau zu steuern. Macdonald betonte, daß die Lage in den Bergbaudistrikten schreckenerregend und eine weitere Wendung zum Schlechteren unverkennbar sei. Die Regierung habe sich durch ihre Untätigkeit einer schweren Pflichtverletzung schuldig gemacht. Zahlreiche Bergarbeiterfamilien wären angewiesen, private Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen, um die nötige Bekleidung für Frau und Kinder zu beschaffen. Macdonald schloß mit einem Appell an die Regierung, die Initiative zu ergreifen und durch staatliche Hilfe wenigstens die Kinder vor Not zu retten.

Der Gesundheitsminister Newille Chamberlain gab den Ernst der Lage zu. Aus seiner Rede ging jedoch hervor, daß er keinerlei staatliche Beihilfe in Anspruch zu nehmen gedenkt, „ehe die Privatmittel tatsächlich erschöpft wären“. Der Minister sprach schließlich die Erwartung aus, daß es den Behörden gelingen werde, Mittel und Wege zu finden, um arbeitslose Bergarbeiter nach anderen Industrien zu verpflanzen.

Der Papst erneut gegen die Faschisten.

Mussolini verbietet die Verbreitung seiner Rede.

Der Papst hat am Sonntag anläßlich einer Feierlichkeit des Diözesan-Ausschusses eine Rede gehalten, in der er sich gegen das Monopol der faschistischen Jugenderziehung nicht nur vom physischen, sondern auch vom moralischen und geistigen Standpunkt aus wandte. Er sprach ferner sein Bedauern darüber aus, daß die zurzeit auf dem Kapitol tagenden Nationalkatholiken seiner gedacht und sich mit seiner Person beschäftigt haben, ohne des zwischen dem italienischen Staat und dem Heiligen Stuhl infolge des Garantiegesetzes bestehenden Zwistes zu gedenken.

Der italienische Diktator hat den Abdruck dieser Rede in ganz Italien verboten.

Wilhelms Lakaien verleumden.

Ein holländisches Blatt muß ihnen erst Anstand beibringen.

Amsterdam, 26. März. (Eigener Bericht.) Das niederländische Wochenblatt „Het Leven“ sieht sich in seiner Nummer vom 24. d Mts. genötigt, im Hinblick auf einen Briefwechsel mit dem Hause Doorn“ die Flucht in die Oeffentlichkeit anzutreten.

„Het Leven“ hatte die Memoiren der zweiten Frau des Exkaisers, Prinzessin Hermine, für eine große Summe dem journalistischen Bureau, das im Auftrage der geschäftstüchtigen Dame den Vertrieb regelt, abgekauft und veröffentlicht. Das „Haus Doorn“ scheint in dieser Veröffentlichung nachträglich ein Haar in der Suppe gefunden zu haben, denn die Memoiren waren von der Prinzessin Hermine dem amerikanischen Journalisten Viereck zu propagandistischen Zwecken in die Feder diktiert worden. Nach der Veröffentlichung schickte der „Hofmarschall des Hauses Doorn der Redaktion von „Het Leven“ ein Schreiben, in dem er gegen die angeblich nicht genaue Uebersetzung Einspruch erhob und sich namentlich dagegen wandte, daß in der Ueberschrift nicht von der Kaiserin Hermine, sondern von der Prinzessin Hermine gesprochen werde. Gleichzeitig erklärte er, daß die Frau des Exkaisers von der Veröffentlichung in „Het Leven“ absolut nichts gewußt habe. Um mit den Worten von „Het Leven“ zu sprechen, ergibt sich die Lügenhaftigkeit dieser Behauptung“ schon daraus, daß das Blatt im verflossenen Herbst sogar eine Korrespondenz wegen dieser Veröffentlichung mit dem „Hause Doorn“ führte, um einige Lichtbilder zu dem amerikanischen Text übernehmen zu dürfen. Darauf ging „Het Leven“ ein Schreiben des „Privatsekretärs Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Hermine“ zu, daß man die Lichtbilder nicht überlassen könne, weil man im „Hause Doorn“ an einer Veröffentlichung der Lebensgeschichte in der von „Het Leven“ gewählten Form kein Interesse habe. Auch dieser Privatsekretär, Herr Wunderlich, behauptete, daß „Het Leven“ das Original verändert habe, um es sensationell zu gestalten.

Ein Teil der niederländischen rechtsstehenden Presse hat diese Auslassungen des „Hofmarschalls“ und des Privatsekretärs, die den betreffenden Blättern vom „Hause Doorn“ aus zugingen, nicht mehr als gern aufgegriffen, um sie zu Angriffen gegen „Het Leven“ zu benutzen. „Het Leven“ erklärt dazu mit allem Nachdruck, daß die zweite Frau des Exkaisers niemals auf den Titel einer Kaiserin oder Königin Anspruch erheben könne und die Herren dieses sogenannten „Kaiserlichen Hofes“ gut täten, von ihren Verleumdungen in der niederländischen Presse endlich Abstand zu nehmen.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
doch das Bestel

5059 Henry **Bender** Elfriede **Mertens** Elsa **Müller** Louis **Kaliger** Kat. Neuse / Hedwig Ronau / Clärs Kaufmann / Gustav Mahnke / Fischer-Mahler / Bobby Bender **Prominente** der Breslauer Lokal-Revue: „Jupiter geht fremd" **Victoria**-Theater ab Sonnabend **8¼**

Stadttheater
(Opernhaus)
Dienstag
20 bis gegen 22.30:
16. Abonn.-Vorstell.
Serie A
Gastspiel Lotte Schöne
Der Barbier von Sevilla
Mittwoch
20 bis nach 22.45:
16. Abonn.-Vorstell.
Serie B
Das Wunder der Heliane.
Donnerstag
20 bis nach 22 Uhr:
16. Abonn.-Vorstell.
Serie E
„Josua"

Liebich-Theater
Tel. Stephan 34646
Nur noch wenige Tage!
Täglich 20 Uhr:
Singer's
Midgets - Revue
und das große Varieté-Programm

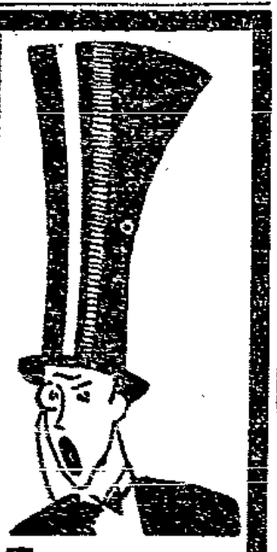
Konzerthaus WAPPENHOF
Heute Dienstag
sowie morgen Mittwoch u. Donnerstag ab 4 Uhr:
Großer heiterer Nachmittag
mit dem brillanten Programm. — Eintritt 25 Pf.
Anschließend: 5090
Der beliebte Wappenhofball
Der beliebte Wappenhofball findet von jetzt ab auch jeden Mittwoch statt.

Leihweise elegante
Frack- Rock- und Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidermeister 4214
Bischofstraße 3.

Stadtgraben-Lichtspiele Odeon-
Heute bis Donnerstag:
Albertini
im
Sensations-Doppel-Spielplan
Jack Hoxie
Indianer-Großfilm — 6 Akte
Harry Liedtke
in „Eine tolle Nacht" - 6 Akte
Buster Keaton
Lustspiel — 2 Akte
Eintrittspreise von 50 Pf. an / Erwerbslose zur 1. Vorstellung 30 Pf.
Letzte Vorstellung 9 Uhr 10707

Schlesisches Landesorchester
5075
3 Bruckner-Abende
unter Leitung von Kapellmstr Wolfgang von Hausenschild
Donnerstag, d. 29. März
VII. Symphonie E-dur
Donnerstag, den 5. April
VIII. Symphonie C-moll
Donnerstag, d. 12. April
IX. Symphonie D-moll
im Breslauer Konzerthaus, Gartenstr. 39/41, großer Saal. Beginn 20 Uhr
Karten zu 3.00, 2.00 und 1.00 RM. bei Hainauer, Schweidnitzer Str. 52 und Gartenstr. 39/41 u. Abendkasse

KWT Kaiser Wilhelm Theater
Gartenstraße 85.
Auf vielfachen Wunsch
Nur 3 Tage!
Der am heißesten umstrittene größte russische Film
Panzerkreuzer Potemkin
Viermal verboten gewesen!
Diesen Film muß Jeder gesehen haben!
Außerdem:
Der Schleier fällt
Ein Frauenschicksal aus dem Orient
5091



Tragen Sie Qualitäts-Hüte
von
11604
Schönfeld & Co.
größtes Spezialhaus Schlesiens für
Herrenhüte Mützen
vom einfachst. bis zum allerfeinsten Genre.
Hauptgeschäft:
Schmiedebrücke 17/18
Filiale
Kupferschmiedestraße
Filialen:
„Hut-Palast"
Ohlauer Straße 20
Neue Schweidnitzer Straße 17
neb. Leipziger & Kessler
Graupenstraße 12
vis-à-vis Börse
Bohrauer Straße 45

Der Lehrling

muß für seinen Beruf zweckentsprechende Kleidung haben – Ich habe geeignete
Berufskleidung immer gut, immer billig
vorrätig. – Bitte, besuchen Sie mich, damit ich Sie ganz unverbindlich beraten kann
Oskar Dehmel
1082 Breslau I • Heumarkt 45

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 5073
Tel. Stephan 35398.
Täglich 20 Uhr:
„Der Zarewitsch"
Sonnabend zum 1. Male:
„Lady F"
Musik von George Edwards.
Sonntag nachm. 15½ Uhr:
„Eine Frau von Format"
Sonntag und täglich 20 Uhr:
„Lady F"

Lobe-Theater.
Tel.: Ring 6774.
Dienstag bis einschl. Donnerstag, 20 Uhr:
Zwölftausend
Schauspiel v. Bruno Frank
Freitag
bleibt das Lobe-Theater wegen Vorbereitungen zu „Faust" geschlossen.
Sonnabend 19 Uhr:
Neueinstudierung!
„Faust" I. Teil
von Goethe.

Thalia-Theater
Tel.: Ring 6700.
Täglich 20 Uhr:
Die Wildente
Schauspiel v. Henrik Ibsen
Sonnabend 20 Uhr und täglich:
Gastspiel
des russisch-deutschen Künstler-Ensembles
Der blaue Vogel
Leitung u. Conferencier: J. Jushny. 5077

Druckerei Volkswacht
liefert moderne Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 45

Leihweise elegante 5026
Frack- u. Smoking-Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. R. 1301
früher Albrechtstraße.

Sie verdienen täglich
10 Mk. an Schnitzgeld. Nur persönlich kommen.
Röcke
in Serge, Kittel, Leinwand, Kernseifenfutter • Reichhaar Garn, Knöpfe, Kernseife, Erbsen, alles sehr billig, primo Mehl • Butter und Eier
Berthold Lippert
Heinrichstraße 16 5085
Filialen: Oderstraße 17 und Weißgerbergasse 43.

Leihweise
Frack- Rock- u. Smoking-Anzüge
nur neueste Fasons
C. P. Pätzold
Königstraße 7/9, I.
nur Kipling-Ansichtsk.

Teppiche Läufer, Divan- u. Steppdecken
ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefern
Adry & Gilbert, Frankfurt a. M. 1. 133
größtes Teppichversandhaus Deutschlands.
Schreiben Sie sofort! 11786

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Reichsbriefträgern entgegengenommen.

Uhren u. Goldwaren
Spezialität: 5083
Fugenlose Trauringe
Paul Alter Juwelierschmiedestraße 17
Neben Hutschenreuter.

Wie bei allen Gelegenheiten stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Für Siedler-Wohnungen
besonders geeignete Bilder
in größter Auswahl, herrliche Stücke, schmal und lang, für niedrige Wände im Schlaf- und Wohnzimmer. Sehr billige Preise
Bruno Wenzel
5089 Breslau, Albrechtstraße 11
(An der Magdalenenkirche)

Jugendnoth!
Geleitworte von Jürgen Brand
30 ₰
Tod synnoch!
Ein Sprechchorspiel zur Jugendweihe von Bruno Schönlank
1.20 Mk.
Volkswachtbuchhandlungen Breslau
Neue Graupenstr. 5 • Neue Taschenstr. 11.

Immer daran denken:

Henko ist besser!
Henko macht das härteste Wasser schnell weich! Henko löst beim Einweichen spielend den Schmutz von der Wäsche! Henko ist beim Putzen und Scheuern billig und leistet sehr viel!

Breslaus größte Likörfabrik
Herzberg & Co.

unterhält keine Kneipen, gibt aber ihre Fabrikate in folgend. 5 Verkaufsstellen ab:
Höfchenstraße 48
Blücherpl. 17–18
Leuthenstraße 10
Michaelisstraße 3
Klosterstraße 64

David: Referentenführer.
Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 50 Pf., auswärts 10 Pf. Porto.
Volkswacht-Buchhandlung (Moderne Antiquariat)
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Ausstellung im **Schießwerder** vom **26. bis 31. März**
geöffnet täglich ab 10 Uhr
5050
Daselbst
Kochvorträge allabendlich 20 Uhr
Das **Gas** im **Haushalt**
Städtische Rohrnetzbetriebe, Lessingplatz 3
Gratis-Kostprobenverteilung! Gratisverlosung von Gasapparaten pp.! Eintritt frei!

Für die Redaktion verantwortlich: Emil Zimmer; für die Anzeigen: Max Lesser. – Redaktion: Friedrichstraße 3. – Expedition: Flurstraße 4. – Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. März 1928.

Geschäftsreisende gesucht!

Der Tag der Wahlen rückt immer näher. Die Parteien des Bürgerblocks erinnern sich wieder ihrer Wahlversprechen von anno dazumal. Gegenseitig werfen sie sich Grundsatzlosigkeit vor und vereinen in formvollendeter Verbindung Regierungsspiel und Opposition. Man möchte ein Gänseblümchen nehmen und Blatt für Blatt ausreißen: ja, nein, ja nein . . . leben sie noch oder sind sie schon in der Versenkung verschwunden, die Ritter der deutschen Treue, die Aktionäre der in Konkurs geratenen Reichsschulgesetz-Handels-A.-G.?

* * *

Es ist ziemlich dunkel geworden in den Häusern der Regierung. Ist es da ein Wunder, wenn der alte Sonnengott Phöbus einmal im Reichstag erschienen ist und ein wenig die Geldschränke unserer Blauen Jungens beleuchtet? Phöbus beherrscht die Stunde.

* * *

Wie aber sage ichs meinen Wählern? Keine Angst, die Herren Westarp, Scholz und Konsorten wissen sich schon zu helfen. Mit Geld lassen sich nicht nur Filmgesellschaften, sondern auch Wahlredner kaufen. Und wenn eine Vertriebsgesellschaft von Bismarckheringen oder Staubsaugern Geschäftsvertreter gegen gute Bezahlung engagiert, warum nicht eine Spezialfirma in nationalen Belangen? Und so inseriert man:

Redegewandte Herren
von rechtsstehender Partei für den kommenden Wahlkampf gesucht. Angebote mit Lichtbild und Gehaltsansprüchen unter . . .

* * *

Es gibt zweifellos noch einige ehemalige Offiziere ohne genügende Beschäftigung, die sich aus der großen Zeit des Krieges noch eine schnarrende Stimme erhalten haben. Ran ans Volk! Das Exerzierreglement wird gratis geliefert und dazu noch ein schöner Batzen, wovon sich gut leben läßt. Und dann los gegen die verfluchten Materialisten und Landesverräter.

* * *

Einen Vorschlag aber wollen wir den deutschnationalen und volksparteilichen Drahtziehern noch machen, wie man die Sache noch besser schmeißen kann. Man lasse Schallplatten herstellen mit den neuen Versprechungen und liefere sie allen Familien gratis ins Haus. Und wenns dann schief geht — no, dann wars eben nicht maßgebend. Die Führer selbst haben ja nichts gesagt.

Der General der Heilsarmee,

W. B. Booth (sprich Buhth) aus London weilte am Sonntag in Breslau und sprach nachmittags und abends in 2 öffentlichen, gut besuchten Versammlungen im großen Konzerthaussaale. Bekanntlich hat vor einiger Zeit ein anderer General, nämlich Herr Erich Ludendorff im Konzerthaus gegen Juden, Jesuiten und Freimaurer gemeitert; und wenn man diese beiden Generäle einmal miteinander vergleicht, so verdient der Heilsarmee-General unbedingt den Vorzug. Schon wegen der Art seines Auftretens. General W. B. Booth ist ein sehr würdiger alter Herr mit schneeweißem Haar, eine typische englische Erscheinung. Seine Redeweise — er spricht nur englisch und hat einen Dolmetscher neben sich — wirkte sympathisch. Er hob hervor, daß die Heilsarmee von seinem verstorbenen Vater vor 60 Jahren in London ins Leben gerufen wurde und daß sie sich seitdem so ziemlich über alle Erdteile und Länder ausgebreitet habe. Eine Tochter des Generals ist Kommandeurin der Heilsarmee in Deutschland und auch sie war im Konzerthaus inmitten des „Stabes" auf dem Podium zu erblicken.

Im übrigen war das, was der General zu sagen hatte, zugeschnitten auf den Vers:

Bist du müde, bist du schwer betrübt,
Sage es Jesus;
Hast du keinen Freund, der dich noch liebet,
Sage es Jesu allein!

Zwischendurch wurde im Chor und einzeln oder mit Klavier- und Musikbegleitung gesungen, zu einem Liede wurde auch im Takte in die Hände geklatscht. Die Heilsarmee, die militärisch organisiert ist, befolgt auch in ihren Versammlungen eine eigene Methode und die auf nüchterne Deutsche nicht immer anziehend wirkt. Es muß aber doch festgestellt werden, daß die Musik durchaus nicht mehr so ohrenbetäubend wirkte, wie noch vor Jahren.

Außer General Booth sprach auch noch ein anderer englischer „Offizier", der zwei Jahrzehnte unter den Zulus in Afrika gewirkt hat. Zum Schluß der Abendversammlung wurde eine „Seelenrettung" größten Stils arrangiert. Es fanden sich auch einige „Seelen", die von den frommen Worten und Gesängen innerlich aufgelockert wurden und zögernd nach vorn an die „Bußbank" eilten.

Wieviele es waren, ließ sich nicht mit Sicherheit feststellen, jedenfalls hatte der General die Genugtuung, daß wenigstens einige Männer und Frauen Breslaus „Rettung am Kreuze" suchten.

Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit

gelten als Berufsunfälle.

Durch das Gesetz vom 14. Juli 1925 wurde in die Reichsversicherungsordnung eine neue Bestimmung aufgenommen, die die Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit als Betriebsunfälle erklärt. Die Bestimmung hat folgenden Wortlaut:

„Als Beschäftigung in einem der Versicherung unterliegenden Betrieb gilt der mit der Beschäftigung in diesem Betrieb zusammenhängende Weg nach und von der Arbeitsstätte."

Die neue Bestimmung ist nun seit zweieinhalb Jahren in Kraft und es sind bisher schon viele Urteile zu Gunsten und Ungunsten der Unfallverletzten ergangen, je nach Lage des Falles.

Es muß anerkannt werden, daß das Reichsversicherungsamt entgegen den Auffassungen der Berufsgenossenschaften und den Entscheidungen mancher Oberversicherungsämter einen für die Verletzten oder deren Hinterbliebenen günstigen Standpunkt einnimmt, wenn es die gesetzlichen Bestimmungen noch ermöglichen.

Das Gesetz verlangt, daß der zurückgelegte Weg mit der Beschäftigung im Betrieb zusammenhängt.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes wurden bisher schon Unfälle, die sich zwar in einem Betrieb, aber bei Ausübung einer eigenwirtschaftlichen Tätigkeit des Verletzten ereignet haben nicht als Betriebsunfälle anerkannt. Dieser Grundsatz geht natürlich auch auf die Unfälle über, die sich auf dem Wege ereignen. Das Reichsversicherungsamt verlangt, daß der Unfall auf dem Wege in **örtlicher, zeitlicher und ursächlicher** Beziehung zum Betrieb stehen muß.

Der Zusammenhang mit dem Betrieb wird nicht aufgehoben, wenn die Unterbrechung verhältnismäßig kurz und zum Teil in innerer Beziehung zum Betrieb oder zur Beschäftigung im Betrieb steht.

Wenn ein Versicherter auf dem Wege von und zur Arbeit **private** Besorgungen macht, die ihn zu einem **Umwege** veranlassen, so wird dieser Umweg in der Regel als nicht zum Betrieb gehörig betrachtet, **wohl aber die Fortsetzung, wenn er den allgemeinen üblichen Weg wieder erreicht hat.** Wenn der Umweg mit dem Betrieb irgendwie **zusammenhängt**, sei es, daß er zu dem Zweck gemacht wurde, ein Stück Werkzeug zum Schleifen zu geben, ein Werkzeug zu kaufen oder eine andere mit dem Betrieb zusammenhängende Verrichtung zu erfüllen, so braucht er auch nicht den kürzesten Weg zu wählen. Wenn er zum Beispiel einen etwas weiteren Weg, vielleicht einen Umweg wählt, damit er Verkehrsgefahren weniger stark ausgesetzt ist, **muß auch der Umweg als ordnungsgemäßer Weg zum Betrieb betrachtet werden.** Die Zurücklegung des Weges muß auch **zeitlich** mit dem Betrieb in Zusammenhang stehen, das heißt, sie darf sich von Beginn oder Ende der Arbeitstätigkeit **nicht zu weit entfernen.** Wenn ein Versicherter nach Schluß der Arbeit eine **Wirtschaft** aufsucht und längere Zeit dort verweilt,

wird der Zusammenhang mit dem Betrieb unterbrochen und auch durch den Nachhauseweg nicht wieder hergestellt.

Hat aber ein Versicherter zum Beispiel **zwischen Schluß der Arbeitszeit und dem Abgang des Zuges**, den er benützen muß, einige Stunden Zeit und er begibt sich während dieser Zeit in eine Wirtschaft, so wird dadurch der Zusammenhang mit dem Betrieb **nicht unterbrochen.** Das gleiche ist der Fall, wenn ein Versicherter einen **weiten Weg** zurückzulegen hat, wenn er sich vor Antritt des Weges ein oder zwei Glas Bier und etwas zum Essen kauft, und nicht länger in der Wirtschaft verweilt, als zur Einnahme der Stärkung notwendig ist.

Die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, daß die Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit häufiger sind, als ursprünglich angenommen wurde, es zeigt sich aber weiter,

daß es sich aber meist um schwere, vielfach tödliche Unfälle handelt.

Die in den letzten Jahren zu Ungunsten der Verletzten oder ihrer Hinterbliebenen erlassenen Entscheidungen stützen sich darauf, daß der Zusammenhang mit dem Betrieb in irgend einer Weise unterbrochen wurde.

Die Gefahren auf öffentlichen Straßen und Plätzen mehren sich durch die neuzeitlichen Verkehrsmittel, insbesondere in alten Stadtteilen, die dem Verkehr nicht mehr gewachsen sind.

Das Reichsversicherungsamt nimmt vom Jahre 1928 ab eine genaue Statistik der Unfallursachen auf. Unter anderem werden auch die Wegunfälle besonders gezählt und folgende Arten unterschieden: 1. Unfall als Fußgänger ohne Zutun anderer Personen; 2. als Fußgänger mit Zutun anderer Personen; 3. als Radfahrer ohne Zutun anderer Personen; 4. als Radfahrer mit Zutun anderer Personen; 5. als Insasse eines Pferde- oder Motorfahrzeuges, Eisenbahnwagens und dergleichen. Die Statistik wird erschreckende Zahlen bringen.

Die ganze Materie mahnt die Versicherten **zur besonderen Vorsicht.** Zum mindesten sollte jeder Versicherte bedacht sein, bei der Zurücklegung des Weges von und zur Arbeitsstätte immer die Bestimmung der Unfallversicherung über die Wegunfälle zu beachten.

Die Polizei in Groß-Breslau.

Am 1. April tritt die Breslauer Eingemeindung in Kraft. Das wird nach außen zuerst in bezug auf den Ordnungsdienst in Erscheinung treten, denn in der Nacht zum Sonntag beginnt mit dem Glockenschlage zwölf der Außendienst der Breslauer Polizei im ganzen Bereiche von Groß-Breslau. Der Revierdienst dagegen kommt, da der 1. April ein Sonntag ist, erst Montag früh 7 Uhr in Betrieb. Zum Zwecke der Umwandlung bleiben die Breslauer Polizeireviere Sonnabend von 10 Uhr vormittags ab für den Publikumverkehr geschlossen.

Aus Gründen der Sparsamkeit hat eine Vermehrung der 28 Breslauer Polizeireviere nicht erfolgen können, vielmehr wird auch Groß-Breslau nur 28 Reviere haben, so daß eine vollkommene Umorganisierung erfolgt. Je ein Revier wird nach Deutsch-Lissa und Carlowitz gelegt. Revierzweigstellen kommen nach Neukirch und Hundsfeld, während für Stabelwitz, Gr.-Masselwitz, Rosenthal, Schwoitsch und Klein-Tschansch Landposten vorgesehen sind. Im Gebiete der heutigen Stadt Breslau verbleiben 26 Reviere, die zum Teil weit ins Eingemeindungsgebiet hinausreichen. Auf ein Revier entfallen durchschnittlich etwa 20 000 Einwohner. Die Revierbüros werden zunächst nicht immer gerade günstig für das Publikum liegen, da zunächst die alten Räume weiter benutzt werden müssen, und erst mit der Zeit neue Räume etwa im Zentrum jedes Reviers bezogen werden können. An den Anschlagsäulen erscheint in diesen Tagen ein großes Plakat, auf dem jeder Bürger ersehen kann, zu welchem Polizeirevier seine Wohnung nunmehr gehört und wo dieses Revier liegt. Im ganzen ist die Polizei der Bezirkseinteilung des Magistrats gefolgt.

Bei der Kriminalpolizei erfolgt eine geringe Vermehrung der Bezirke von sieben auf zehn, und zwar werden in Klein-Tschansch, Carlowitz und Deutsch-Lissa neue Kriminalbezirke eingerichtet. Im übrigen folgen die Grenzen der Kriminalbezirke den Reviergrenzen.

An den Rechtsverhältnissen im Eingemeindungsgebiet wird durch das Hinauslegen der Breslauer Polizei zunächst nichts geändert. Alle an den einzelnen Orten bestehende Polizeiverordnungen bleiben so lange in Kraft, bis sie aufgehoben oder durch andere Bestimmungen ersetzt werden. Hoffentlich wird man sich draußen unter der neuen Art der Landbefriedung wohlfühlen. Ein Stück alter Poesie geht allerdings verloren, wenn an einem Ort der Nachtwächter zum letzten Male die nächtliche Stunde bläst. —f.

Im Kinderhort des Arbeitsamtes.

In der Stempel- und Zahlstelle für arbeitslose Frauen und Mädchen am Sonnenplatz (im Grundstück Gartenstraße 5) befindet sich schon seit längerer Zeit ein Kinderhort, der im Zimmer 17 im Hochparterre eingerichtet ist. Früher, als dieser Kinderhort noch nicht bestand, waren die Kinder, soweit sie von den weiblichen Erwerbslosen mitgebracht werden mußten, übel dran. Während des oft langen Wartens und Anstellens wurden die Kinder unruhig, weinten und lärmten und störten in empfindlicher Weise den ganzen Betrieb.

So wurde die Einrichtung dieses Kinderhorts zu einer zwingenden Notwendigkeit.

In einem geräumigen Zimmer, mit großen, lichten Fenstern können bis vierzig Kinder verwahrt werden, das heißt die Kleinen werden hier von zwei Aufsichtsdamen vorübergehend beaufsichtigt und mit Spielen aller Art beschäftigt. Zu den Einrichtungsgegenständen dieses Kinderhorts gehören Tischchen, Stühlchen, Waschgelegenheiten, und schließlich eine weiche Matratze für die ganz Kleinen.

Jedes Kind, das hier während der Vormittagsstunden (von ½8 bis 1 Uhr) abgegeben wird, erhält nach vorheriger Eintragung ein Kettchen mit einer Nummer um das Handgelenk, während ein zweites Kettchen mit der gleichen Nummer der Mutter des Kindes eingehändigt wird. Ein drittes Kettchen, ebenfalls mit derselben Nummer, kommt mit den Sachen des betreffenden Kindes an den Kleiderhaken. So kann also kaum eine Verwechselung der Kinder bei der Abholung eintreten, wie

Laxin Das ideale Abführ-Konfekt

Theater und Musik.

Stadttheater.

Händel: „Josua" (Szenische Uraufführung).

Es fällt einem schwer, überhaupt etwas gegen die Neubelebung Händelscher Musik, in welcher Weise sie auch geboten werden mag, anzuführen. Gerade unserer an wirklich wertvoller, nachhaltig wirkender musikalischer Produktion armen Zeit ist ein schier unversiegbarer Quell musikalischer Gedanken, wie ihn das Riesenwerk Händels darstellt, not. Und schließlich ist es ersprießlicher, eine Bereicherung, über die man verschiedener Ansicht sein kann, in Kauf zu nehmen, statt ganz auf das Werk zu verzichten. Für die Anregung muß man unserem Regisseur-Dramaturgen Dr. Herbert Graf jedenfalls Dank wissen. Zu dem ersten Versuch, dem vorjährigen „Belsazar", hatten wir manches Für und Wider anzuführen. Herr Graf hat die Lehre daraus gezogen und sie, soweit es sich mit den vorhandenen Mitteln vereinbaren ließ, in die Tat umgesetzt. Das wesentliche äußere Gesicht seiner von ihm so benannten „Oratorienbühne" hat sich beispielsweise gründlich verändert und erinnert solchergestalt bei weitem eher an die Bühne als an die eigentliche Oratorienheimat, das Konzertpodium. An dem Darstellungsstil hat sich allerdings dem „Belsazar" gegenüber so gut wie nichts geändert, denn es konnte sich nichts daran ändern. Händel hat eben seine Oratorien wohl dramatisch, aber nicht bühnendramatisch gedacht und ein solcher Charakter läßt sich, wie man sieht, nicht in sie hineinschmuggeln. Weder die spärlichen, aus dem Geist der Rede und der Musik geformten, automatischen Gesten der Sänger, noch die als „Volk" umherwimmelnden Bewegungschöre können die konzertmäßigen Breiten und Ruhepunkte vertuschen. Der gläubige „Josua" verträgt eigentlich eine Bühnenübertragung noch weniger als sein unwürdiger Kollege „Belsazar". Dort lassen sich wenigstens Ansätze eines dramatischen Geschehens erkennen, der „Josua" verzichtet vollständig darauf. Den erzählenden Ton des anerkannt schlechten Textdichters Thomas Morell konnten weder der neuere Händelbearbeiter Chrysander noch der neueste, Graf, in sein Gegenteil umwandeln. Wohl ereignet sich in Morells Buch einiges, aber wir werden nicht Zeugen dieser Ereignisse, da sich die Beteiligten nur auf Berichte beschränken und Handlungen reisen lassen, nicht aber wirklich handeln. Darum interessiert uns das wiederholte kriegerische Unternehmen des Feldherrn Josua nur indirekt. Anstatt einen spannenden Konflikt aus der Situation zu konstruieren, mühte sich Morell mit der Einfügung einiger zur Haupthandlung in keinen Beziehungen stehenden, ganz belanglosen lyrischen Liebesszenen, die den Krieger Othniel und sein naturfreudiges Liebchen Achsah vorführen, lediglich um der dramatischen Gegensätzlichkeitsforderung zu genügen.

Grafs und seines phantasievollen Bühnenbildners, Prof. Wildermann, Bemühungen erzielten eine Reihe malerischer „lebender Bilder", deren Starrheit nur hier und da durch andeutende Massenbewegungen unterbrochen wird, an einer Stelle, der Wiedergabe des kanaitischen Krieges, sogar mit dem Erfolg, daß sich der außerhalb der Bühne abspielende Kampf an dem Eindruck wahrnehmen läßt, den er auf die zuschauende Volksmenge macht. Die Bühnenbilder und Kostüme Wildermanns sind harmonisch aufeinander abgestimmt, von kühnen Ideen belebt und bieten den Beteiligten Massen ausreichenden Raum. Graf bewies in der Bewältigung des umfangreichen Menschenmaterials — Tanz- und Gymnastikvereinigungen nahmen teil — von neuem sein Organisationstalent.

In den Hauptpartien lassen sich wieder zwei Besetzungen hören. Als Josua Peter Unkel und Adolf Fischer. Unkel ist der siegesbewußte, hoheitsvolle, Fischer der tollkühne, jugendlich-heldische Feldherr. Beide verfahren ihre nicht umfangreichen, dafür aber anspruchsvollen Koloraturaufgaben mit atemtechnischem Geschick. Die Altpartie des Othniel hatte der seriöse Baß Gerd Herm Andras, der durch kraftvolles Heldentum und großen, edlen Ton bestach, und Karl August Neumann inne, der eine etwas leichtere Ausgabe des verliebten Heldenjünglings verkörperte. Für die mit den Vögeln des Waldes um die Wette zwitschernde Achsah eignet sich der leicht ansprechende Koloratursopran Rose Books ausgezeichnet, Sylvia Feller-Altheim, die Inhaberin derselben Partei, hatte mehr Glück mit der Jubelarie „O, hätt ich Jubals Harf". Den Seniorfeldherrn Kaleb stattete Rudolf Wittekopf mit würdevoller äußerer und sicherer gesanglicher Gestaltung aus. Hans Görlich spendete der Partie seinen klangschönen Baß, ohne sich freilich von gesanglichen Beengtheiten und aussprachlichen Unschönheiten befreien zu können. Die von Justus Debelak einstudierten Bühnen- und Aushilfschöre machten ihre Sache gut, so weit es eben die vorhandenen räumlichen Möglichkeiten, die den in den Seitenlogen untergebrachten Sängerbestand zwingen, im Rücken des Dirigenten zu singen, zuließen. Am Hauptabend war von einer dynamischen Ausfeilung noch mehr zu spüren als in der öffentlichen Generalprobe, in der manche Chornummern reichlich eintönig klangen. Helmut Seidelmann war Händel ein verständiger Interpret und allen Beteiligten ein sorgsamer und zugleich mitfortreißender Führer. — Beide gutbesuchten Vorstellungen wurden beifällig aufgenommen.

Werner Sander.

es ja überhaupt nicht gut denkbar ist, daß eine Mutter ein ihr nicht gehöriges Kind in Empfang nehmen sollte.

Ursprünglich wurde auch befürchtet, daß Fälle von Kindesaussetzungen, wie sie ja in jeder Großstadt des öfteren zu verzeichnen sind, hier vorkommen würden. Erfreulicherweise ist aber ein derartiger Fall bis jetzt noch nicht vorgekommen.

Wenn wirklich einmal ein Kind nicht abgeholt werden sollte, so würde mit Leichtigkeit die rechtmäßige Mutter festzustellen sein, da bei der Aufnahme eines Kindes grundsätzlich von der Mutter die Vorzeigung der Stempelkarte als Ausweis gefordert wird.

Wenn man den Kinderhort betritt, muß man sich zunächst wundern, wie ruhig und artig sich die Kinder im allgemeinen verhalten.

Es ist dies vornehmlich darauf zurückzuführen, daß die beiden aufsichtsführenden Damen in keiner Weise einen Zwang auf die Kinder ausüben. Sie dürfen spielen und treiben, was ihnen beliebt, ganz nach freiem kindlichem Gutdünken. Kinder wollen sich ja selbst überlassen sein und eine verständige Erziehung und Beaufsichtigung muß mit dieser Tatsache rechnen. Es handelt sich eben nur darum, den Kindern auch beim Spiel Freiheit zu lassen, ihnen keinen unnötigen Zwang aufzuerlegen.

Das Spielzeug, das hier zur Verwendung kommt, ist vom städtischen Berufsamt geliefert. Säbel, Helme, Knallpistolen und andere derartige Dinge, die geeignet sind, schlechte Instinkte im Kinde zu wecken, kommen hier nicht zur Verwendung. Vielmehr ist es Spielzeug, das anregend wirkt. Man muß es gesehen haben, wie allerliebst es wirkt, wenn so ein kleiner dreijähriger Stepke ernst und nachdenklich seinen „Klettermax" betrachtet oder die um ein halbes Jahr ältere „Rosina" mit ihrem Steinbaukasten hantiert.

Kinder, die daran Gefallen finden, ein wenig zu planschen oder sich nach Art der Erwachsenen zu waschen, haben an kleinen Waschtischchen auch hierzu Gelegenheit. So sind also die Kinder im Kinderhort des Arbeitsamtes in gutem Gewahrsam und sie sind auf ein bis zwei Stunden hier oft besser untergebracht als daheim in der dumpfen Hinterhausstube, in die das ganze Jahr über kein Sonnenstrahl einzudringen vermag. Es kommt täglich vor, daß eine Mutter, die ihr Kind im Hort hat, vom Arbeitsamt da- und dorthin geschickt wird, um sich persönlich um eine Arbeit zu bewerben.

Selbstverständlich kann das Kind auch während dieser Zeit im Hort verbleiben, also nicht bloß während des Abfertigens beim Stempeln und Auszahlen der Unterstützung.

Anscheinend gibt es jedoch noch Frauen und Mädchen, die von diesem Kinderhort nichts wissen, weil bei weitem nicht alle mitgebrachten Kinder hier abgegeben werden. Es empfiehlt sich auf alle Fälle, auch bei kürzerem Warten, die mitgebrachten Kinder im Zimmer 17 bis zur Abfertigung zu hinterlassen.

Sebaldus.

60 Jahre Verein „Gutenberg".

Im festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses versammelte sich am Sonntag die stattliche Sängerschar des Vereins mit Angehörigen zur Feier des sechzigjährigen Bestehens. Von nah und fern waren die Sänger herbeigeeilt, um an der Feier teilzunehmen. Auch der allseitig geschätzte Kollege Reichstagspräsident Löbe erschien am Abend und beglückwünschte den Jubelverein, damit helle Begeisterung hervorrufend.

Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden, des Kollegen Schliebs, wurde der Festakt mit dem Männerchor „Krönt den Tag" eingeleitet. In seiner zu Herzen gehenden Festrede betonte der Vorsitzende die zwingende Macht des Liedes bei den verschiedensten Anlässen. Und so sei es auch verständlich, daß schon frühzeitig sangesfreudige Kollegen die Richtigkeit des Wortes: „Das freie Lied aus freier Brust, das macht den Menschen selbstbewußt" erkannten. Um das Lied in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen, wurde Mitte März 1868 beschlossen, einen Buchdrucker-Gesangverein zu gründen. Auf Wunsch des alten Kollegen Althoff wurde als Gründungstag der 18. März — der 20. Jahrestag der Wiederkehr der Märzrevolution in Berlin — bestimmt. Der erste Vorsitzende war Kollege P. Wattige. Die Leitung der Gesangsstunden übernahm Lehrer Herrmann. Aufgenommen wurden nur organisierte Kollegen. Seit dem Jahre 1927 gehört der Verein dem Arbeitersängerbunde an. Immer hat sich der Verein zum Wohle der Gesamtheit betätigt und bei allen Veranstaltungen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und seiner Spartenvereine mitgewirkt. Seit vielen Jahren bereitet der Verein den Kindern verstorbener Kollegen eine Weihnachtsfreude durch Ueberweisung wertvoller Geschenke. Treue zum Verein und zum Verband ist seit jeher eine schöne Buchdruckertugend. Und so konnte der Verein zwei Jubilare, die Kollegen Ernst Kleiner und Oster Stenzel, die fünfzig Jahre dem Verein und Verband angehören, durch Ueberreichung der goldenen Vereinsnadel und eines Geschenkes ehren. Mit dem Dank für die Treue an die alten Kollegen verband der Vorsitzende den Mahnruf an die jungen Kollegen, sich in größerer Zahl dem Verein anzuschließen.

Im Namen des Gaues Schlesien im Verbande der Deutschen Buchdrucker dankte Kollege Birnbach dem Verein für die im Dienste der Organisation geleistete Arbeit und wünschte ihm weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen. Die Glückwünsche des Ortsvereins Breslau überbrachte Kollege Sporn. Im Auftrage des Bildungsverbandes überreichte Kollege Irion ein künstlerisches Diplom. Kollege Müller-Liegnitz begrüßte den Verein im Namen des Ostdeutschen Buchdrucker-Sängerbundes, Kollege Dede-Brieg im Namen des Brieger Gesangvereins „Gutenberg". Als Vertreter des Arbeiter-Sängerbundes gab dessen Gauvorsitzender Josef Lozar seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Verein dem Bunde angeschlossen ist und verband damit die herzlichsten Glückwünsche. Mittels Telegramm gratulierten die Buchdrucker-Gesangvereine Beuthen, Danzig, Gleiwitz und Görlitz sowie Kollege Lampner.

Die gesanglichen Darbietungen unter Leitung des Herrn Otto Gummig standen auf hohem Niveau und legten Zeugnis ab von unermüdlicher Probearbeit. Auch das Orchester unter Karl Neugebauer war der schwierigen Aufgabe gewachsen.

Für Humor sorgte in sehr origineller Weise Kollege Wahnfried mit seiner Revue „Aus vergangenen Tagen, oder 60 Jahre Gutenberg" und erntete wohlverdienten Beifall. In 20 Nummern, beginnend mit einer Abendunterhaltung im Jahre 1868 in Friedrichs Etablissement, unter Verwendung alter Texten, wurde das Leben und Treiben in dieser langen Zeitspanne vor Augen geführt. Den Schluß bildete der Maskenball „Salamis" im Lunapark 1928.

Nun ist auch dieses frohe Fest verrauscht. Nötig geht es an neue Arbeit, zur Förderung des Aufstiegs der Arbeiterklasse.

Möge der Erfolg nicht ausbleiben! —h—

Ein ordensfeindlicher Gaul.

Der Inhaber des Uniformen- und Militär-Effektengeschäfts von Klein am Königsplatz kann sich anscheinend in die neue Zeit nicht schicken. In den Schaufensterauslagen sah man stets den reichhaltigsten wilhelminischen Ordensschmuck, Stahlhelmabzeichen und andere Dinge ausgestellt, die eigentlich in der Rumpelkammer besser aufgehoben wären. Am Montag ereignete sich nun etwas ganz Entsetzliches. Ein Milchwagenpferd, das offenbar durch die vielen glitzernden Orden störrisch geworden war, rannte wutschnaubend und den Wagen mit sich ziehend, gerade in dieses Schaufenster, so daß die Scheibe krachend auseinanderfiel und die schönen Orden aufs Straßenpflaster fielen. Herr Klein soll ein recht betrübtes Gesicht gemacht haben, als er sich anschickte, alle diese Kinkerlitzchen einzeln wieder aufzulesen.

Ob nun die Orden nach Instandsetzung der Scheibe wieder ins Fenster kommen werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird Herr Klein auch in Zukunft mit der Tatsache rechnen müssen, daß in Breslau Gäule herumlaufen, die durch so viel Ordensschmuck scheu werden und mit dem Kopf dagegen rennen.

Schulentlassene vom Nikolaitor!

Wir laden euch alle zur Begrüßungsfeier für die Schulentlassenen ein. Diese findet Donnerstag, den 29. März, abends 8 Uhr, in Bräuers Festsälen, Pöpelwitzstraße, statt. Bringt eure Eltern mit. Die Parteigenossenschaft vom Nikolaitor unterstützt die Feier durch zahlreiches Erscheinen. Unkostenbeitrag 20 Pf. für Erwachsene, 10 Pf. für Jugendliche. Schulentlassene sind frei.

Sozialdemokratische Partei, Abt. Nikolaitor.
Sozialistische Arbeiterjugend, Heim 5.

Geht ins Jugendheim der S.A.J.

Kollidiebstähle auf dem Güterbahnhof West.

In der letzten Zeit hatten die Güterdiebstähle etwas nachgelassen, weil die Diebe offenbar keine Abnehmer für ihr Diebesgut fanden. Doch Ende vorigen Jahres ist man bei der Güterabfertigung und auch bei der Eilgutabfertigung Breslau-West umfangreichen Diebstählen auf die Spur gekommen. Gestohlen wurden eine große Anzahl wertvoller Stoffballen. Nicht weniger als 30 solcher Ballen hochwertigen Gutes wurden bei der Güterabfertigung in ganz kurzer Zeit gestohlen. Der eifrigen Ermittlungstätigkeit des Eisenbahnkriminalbeamten Eisen und des Eisenbahnuntersuchungsbeamten Hauschild gelang es jetzt sowohl der Diebe als auch der Hehler habhaft zu werden, die sämtlich in Untersuchungshaft genommen wurden. Der Speditionskutscher Aust war mit dem Güterbodenarbeiter Fritz Hinke bekannt; diese beiden stahlen die Ballen und verkauften sie alsbald weiter. Hinke soll allerdings nur recht wenig Vorteil von dem Geschäft gehabt haben, dagegen führte Aust das Leben eines eleganten Kavaliers. Auch vier Hehler waren durch die Beamten ermittelt und verhaftet worden. Es sind dies die Schneidermeister Gromosch und Pirdel, des weiteren der Monteur Kleiner und schließlich die Witwe Kneifel von der Kleinen Groschengasse 23. Bei der letzteren wurde ein ganzes Diebeslager vorgefunden. Den Beamten gelang es noch, einen Teil der Stoffe zu beschlagnahmen, doch war ein Teil auch bereits zu Anzügen verarbeitet worden. Bei der Eilgutabfertigung war im Februar dieses Jahres ein wertvoller Ballen Stoff von dem Güterbodenarbeiter Friedrich Flack gestohlen worden. Der Dieb hatte den Ballen seinem Vater übergeben, der ihn weiterweise an kleine Leute verkauft hat. 13 Käufer haben sich so der Hehlerei schuldig gemacht. Sämtliche Genannten sind geständig.

Aenderung des Verfahrens in Versorgungssachen.

Durch Gesetz vom 17. März 1928 — Reichsgesetzblatt 1928 I Seite 63 — ist das Rechtsmittel des Rekurses an das Reichsversorgungsgericht mit Rücksicht auf dessen Ueberlastung für den Versorgungsberechtigten und den Reichsfiskus auch für Fälle eingeschränkt worden, in denen es sich um Neufestsetzung der Rente wegen Veränderung der Verhältnisse handelt. — Zu Gunsten der Versorgungsberechtigten ist jetzt zwingend vorgeschrieben, daß auf Antrag des Klägers ein von ihm benannter Vertrauensarzt gehört werden muß; nach Lage des Falles kann die Anhörung von der Entrichtung eines entsprechenden Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. — Endlich ist die früher zulässige Anordnung einer Gebühr des Klägers im Falle seines Unterliegens beseitigt worden. Die Aenderungen dienen sich der gegenwärtigen Regelung des Verfahrens in Sachen der sozialen Unfallversicherung an.

Landes-Arbeitsgericht.

Der Lohn der Krankenschwester.

Frau von H. war schwerkrank und ließ sich daher eine Krankenschwester zur Pflege kommen, die sich wochenlang um sie mühte und gesund pflegte. Als es aber zum Bezahlen kam, fand Frau von H. den üblichen Pflegesatz von 5 Mark pro Tag (!) zu hoch und versuchte, ihn auf 3 Mark herabzusetzen. Damit war die Krankenschwester aber nicht einverstanden und so erhielt sie — überhaupt nichts. Sie klagte daher beim Arbeitsgericht auf den ausstehenden Pflegelohn von insgesamt 370 Mark, der ihr auch zugesprochen wurde.

Frau von H., inzwischen gesundet und anscheinend bei vollen Lebenskräften, aber gab sich nicht zufrieden, sondern legte Berufung beim Landesarbeitsgericht ein. Hier wurden nun von ihrem Rechtsvertreter die verschiedensten Einwendungen gemacht. Da wollten nur 3 Mark vereinbart worden sein, außerdem sei Beköstigung gegeben worden, die angeblich der Tarif nicht vorsieht usw. Dem Gewerkschaftsvertreter der Schwester war es nicht schwer, diese Einwände zu widerlegen. Selbstverständlich ist Beköstigung bei diesem harten Amt und diesem „hohen" Lohn mit einbegriffen. Eine als Zeugin vernommene Pflegestellenvermittlerin bekundet überdies, daß ausdrücklich 5 Mark als Pflegesatz vereinbart wurden. Nachdem die Sachlage so einwandfrei richtiggestellt war, wollte der Rechtsvertreter der Frau von H. noch einen — Vergleich schließen. Das wurde begreiflicherweise abgelehnt. Nach kurzer Beratung bestätigte das Landesarbeitsgericht das Urteil des Arbeitsgerichts und die Berufung wurde kostenpflichtig abgelehnt.

Dieser Fall berührt neben der materiellen auch noch eine für das Arbeitsverhältnis der Krankenschwestern bedeutsame Frage, nämlich die Frage der Arbeitsvermittlung für Krankenschwestern, die noch sehr im argen liegt und die Schwestern oft zum Objekt der Ausbeutung geschäftstüchtiger „Heime" macht. Der Rechtsvertreter der Frau von H. wandte u. a. auch ein, die Schwester sei nicht klageberechtigt, da ihr Heim als Arbeitgeber anzusehen sei und dieses daher die Klage gegebenenfalls einzureichen habe. Im vorliegenden Falle wurde dieser Einwand abgewiesen, da das Heim tatsächlich nur die Vermittlung des Pflegeauftrages vornahm und die Schwester somit einen selbständigen Arbeitsvertrag mit der Frau von H. geschlossen hatte. Ueber diese Schwesternheime lesen wir in der „Sanitätswarte", dem Organ des Krankenpersonals im Gemeinde- und Staatsarbeiterverbande:

„Man unterscheidet drei Arten von Schwesternheimen. Zunächst solche, die selbständig gewerbetreibende Schwestern aufnehmen und ihnen Wohnung und Beköstigung abgeben. In den meisten Fällen übernehmen es diese Heime, den Schwestern Pflegestellen nachzuweisen bezw. zu vermitteln und dafür von den Schwestern Provisionen von dem Entgelt für ihre Tätigkeit zu fordern. Diese Provisionen sind in den meisten Fällen derart hoch, daß von einer Bewucherung der Arbeitskraft gesprochen werden muß. Es gehört nicht zu den Seltenheiten, daß Provisionen von 20 bis 30 Prozent des Gesamteinkommens laufend verlangt werden. Dazu kommt, daß für Wohnung und Beköstigung Preise gezahlt werden müssen, die in gar keinem Verhältnis zur Gegenleistung stehen. Oftmals „wohnen" 4 bis zu 8 Schwestern in einem Raume zusammen. An Mobiliar ist kaum das allernötigste vorhanden. Die Säuberung der Räume muß von den Schwestern selbst besorgt werden, während die zu zahlende Miete pro Person bis zu 50 Mark monatlich beträgt. Da die Schwestern häufig, wenn sie kurze Zeit ohne Stellung sind, Miete und Beköstigung nicht gleich zahlen können, so geraten sie in Abhängigkeit zu diesen Heimleitern und sind nicht in der Lage, nach ihrem freien Willen das Schwesternheim zu verlassen.

Die zweite Kategorie von Heimen vermittelt sogenannte „Gehaltsschwestern". Diese bekommen ein festes Gehalt, so daß sie in einem Arbeitsverhältnis zu den Heimleitern stehen. Hier zeigt sich fast überall der Mangel, daß das feste Gehalt sehr niedrig, dafür aber die Arbeitszeit außerordentlich lang ist. Es kommt häufig vor, daß Schwestern, die neben freier Station eine Gehalt von 50 bis 60 Mark monatlich bekommen, dem Heimleiter Pflegegelder von 300 bis 400 Mark monatlich einbringen.

Die dritte Art der Schwesternheime ist ein kombiniertes System. Hier werden sowohl Gehaltsschwestern als auch solche Schwestern beherbergt, die Kost und Logis erhalten und Provisionen abgeben müssen.

Mit Ausnahme derjenigen Heime, die nur Gehaltsschwestern beschäftigen, sind die Leiter der übrigen Heime als gewerbsmäßige Stellenvermittler anzusprechen, die eigentlich seit Inkrafttreten des Stellenvermittlergesetzes keine Existenzberechtigung mehr hätten. Warum man nicht mit derselben Schärfe gegen sie vorging, wie gegen die gewerbsmäßigen Stellenvermittler in anderen Berufen, soll hier nicht untersucht werden. Der eine Grund scheint plausibel zu sein, nämlich daß durch eine plötzliche Schließung dieser Schwesternheime eine Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung mit Krankenpersonal und die Gefahr der Wohnungslosigkeit für die Heimschwestern hätte hervorgerufen werden können. Das preußische Wohlfahrtsministerium hat auf Vorstellungen des Verbandes das Landesarbeitsamt Berlin um die Aufstellung von Richtlinien ersucht, wie das Vermittlungswesen von Schwestern zu regeln sei. Diese Richtlinien sind inzwischen ausgearbeitet worden und würden, sofern der Minister für ihre Durchführung im Verordnungswesen — er dürfte hierfür u. E. nicht allein zuständig sein — Sorge trägt, wenigstens für Preußen eine gewisse Besserung bedeuten und die Ausbeutungsmöglichkeit dieser für das Allgemeinwohl so wichtigen Arbeitnehmerkategorie beschränken.

---

* **Die Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes** für Mittwoch, den 28. März, in den Zentral-Ballsälen, fällt aus. Sie findet eine Woche später, Mittwoch, den 4. April, um dieselbe Zeit im gleichen Lokal statt. Die Funktionäre treffen sich jedenfalls zwei Stunden früher.

* **Eine zweite Leuchtsäule im Betrieb.** Nun ist, wie vorige Woche vom Tauentzienplatz gemeldet, eine zweite Verkehrsleuchtsäule auf der Straßeninsel Kaiser- und Tiergartenstraße aufgestellt worden. Jetzt scheint mit diesen Neuerungen, die sehr wünschenswert sind, der Schrei nach Großstadt erfüllt zu werden.

* **Wegen Neupflasterung** wird die Kürassierstraße (Nordseite) von der Roonstraße bis zur Unterführung vom 26. März bis 16. Juni für Fahrzeuge aller Art gesperrt. Ebenso die Gräbschener Straße (Nordseite) von der Kor[illegible]straße bis zur Unterführung vom 26. März bis 10. Mai für Fahrzeuge aller Art.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 9052

Erweiterter Parteivorstand. Mittwoch, 19½ Uhr, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshause, Zimmer 6. Alle Abteilungsleiter, Distriktsführer und Frauenleiterinnen müssen bestimmt erscheinen.

Abteilung Ohlauer Tor. Alle Jungarbeiter und Angestellten treffen sich heute, Dienstag abend 8 Uhr, in der Margaretenschule, Tauentzienstraße 82, Ecke Grünstraße, zur Kundgebung. Eingeladen sind alle Genossen der SAJ., der Jungsozialisten, der Gewerkschafts-, Sports und Reichsbanner-Jugend.

Abteilung Südwest. Donnerstag, den 29. März, 20 Uhr, wichtige Funktionärversammlung im Schillerstübel, Schillerstraße. Kein Funktionär darf fehlen. Wichtige Tagesordnung.

Abteilung Nikolaitor. Schulungskursus Mittwoch, 19½ Uhr, in der Posener Schule.

Distrikt 6. Heute abend 6 Uhr wichtige Zusammenkunft aller erwerbslosen Genossen und der Funktionäre.

Distrikt 27. Morgen, 20 Uhr, Frauenabend bei Zenke, Ofener Straße 2. Genossin Else Reventlow spricht über „Die Abschaffung der Todesstrafe".

Jungsozialisten.

Unsere Besprechung findet heute abend 19,45 Uhr in der Margaretenschule, Tauentzienstraße, statt.

Sozialistische Jungordner.

Achtung! Alles richtet sich nach der in der Montagausgabe der „Volkswacht" vom 26. März erschienenen Notiz.

Abteilung Nord (S.R.B.) Wir treffen uns heute am Gneisenauplatz um 19,30 Uhr, nicht wie gestern irrtümlicherweise um 20 Uhr angegeben.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Alle Parteigenossen vom Ohlauer Tor

besuchen Sonntag den Elternabend des Heimes 2 der Sozialistischen Arbeiterjugend um 7 Uhr in der Ofener Schule. Das Programm bringt eine Menge Interessantes, so daß jeder auf seine Rechnung kommt. Unterstützt uns durch regen Besuch. Eintritt 25 Pf. SAJ., Heim 2.

April-Vorstellungen für die Volksbühnenjugend. Es war diesmal leider nicht möglich, alle Mitglieder für das gleiche Stück einzuteilen. Auch konnten diesmal nicht alle Tagwünsche erfüllt werden. Es gehen zu Goethes „Faust" im Lobetheater Heim 2 am 13. April. Heim 3 am 1., 7. und 11. April, Heim 7 am 7. (J.S.) und Heim Heim 8 am 7. April. Zu Shaws „Candida" ins Thaliatheater die Heime 1, 4 und 5 am 11. April und Heim 7 am 13. April.

Engerer Vorstand. Sonntag um 2 Uhr Sitzung. Fürstenschule. **Wer wieder** fehlt, hat sich in der Funktionärsitzung zu verantworten.

Aelteren-Gruppe. Unsere Zusammenkunft am Mittwoch fällt aus. Unsere nächste Zusammenkunft findet erst wieder am 18. April statt. Die Werbewoche macht diese Maßnahme notwendig.

Heim 7. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, das an der Werbefeier mitwirkt, heute pünktlich 20 Uhr in der Baracke zu erscheinen. Besonders die Musikanten und die Spieler der Weber-Szene. Ein jeder werbe für unsere am Freitag stattfindende Werbefeier.

Heim 8. Revisoren und Kassierer Mittwoch abend 7 Uhr wichtige Sitzung. Donnerstag kommen wir alle ins Heim, wir haben einen Diskussionsabend über „Lehrlingserlebnisse". Diejenigen, die die Volksbühne noch nicht bezahlt haben, bringen das Geld bestimmt ins Heim mit.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

FGJ.-Sprechchor. Donnerstag Probe wie immer.

FGJ.-Sondergruppe (Jungen). Heute abend pünktlich 19 Uhr im Heim.

Malerjugend. Mittwoch ist Versammlung im Jugendheim. Wir sprechen über „Unsere Gegner und wir".

Bekleidungsarbeiterjugend. Heute sind wir alle pünktlich 8 Uhr im Galeriezimmer zu unserem Frageabend. Fragen werden noch vor Beginn des Heimabends angenommen. Außerdem Anmeldung zur Osterfahrt.

Bund der Freidenkerjugend.

Heute, 20 Uhr, im Heim, Grünstraße 14/15, weltpolitischer Abend. Die Karten für die Volksbühne sind nur heute abzuholen.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften **aus unserem** Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen.
Die Redaktion.

Zu den Klagen aus Zimpel.

In der Nummer 71 der „Volkswacht" vom 23. März d. J. wird von seiten der Kriegsbeschädigten Beschwerde erhoben über die schlechten Wegeverhältnisse des Möwenweges in der Siedlung Zimpel.

Als Bauausführender habe ich dazu folgendes zu bemerken: Es ist richtig, daß die Wegeverhältnisse in der Siedlung Zimpel viel zu wünschen übrig lassen. Aber daran trägt weder die Tiefbauverwaltung noch der ausführende Steinsetzmeister die Schuld. Der Bebauungsplan der Siedlungs-Gesellschaft sieht vor, daß von Block zu Block nach Fertigstellung der Häuser die Straßen in Angriff genommen werden. Am Block Möwenweg, Rotkehlchenweg, Zeisigweg wurden die Straßenbauarbeiten im Herbst 1927 angefangen. Die Häuser, die im Herbst noch nicht bezugsfertig waren, wurden im Winter fertiggestellt (Innenausbau). Bei den Straßenbauarbeiten, die jeder Witterung ausgesetzt sind, konnte von einem weiterarbeiten, des Frostes wegen, keine Rede sein. Der Straßenbau kostet heute dem Magistrat sehr viel Geld. Die Aufbringung der Mittel ist Sache der Breslauer Steuerzahler. Die Verwendung muß also im Interesse der Steuerzahler erfolgen. Wenn nun, wie die Beschwerdeführer es wünschen, der Straßenbau bei jeder Witterung ausgeführt werden soll, so wäre das eine Geldverschwendung, die keine Zustimmung aufweisen kann. Denn Pflaster herstellen, walzen, Straßenteerung bei gefrorenem Untergrund ist tatsächlich nutzlose Arbeit, weil sie nicht hält. Nebenbei bemerkt, ist es ein Ding der Unmöglichkeit, bei Fertigstellung der Häuser auch die Straßen schon fertig zu haben. Die Siedlungs-Gesellschaft geht von dem Standpunkt aus, wenn die Wohnung bezugsfertig ist, sie auch bezogen werden muß, ganz gleich, ob die Wegeverhältnisse geordnet sind oder nicht. Ziehen dann die Mieter ein, so werden auch schon Beschwerden erhoben, die von keinerlei Sachkenntnis getrübt sind. Wenn den Beschwerden Rechnung getragen werden soll, so wäre es am besten, die Wohnungen nicht eher zu beziehen, bevor die Wegeverhältnisse nicht geordnet sind. Im übrigen sind die Termine zur Fertigstellung der Straßenbauarbeiten so kurz wie nur irgend möglich angesetzt. Gegen Witterungsverhältnisse kann selbst der Magistrat nichts machen.

Karl Marsch, Steinsetzmeister.

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Die Föhnlage hält unverändert an. Auch am Montag stiegen die Temperaturen weiter an und erreichten im schlesischen Flachland stellenweise bis zu 20 Grad. Maritime Luftmassen, die bis Mitteldeutschland vorgedrungen sind, dürften auch in die Sudetenländer einbrechen und Temperaturrückgang und Niederschläge bringen. Vereinzelt kann es dabei auch zu Gewittern kommen.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Vorübergehende Beendigung der Föhnlage, nach Nordwest drehender Wind, Bewölkungszunahme, zeitweise Niederschlag, stellenweise Gewitter, Abkühlung.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge.

Nach Nordwest drehender Wind, neblig-trübe, zeitweise Schneefall, Frostzunahme.

Datum: 27. 3. 28	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	7	15	6	heiter	O 1		
Görlitz	7	16	6	bewölkt	SW 1		
Liegnitz	10	18	5	heiter	SO 4		
Bad Flinsberg	7	15	7		S 1		
Hochwarthe	0	5	0	klar	W 2		90
Oberschreiberhau	7	13	4	heiter	W 1		gering
K. Schles. Baude	4	6	2	-	still		120
Reisträgerbaude	5	5	2	-	SW 3		120
Schneekoppe	2	8	-1	bewölkt	SSW 5		96
Neumarkt	4	18	3	heiter	OSO 2		
Krietern	5	20	4	-	SO 1		
Zobten							
Bad Salzbrunn	10	15	7	-	still		
Friedland (Bez. Breslau)	2	13	1	bewölkt	S 1		
Reinerz	2	14	0	heiter	still		
Landeck	10	15	2		SSO 4		
Reichenstein	9	17	8	bewölkt	S 1		
Festenberg	8	19	6	heiter	SO 1		
Neisse	3	19	1	-	still		
Breslau	6	18	3	-	S 2		
Kreuzburg	7	18	6	klar	SO 2		
Gleiwitz	5	19	1	bewölkt	SO 1		
Beuthen	6	17	2	-	S 2		

Das Wetter im Gebirge.

Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über: Schneehöhe, Neuschnee, Schneebeschaffenheit Sportmöglichkeit

Hochwarthebaude: 90, etwas verharscht, Ski und Rodel gut. **Schreiberhau:** geringe Schneehöhe. **Neue Schlesische und Reisträgerbaude:** 120, gekörnt, Ski und Rodel sehr gut. **Alte Schlesische Baude:** 140, gekörnt, Ski und Rodel gut. **Peterbaude:** 140, gekörnt, Ski und Rodel sehr gut. **Hohe Eule:** 3, stellenweise durchbrochen, Ski und Rodel nur stellenweise möglich. **Hochlehnar:** 80, gekörnt, Ski und Rodel mäßig. **Hoteberg:** 80, etwas verharscht, Ski und Rodel gut. **Ziegenhausbaude:** 50, stellenweise durchbrochen, Ski und Rodel mäßig.

Geschäftliches.

Dunlop! In der Heerschau der Nutzkraftwagen erregen die riesigen Luftreifen, auf denen die modernen Herkulesse des Verkehrs laufen, ebenso berechtigtes Interesse wie der Wagen selbst. Bei den Dunlop-Reifen auf der Ausstellung, mit denen viele Fahrzeuge bereift sind, zeigt sich, daß auch in dieser Reifenkategorie der vom Automobil-Reifen her bekannte Gürtelpanzer den Reifen unzerschlitzt. Die Deutsche Dunlop-Gummi-Companie feiert übrigens in diesem Jahre gleichzeitig mehrere Jubiläen. Es ist 40 Jahre her, daß durch J. B. Dunlop, dem irischen Tierarzt, die pneumatische Bereifung erfunden wurde. Ein weiteres Jubiläum ist das 35jährige Bestehen der Firma in Deutschland. Auf ein drittes Jubiläum blickt dann noch die Firma und kann dazu ihrem Leiter gratulieren, dem Herr Generaldirektor Bräuning, unter dessen bewährter Führung die Firma steht, ist am 12. Mai 1928 dreißig Jahre in der Firma.

Das Kochen von Suppen zählt zu den schwierigen Künsten. Eine gute Suppe muß einen fein abgestimmten, den Appetit anregenden Geschmack haben. Sie muß ihren Charakter wahren, d. h. in einer Krebs-Suppe z. B. müssen wir all das wieder herausschmecken, was uns ein Krebsgericht so begehrlich macht. Ob die Hausfrau nun eine Erbswurst- oder Grünkern-, Pilz-, Ochsenschwanz-, Teigwaren-, Blumenkohl-, Spargel-, Tomaten-Suppenwurst verwendet, immer wird sie mit Knorr-Suppenwurst ihren Gästen eine Suppe vorsetzen können, mit der sie Ehre einlegt, obwohl der Teller sich auf nur etwa 6 Pfennig stellt.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Dienstag, 20 Uhr, 16. Abonnements-Vorstellung der Serie A, einmaliges Gastspiel der gefeierten Koloratursängerin der Städtischen Oper Berlin Lotte Schöne als Rosine in „Der Barbier von Sevilla", mit welcher Partie Frau Schöne bei ihrem letzten Gastspiel im Oktober einen ganz außerordentlichen Erfolg erzielte. Mittwoch, 20 Uhr, 16. Abonnements-Vorstellung der Serie B: „Das Wunder der Heliane".

Lobetheater. Dienstag bis einschl. Donnerstag finden die letzten Aufführungen des erfolgreichen Schauspiels „Zwischenspiel" von Bruno Frank in der Inszenierung von Dr. Franz Joseph Engel und der Premierenbesetzung statt. Freitag bleibt das Lobetheater wegen technischer Vorbereitung zu „Faust" geschlossen.

Thaliatheater. Heute und täglich bis einschl. Freitag finden die letzten Aufführungen von „Wildente", Schauspiel von Henrik Ibsen, in der Inszenierung Alfred Habels statt.

Schauspielhaus. Heute Dienstag bis Freitag finden die vorläufig letzten Aufführungen der erfolgreichen Operette „Der Zarewitsch" statt.

Sittoriatheater. Nur noch bis Donnerstag, 8 Uhr: „Beinchen, lauter Beinchen". Freitag wegen Generalprobe geschlossen. Sonnabend, 21. März, Premiere der Breslauer Lokal-Revue: „Jupiter geht fremd", mit Henry Bender. Vorverkauf hat begonnen. Täglich 11 Uhr der große Aufklärungsfilm „Vom Keim zum Leben".

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

* **Eine Prüfung für Schwimmeister und Schwimmeisterinnen** findet am 8. und 9. Juni in Breslau statt. Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind bis 1. Mai an das hiesige Provinzialschulkollegium einzureichen. Den Gesuchen sind beizufügen: 1. ein selbst geschriebener Lebenslauf, aus dem Art und Umfang der Vorbereitung auf die Prüfung ersichtlich ist; 2. ein polizeiliches Führungszeugnis; 3. ein amtsärztliches Zeugnis darüber, daß der Gesundheitszustand des Bewerbers (Bewerberin) die Ausübung des Berufes als Schwimmeister (in) zuläßt. Die Prüfungsordnung kann beim hiesigen Provinzialschulkollegium während der Dienststunden eingesehen werden.

* **Panzerkreuzer „Potemkin".** Auf besonderen Wunsch läuft der bereits viermal verboten gewesen Film drei Tage lang im Kaiser-Wilhelm-Theater, Gartenstraße 85. (Siehe Inserat.)

* **Der Besitzer des Walhalla-Theaters,** Herr Fritz Lebrecht, hat die Kündigung gegenüber den beiden organisierten Musikern zurückgenommen und den in Breslau gültigen Tarifvertrag auch als für sich verbindlich anerkannt. Damit sind alle Differenzen als erledigt zu betrachten, so daß gegen den Besuch des Kinos nichts einzuwenden ist.

* **Die Feuerwehr** wurde gestern, kurz vor 10½ Uhr, nach Steinstraße 117/119 gerufen, weil hier ein Maurer vom Gerüst gestürzt war. Er hatte eine Gehirnerschütterung und andere Verletzungen erlitten und wurde mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhause geschafft. Kurz darauf erfolgte ein Alarm nach Tauentzienstraße 23. Durch Lagern brennbarer Stoffe auf dem Ofen waren im Kellergeschoß mehrere Tischgestelle und anderes mehr in Brand geraten. Zur Bekämpfung des Feuers mußte eine Schlauchleitung vorgenommen werden. Gegen 14½ Uhr mußte die Feuerwehr nach Agathstraße 4/6 ausrücken. Hier waren auf dem Gartengelände vermutlich durch achtloses Wegwerfen von Streichhölzern oder Tabakresten etwa 1200 Quadratmeter Gras und Sträucher in Brand geraten. Das Feuer wurde mit einer Schlauchleitung gelöscht. Kurz vor 17½ Uhr erfolgte ein Alarm nach der Spielwiese zwischen Opperauer und Charlottenstraße. Es brannten hier ebenfalls zirka 800 Quadratmeter Gras. Das Feuer wurde mit dem kleinen Löschgerät und einigen Eimern Wasser gelöscht.

* **Erweiterung des alten jüdischen Friedhofes an der Lohestraße.** Die Gemeindevertretung der Breslauer Synagogengemeinde stimmte in ihrer letzten geheimen Sitzung dem notariellen Angebot des Maurermeisters Rhode zum Ankauf einer 433 Quadratmeter großen, an den Friedhof Lohestraße angrenzenden Parzelle zu.

* **Unglücksfall durch Leuchtgas.** In ihrer Wohnung Gräbschener Straße 68 wurde am Montag morgen die 47jährige Frau Berta Klimke tot aufgefunden. Der Tod war durch Vergiftung mit Leuchtgas eingetreten, das aus einer undichten Stelle an der Zuglampe ausströmte.

* **Zusammenstöße zwischen Radfahrern und Automobilen.** Am Weißenburger Platz, Ecke Matthiasstraße, ereignete sich am Montag vormittag ein Zusammenstoß zwischen dem radfahrenden Maurer Paul Scheler, Piastenstraße 25, und einem Lastkraftwagen. Der Radfahrer wurde schwer verletzt und mußte in die Unfallstation Elbingstraße und von dort in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert werden. — Ein weiterer Zusammenstoß zwischen einer Radfahrerin und einem Lastwagen ereignete sich am Montag abend an der Ecke Schweitzer- und Frankfurter Straße. Dabei stürzte die Hausangestellte Elisabeth Preuße, Bärenstraße 12 wohnhaft, von ihrem Fahrrade und erlitt Verletzungen, die eine Einlieferung in das Allerheiligen-Hospital notwendig machten.

* **Teure Reise.** Während einer Eisenbahnfahrt von Stettin nach Breslau wurden einem Schachtmeister von einer unbekannten Frau 73 Mark aus der Hosentasche gestohlen.

* **Rücksichtsloser Radfahrer.** Vor dem Hause Anderssenstraße 17 wurde am Sonntag nachmittag die Schülerin Frieda Urbanski, Hildebrandtstraße 21 wohnhaft, von einem Radfahrer umgefahren. Sie schlug auf das Straßenpflaster und erlitt neben einem Kieferbruch mehrere Gesichtsverletzungen. Der Radfahrer bewies seine Rücksichtslosigkeit, indem er sich auf sein Rad schwang und unerkannt und ungehindert davonfuhr.

Arbeiter-Sport.

Arbeiter-Sportkartell zu Breslau, E. V.

Wir erinnern daran, daß die Kartellversammlung einstimmig beschlossen hat, die vom Stadtamt für Leibesübungen festgesetzte Platzbenutzungsgebühr abzulehnen, weil wir außerstande sind, noch weitere Lasten zu tragen. Wir empfehlen allen Kartellvereinen dringend, die Platzanträge nach Bedarf auszufüllen, aber die Verpflichtung nicht zu unterschreiben. Dafür schildere jeder, aber auch jeder einzelne Verein, seine momentane Vereinslage wahrheitsgetreu dem Stadtamt in einem Begleitbriefe, der anstatt der Zahlungsverpflichtung dem Platzantrag beigelegt werden muß.

Jeder Verein rechne sich selbst aus, was er zu bezahlen hätte, ziehe dann die Folgen für seine Verhältnisse und — schreibe, schreibe das Resultat sofort nieder und übersende es dem Stadtamt, Büttnerstraße 8.

Alles andere wird das Kartell regeln.

Für die Sonnabend-Nachmittage und alle Sonntage bis Ende Mai ersuche ich alle Kartellvereine dringend, von Einladungen oder Teilnahmeverpflichtungen gegenüber dem ersten Kartellvorsitzenden Abstand nehmen zu wollen, da bauliche Verpflichtungen mich zwingen, für diese paar freien Stunden vom sportlichen Leben auszuspannen. Soweit es möglich ist, wird ein anderes Kartellvorstandsmitglied eventuelle Einladungen berücksichtigen.

Mittwoch, den 28. März, ist die zweite Rast-Uebungsstunde in der Turnhalle, Brockauer Straße. Es üben von 8—9 Uhr alle Sportlerinnen und von 9—10 Uhr alle Sportler aller Kartellvereine, von jedem Verein müssen zwei Vertreter da sein. Es wird nach Musik geübt, die erste Rast-Uebung und der Anfang der zweiten Uebung. W. Friedrich.

Handballer! Die Protestkommission tagt Mittwoch, den 28. März, 20 Uhr, bei Hanke, Leuthenstraße, in folgender Aufstellung: Schiller, 7. Abteilung, Truppke, 5. Abteilung, Dittmann, 7. Abteilung, Flegel, 1897. Protest Neukirch I — Nordost I, geladen sind folgende Genossen: B. Zahn, F. Gabriel, P. Hermann und H. Grundmann, Neukirch. Schiedsrichter Rausch, 7. Abteilung, Spielführer Nordost und Zeugen.

Obmann des Protestausschusses, W. Peschel.

Arbeiter-Athleten-Verein. Allen Genossen zur Kenntnis, das nächsten Sonnabend, den 31. März, unsere Versammlung, 20 Uhr, bei Busch stattfindet. Wer ohne Entschuldigung fehlt, wird von der Liste gestrichen. Donnerstag, von 20 bis 21 Uhr findet im Schulzimmer die Jugend-Versammlung statt. Neuaufnahme daselbst. Donnerstag, den 29. März, 21½ Uhr, wichtige kurze Vorstandssitzung. Ewald Linke, Kassierer.

Touristenverein „Die Naturfreunde", e. V. Freitag, den 30. März, 20 Uhr, Vereinsversammlung. Bericht vom Gautag. Freund Schwarz. Alles erscheine. Sonntag, den 1. April, Arbeits-Sonntag (Hüttengelände). Abfahrtzeiten und Treffpunkte für Bahnfahrer und Fußgänger wird noch bekanntgegeben. Diejenigen Freunde, welche Spaten besitzen, melden der Vereinsleitung spätestens bis Freitag dies.

5. Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau, E. V. Freitag, den 30. März, abends 8 Uhr, Abteilungsversammlung bei Altmann, Ofener Straße. Vollständiges Erscheinen erwartet der Vorstand. Turnstunde fällt aus.

A.S.V. „Süd-Ost 1919" E. V. Breslau. Sonnabend, den 31. März, 20 Uhr, findet im Vereinslokal bei Conrad in Klettendorf eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

Fußballsparte. Verhandlungsausschuß. Ladung für den 2. April. Folgende Sportsgenossen sind geladen: 20 Uhr: In Sachen Oswitz gegen V.f.B. (Protest). Dazu beide Vereinsvertreter sowie Schiedsrichter Josef Stiller und Spielführer. — 20,30 Uhr: In Sachen Oswitz gegen V.f.B. folgende Sportsgenossen: Thielsch, Fritz, Stephan, Erich, von V.f.B.; Bunke und Rother von Oswitz, dazu beide Vereinsvertreter. — 20,45 Uhr: In Sachen Silesia-Kickers, dazu Vereinsvertreter. — 21 Uhr: In Sachen V.f.L. (Vereinsvertreter). — 21,15 Uhr: In Sachen Einigkeit (Vereinsvertreter). — 21,30 Uhr: In Sachen F.C.B. (Vereinsvertreter). — 21,45 Uhr: Adler-Flott, dazu Vereinsvertreter.

Wasserstand

27. März.

Ratibor	2.58	Ransern (Unter-Pegel)	3.58
Neisse (Stadt) vom 26. 3.	—0.22	Dyhernfurth	2.77
Neissemündung (Unter-Pegel)	2.40	Abflußmenge sekundlich 217 cbm	
Brieg (Mastenkran)	3.20	Fürstenberg vom 26. 3.	0.90
Treschen	1.50	Wasserwärme +7,6°	

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 26. März.

1 Pfund Sterling	20,393	100 ranz. Francs	16,445
1 Dollar	4,177	100 tschech. Kronen	12,378
100 holl. Gulden	168,28	100 Schweizer Francs	80,495
100 Belga = 500 Franken	58,27	100 Peletas	70,13
100 norw. Kronen	111,49	100 schwed. Kronen	112,14
10 Danzig. Gulden	81,59	100 Pengö	72,97
100 Lire	22,085	100 österr. Schilling	58,775
100 dän. Kronen	111,97	100 Sloty	46,75

Am Sonntag, den 25. März, vormittags 10½ Uhr, verstarb nach langem schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, Frau

Berta Zimmermann
geb. Friedrich
im Alter von 64 Jahren.

Dies zeigt schmerzerfüllt an

Fritz Zimmermann
nebst Kindern.

Beerdigung: Mittwoch, d. 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der alten Kapelle in Gräbschen. 233

Nach langem, schwerem Leiden verschied am Sonntag, den 25. März, die Frau unseres lieben Kollegen Zimmermann

Berta Zimmermann
geb. Friedrich

im Alter von 64 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Belegschaft der Abt. Förster der Fa. Hydrometer. 231

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 28. März, 16 Uhr von der alten Kapelle in Gräbschen aus statt.

Anst. Frl. v. Lande, gr., 27 Jahr., sucht Anschl. an solid. Herrn zwecks Heir., Ausst. vorh. (Kriegsinv. nicht ausgeschl.) 133 b
Offerten unt. Gr. 133 an die Volkswachtbuchhandlung, Breslau 3, Neue Graupenstr. 5

Arbeitsmarkt

Schuhmachergehilfe sucht Stellung
als Zuschneider oder Handzwicker in Fabrik. 250
Angebote unter K. 197 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Kleine Anzeigen
sind kompetent gereihte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

1 Bettstelle mit Matratze zu verkaufen, Augustastraße 1, 3. Etg. links, geradeaus. 231

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Breslau.

Die Versammlung am Mittwoch, den 28. März, in den Zentral-Ballsälen fällt aus.

Dieselbe findet eine Woche später, am **Mittwoch, den 4. April** um dieselbe Zeit in den Zentral-Ballsälen statt.

Die Funktionäre treffen sich ebenfalls 5 Stunden früher.

Besondere Bekanntmachung erfolgt nicht mehr.

Die Ortsverwaltung.

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse des Sprachschatzes! Lernt die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

Ein Programm

Leitmotiv für den Umbau des Hauses Rudolf Petersdorff war der Wille zur erhöhten Leistung. Im neuen vergrößerten Haus sind alle Vorbedingungen dafür gegeben.

Es bleibt bei dem alten Prinzip der Reellität, dem die Firma Petersdorff das Vertrauen und die Treue der Kundschaft dankt.

Es bleibt bei dem bewährten System, das jede der 38 Abteilungen zu einem vorbildlich ausgestatteten Spezialgeschäft macht.

Es bleibt bei der bisherigen Verkaufsorganisation, die im Käufer nicht ein Objekt sieht, sondern den Kunden achtet, dem alle Einrichtungen des Hauses dienen.

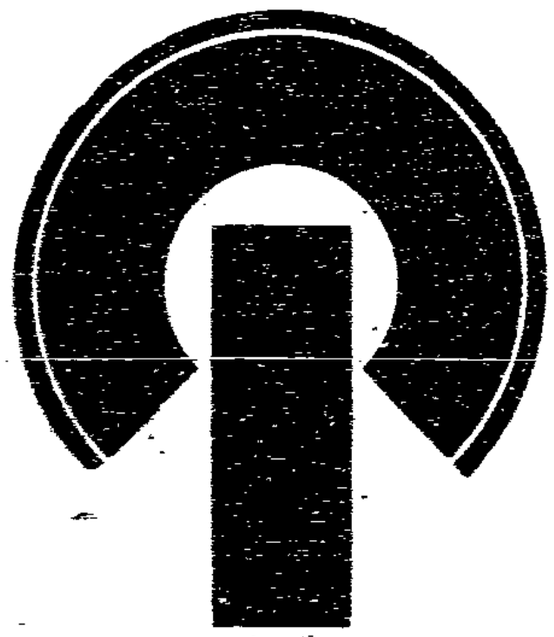
Es wird eine noch gewaltigere Auswahl guter, moderner Kleidung für Dame, Herr und Kind geboten.

Es wird dafür gesorgt, daß in den doppelt vergrößerten Abteilungen jeder Käufer das Gesuchte so findet, wie es seinen Ansprüchen und seiner Kaufkraft entspricht.

Es wird erstrebt, durch gesteigerte Umsätze niedrigste Preise zu bieten, um den Käufern immer neue Vorteile zu sichern.

Kurzum: Schlesiens größtes und traditionelles Spezialhaus für Bekleidung wird auch in Zukunft die beste Einkaufsstätte für Alle sein!

In diesem Geiste wird das neue Haus am 31. März eröffnet.



Aus Schlesien.

6. Niederschlesischer Provinziallandtag.

Der Sechste Niederschlesische Provinziallandtag, dem diesmal eine reichhaltige Tagesordnung zur Erledigung vorliegt, wurde mit einer kurzen Plenarsitzung am Montag Nachmittag eröffnet.

Als Vertreter der preußischen Staatsregierung eröffnete und begrüßte anstelle des erkrankten Oberregierungspräsidenten der Vizepräsident Dr. Wesemann den Provinziallandtag. Seine Worte richteten sich vor allem an die Landwirtschaft, der die preußische Regierung — ähnlich wie seinerzeit bei den Entschädigungen an die vom Hochwasser betroffenen Gebiete — auch diesmal Hilfe zukommen lassen will. Nur dürfe die Landwirtschaft nicht mit ungesetzlichen Mitteln vorgehen, sondern mehr Vertrauen zur Regierung zeigen. Auch die Provinzialverwaltung werde — trotzdem der Etat schon sehr angespannt ist — ihre Hilfe nicht versagen.

In der vom Alterspräsidenten Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg vorgenommenen Wahl des Vorstandes wird als erster Vorsitzender einstimmig Rechtsanwalt Gen. Dr. Baudmann und als dessen Stellvertreter Oberbürgermeister Dr. Wagner wiedergewählt. Der Vorsitzende Gen. Baudmann gratuliert an dieser Stelle im Namen des Hauses noch einmal nachträglich dem Alterspräsidenten zu seinem 80. Geburtstage, worauf von Hatzfeldt dem Hause seinen Dank für die ihm so zahlreich überwiesenen Ehren ausspricht. Anstelle der durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder Jandke und Michaelis sind die Abgeordneten Riedel und Zappe eingerückt.

Ein Antrag der Kommunisten, die bekanntlich mit vier Abgeordneten keine Fraktion im Provinziallandtag bilden können, fordert die Zulassung eines kommunistischen Abgeordneten in den Ausschuß IV, da sie dort zu wichtigen Fragen der Landwirtschaft Stellung nehmen wollen. Während Abg. v. Richthofen namens der deutschnationalen Fraktion Ablehnung empfiehlt, setzt sich Gen. Mache (Soz.) für den Antrag ein, um den Kommunisten nicht bloß Gelegenheit im Plenum zum Reden, sondern auch im Ausschuß zu fruchtbringender Arbeit zu geben. Unter lebhafter Heiterkeit auf der Linken stellt Mache fest, daß die Sozialdemokratie immer tolerant in der Verteilung der Ausschußsitze an kleinere Parteigruppen sei und auch sein wird, wenn etwa die Deutschnationalen einmal in die Lage kämen, keine Fraktion mehr bilden zu können. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Linken (einschließlich der Demokraten) mit geringer Mehrheit abgelehnt. Des weiteren wurde von den Kommunisten beantragt, den Provinziallandtag von der Provinzialverwaltung das nötige Material über den jüngst veröffentlichten Finanzskandal zukommen zu lassen. Der Vorsitzende gibt unter Heiterkeit des Hauses noch bekannt, daß der Abg. Rohr seine Beziehungen zur Deutschvölkischen Freiheitspartei gelöst habe und zurzeit keiner Partei angehört.

Die Plenumsitzungen finden am Dienstag nachmittag ihren Fortgang und dürften wohl die ganze Woche andauern.

Chamäleon Korfanty.

Die „Polonia", das Organ Korfantys, kommt in einem Artikel über die gegenwärtige politische Situation nach offensichtlichem Eintreten für den Pilsudski-Kurs zu dem Ergebnis, daß die Herrschaft Pilsudskis heute eine nicht abzuleugnende Tatsache sei, gegen die mit Gewalt anzukämpfen die Heraufbeschwörung von Komplikationen bedeuten würde, die das polnische Volk ablehnen müßte. Mit diesem Eingeständnis ist nun die Wandlung Korfantys zum Pilsudskianhänger, die gleich nach der Wahl als wahrscheinlich angedeutet wurde klar und eindeutig geworden. Aus dem polnischen Abgeordneten im deutschen Vorkriegs-Reichstage, der während der Abstimmung die Seele der aufständischen Bewegung war, wurde nach dem Mai-Umsturz 1926, der Pilsudski ans Ruder brachte, der heftigste Gegner der Sanacia Morelna, eine Gegnerschaft, die so weit ging, daß er sich mit den gleichen deutschen industriellen Kreisen in Polen anfreundete, die er als polnischer Nationalist im kaiserlichen Deutschland aufs heftigste bekämpft hatte. Sein polnisches Herz und Gewissen hinderte ihn auch nicht, von diesen deutschen Großindustriellen sich seine beiden Blätter subventionieren zu lassen und wohl im Zusammenhange damit die heftigsten Angriffe gegen die Sanacia Morelna im Schlesischen Sejm zu richten. Jetzt hat Korfanty, der wohl allmählich sein vorgerücktes Alter gewahr wird, eingesehen, daß es wohl doch besser ist, endlich in den sicheren Hafen der Regierungspolitik einzulaufen und sich an den anzulehnen, der voraussichtlich für die nächste Zeit die Posten in Polen zu vergeben haben wird. Seinem glorreichen Einzug in den Sejm dürfte nach diesem Canossa-Artikel nichts mehr im Wege stehen. Man darf neugierig sein, in welchen Farben Korfantys nächstes politisches Kleid leuchten wird, falls er merken würde, daß die Pilsudski-Farben anfangen, ihren anfänglichen Glanz einzubüßen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Erschreckende Zunahme der Bergunfälle im Neuroder Gebiet.

Einen entsetzlichen Tod fand am Sonnabend-Nachmittag der auf der Wenzeslausgrube in Mölke beschäftigte Aufseher Zwiener aus Königswalde. Z., der anscheinend dem Kohlenbunker zu nahe gekommen war, wurde von diesem erfaßt. Erst als man einen Arm in der Kohle fand, wurde das Unglück bemerkt. Der Verunglückte, der kurze Zeit vor seiner Invalidisierung stand, konnte nur noch als verstümmelte Leiche geborgen werden. — Während in früheren Jahren 6 bis 7 tötliche Unfälle zu verzeichnen waren, ist dies jetzt während des ersten Vierteljahres der dreizehnte Tote auf diesem Werk.

Die demokratischen Kandidaten für Mittelschlesien.

Dere Bezirksverband Mittelschlesien der Deutschen Demokratischen Partei beschloß auf seiner Parteitagung am vergangenen Sonnabend die Aufstellung folgender Spitzenkandidaten für den Reichstag: 1. Dr. August Weber-Berlin. 2. Bankbeamter Pohl-Breslau, 3. Frau Tscheppe-Schweidnitz, 4. Studienrat Roßkowski-Hundsfeld. Für den Landtag wurde der bisherige Abgeordnete Rektor Herrmann-Breslau wieder aufgestellt. Die Nominierung der weiteren Kandidaten wurde dem Bezirksvorstand überlassen.

Wenn Kapitalisten Steuern zahlen sollen.

Giesche fordert Niederschlagung oder verzieht.

In oberschlesischen Blättern wird, anscheinend von interessierter Seite inspiriert, gemeldet, daß die Giesche-Gesellschaft ihre Beuthener Zinkhütte nach Ohlau verlegen will und unmißverständlich angedeutet, daß dies in engem Zusammenhange mit den Verhandlungen der Giesche-Gesellschaft und der Stadt Beuthen über die ganz beträchtlichen Kommunalsteuer-Rückstände der Giesche A.-G. steht. Es wird der — bürgerlichen — Stadtverwaltung sogar sehr angelegentlich empfohlen, einen entsprechenden Vergleich einzugehen, da sonst die Stadt wirtschaftlich schwer geschädigt würde. Man muß also nur über die nötige wirtschaftliche Einflußmöglichkeit verfügen, um die kommunalen Steuerverwaltungen zu Entgegenkommen zu zwingen, das gegenüber anderen Steuerschuldnern undenkbar ist. Das Kapital regiert!

Kattowitz. Verdienstkreuze für Arbeiter. Wie die bürgerliche Presse meldet, hat der polnische Minister für Handel und Gewerbe die staatlichen Stickstoffwerke Chorzow besucht und dort mehreren Arbeitern das Verdienstkreuz verliehen. — Was es doch alles in so einer Republik gibt. Die oberschlesischen Arbeiter leben ja heute noch so jenseits des Bewußtseins ihrer Klassenzugehörigkeit, daß ihnen solche Kinkerlitzchen vielleicht Spaß machen. Aber einmal kommt auch hier der Tag, wo nicht Orden, sondern Recht und Freiheit von der Arbeiterklasse Polnisch-Schlesiens gefordert und von ihr erkannt sein wird, daß auch sie die „stärkste der Parteien ist".

Neusalz. Verhaftung des Grünberger Kindesmörders? Die Kriminalpolizei verhaftete hier, wie WTB. meldet, einen Mann, der mit dem Grünberger Kindesmörder identisch sein soll. Es handelt sich ein schlecht beleumundetes Individuum, das schon mehrere Verbrechen auf dem Kerbholz hat. Näheres ist noch nicht bekannt gegeben worden, um die laufende Untersuchung nicht zu stören.

Alt-Kemnitz i. Riesengebirge. Schadenfeuer durch Brandstiftung. Gestern früh brannte hier das an der Bahnlinie gelegene Raiffeisenlager nieder. Auch der dem Unternehmen gehörende Schuppen der Kirschmühle brannte ab. Verbrannt sind außer dem Inventar 250 Zentner Weizenmehl, 300 bis 400 Zentner Futtermittel, zirka 1100 Zentner Düngemittel und einige hundert Zentner Getreide. Nach mehrstündiger Tätigkeit der an die Brandstätte geeilten Feuerwehren der umliegenden Ortschaften konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden. Der entstandene Schaden, der zum großen Teil durch Versicherung gedeckt sein dürfte, wird auf zirka 50 000 Mark geschätzt. Man vermutet Brandstiftung.

Habelschwerdt. Einen zwanzigfachen Kircheneinbrecher verhaftet. Die Habelschwerdter Polizei machte dieser Tage einen guten Fang, indem sie einen Geschäftsreisenden, der versuchte, den Bahnhofsautomaten zu erbrechen, verhaftete. Es stellte sich dabei heraus, daß der Festgenommene ein Reisender Walter Richter aus Oelsnitz in Sachsen ist, der in Schlesien zirka 20 Einbrüche in die Opferkästen der Kirchen unternommen hatte. Die meisten dieser Einbrüche führte der Verhaftete während der Mittagszeit, wenn keine Kirchengänger anwesend waren, aus.

Glatz. Die Gemeinde Soritsch eingemeindet. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, die kleine Gemeinde Soritsch der Stadt Glatz einzugemeinden.

Der Landbund kommentiert.

Langenoels in Landbundbeleuchtung. — Die Hetze gegen den Landrat geht weiter. — Ableugnungsversuche. — Was er aber nicht sagt.

Im Mitteilungsblatt des Kreislandbundes Nimptsch wird, übrigens sehr kurz, Stellung zu den Langenoelser Vorgängen genommen und dabei wie üblich ein wenig gegen den angeblich rücksichtslosen sozialdemokratischen Landrat gehetzt. Der Landrat habe in Bausch und Bogen alle Nachprüfungen abgelehnt, während der Regierungspräsident bei den Nachprüfungen viel liberaler gewesen sei usw. Dabei wird natürlich nicht gesagt, daß der Kreisausschuß mit den Stimmen der Deutschnationalen beschlossen hatte, Stundungen nur in besonders zu begründenden Fällen zu gewähren. Der Landbund hatte nämlich die Sache so organisiert, daß die Landwirte in Massen einfach mit einem einheitlich abgefaßten Stundungsgesuch ankamen, daß keine näheren Angaben enthielt und das von einfachen Gemütern sogar nach Bezahlung der Steuer abgegeben wurde, also in seiner Zweckbestimmung nicht klar erkennbar war. Es sollte doch selbst denen, die gar so laut von der Uebersetzung des bürokratischen Apparates reden, einleuchten, daß eine solche Sabotage nicht zur Vereinfachung der Verwaltung führt und Gegenmaßnahmen erfordert. Im übrigen ging ja mit dieser Nachprüfung der Bestände, Vieh usw. Hand in Hand. Die Langenoelser Landwirte — nicht die zahlenden Kleinbauern — aber sind, wie wir neulich in Langenoels selbst feststellen konnten, zurzeit sehr eifrig damit beschäftigt, ihre Schober zu leeren, damit eine Ueberprüfung ihrer meist auf losen Zetteln gemachten Angaben nicht Schwierigkeiten bereitet.

* * *

Das recht reichlich gespendete Lob auf den — demokratischen — Regierungspräsidenten wird man nicht allzu wörtlich nehmen dürfen; es dient lediglich dazu, gehörig auf den ††† sozialdemokratischen Landrat loszuhauen. Man schreibt wörtlich:

Was ergab nun die von dem Herrn Regierungspräsidenten vorgenommene Untersuchung? Fast in allen Fällen war das Bild so erschreckend, die Verschuldung so verzweifelt, daß Stundung sofort bewilligt wurde.

Der Kreislandbund Nimptsch, an dessen führenden Stellen doch recht gebildete Leute sitzen, sollte wissen, daß der Regierungspräsident keineswegs die Befugnis hat, Kreissteuern zu stunden oder niederzuschlagen, daß dies vielmehr dem Kreisausschuß von Nimptsch zufällt, dessen starke deutschnationale Fraktion in praktischen Verwaltungsfragen auf recht leisen Sohlen geht, und die große Sprüche in den Heuschobern zu Hause läßt. Sie wissen es aber, diese Herren Landbund-Agitatoren, und sie wissen auch, wie wir schon oben feststellten, daß man zwar viele Aufstellungen abgegeben hat, daß man aber in der kurzen Zeit — was an sich bei landwirtschaftlichen Betrieben sehr schwierig ist — nicht in 13 Betrieben nachprüfen konnte, ob auch alle Angaben stimmen. Sie wissen es und behaupten das Gegenteil, denn es paßt so eben besser in das von Verantwortlichkeit ungetrübte Konzept und zu den offensichtlichen Bestrebungen, den unsympathischen Landrat aus dem Arbeiterstande loszuwerden.

Wie diese systematische Hetzerei betrieben wird, zeigt auch die bezeichnende Tatsache, daß auf der zweiten Seite des besagten Mitteilungsblattes vom 22. März unter der Ueberschrift

Gnade Gott, wenn der Bauer aufsteht . . .

der berüchtigte Aufruf des Landbundes Ost-Priegnitz abgedruckt ist, der für sich schon eine Erläuterung dafür abgibt, wie man sich in Landbundkreisen die „Mahnung zur Ruhe und Besonnenheit", von der man, wenn's brenzlich wird, redet, vorstellt. Weiterhin ist auch folgende Auslassung bemerkenswert, die einen wesentlichen Teil des hier angezogenen Leitartikels in dem Mitteilungsblatt bildet:

„Der auf dem Hofe des Herrn Kipke zur Versteigerung eines Klaviers versammelten Menge von über hundert Arbeitern und Erwerbslosen mußte der Vollziehungsbeamte Milde mitteilen, daß die Versteigerung ausfällt. Zu dem von diesen Leuten erhofften (!) Zusammenstoß ist es somit nicht gekommen, zumal außer dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer verabredungsgemäß (!) kein Landwirt erschienen war. Wieweit man in den Vorbereitungen eines energischen Schlages gegen die Landwirte seitens dieser uns sichtbar feindlich gegenüberstehendn Menschenmenge gegangen ist, geht daraus hervor, daß eine Abteilung (!!!) von etwa 200 mit Spitzhacken und Steinschlaghämmern Bewaffneter in Reserve gehalten wurde."

Dieses Bekenntnis einer schönen Seele ist wertvoll. Da bei der zweiten Versteigerung „verabredungsgemäß kein Landwirt erschien", darf es wohl als bewiesen gelten, daß die 1000 Landwirte an dem Krawalltage auch „verabredungsgemäß" erschienen und gegen die ihre Funktionen ausübenden Amtsorgane vorgegangen sind. Die „Vorbereitung eines energischen Schlages gegen die Landwirte" durch die angeblich bewaffneten Arbeiter ist natürlich ein aufgelegter Schwindel, mit dem man die Schandtaten eigener Parteigänger verdecken will. Es waren lediglich 10 bis 12 Steinschläger anwesend, die aus Neugier zuhörten und wie üblich ihre Schlaghämmer im Rucksack hatten.

Aber wir wollen den geehrten Landbund ergänzen. Inzwischen ist nämlich festgestellt worden, daß der Landwirt Seewald während des Krawalles aus dem Fenster mit einem Revolver gezielt hat, nachdem er vorher erklärte, wenn es am Mittwoch zu etwas kommt, „werde das Blut im Graben fließen." Wir haben bisher nichts hierüber berichtet, weil wir uns nicht auf Gerüchte verlassen, sondern die Bestätigung dieser Nachricht abgewartet haben. Der Landbund wird sich die unheilvollen Folgen dieser Vorgänge nicht vom Halse reden können, auch nicht mit den Märchen von drohenden Steinschlägern im Hintergrund.

* * *

Die bereits eingeleiteten strafrechtlichen Verfahren werden diese und andere Einzelheiten des Krawalls hoffentlich beschleunigt klären und damit den Beweis für die Methoden erbringen, die im Landbund als wirtschaftspolitische Kampfmittel gebraucht werden. Bemerkenswert ist im übrigen die recht sanfte Behandlung, die diese ganze Geschichte in der bürgerlichen Presse findet. Mit Ausnahme einiger demokratischer Blätter Berlins ist man auch in den sogenannten staatserhaltenden republikanischen Parteien und in den Generalanzeigern bereit, weitgehend den Mantel der christlichen Nächstenliebe über alles zu breiten. Wenn die Demonstranten etwa hungernde, wirklich hungernde Arbeiter gewesen wären, würden die Berichte wohl anders lauten.

Arbeiter! Ziehe deine Lehre daraus. In das Haus des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse, die sozialdemokratische Presse, deren Zweck nicht Profit, sondern der Kampf der Arbeiterklasse um Recht und Freiheit, um ihre Geltung im Staate ist.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Maltsch a. O. In Wahrung berechtigter Interessen glaubte der Schrankenwärter Paul Zorn zu handeln, als er — jetziges Reichsverbandsmitglied — einen früheren Kameraden im Reichsbund der Kriegsbeschädigten gröblich beleidigte. Das Gericht aber war anderer Auffassung und verurteilte ihn am 22. März zu 80 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten.

Breslauer Produktenbörse vom 26. März.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 26. März 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. Tendenz. Getreide: Unregelmäßig. — Mehl: Ruhig. — Oelsaaten: Stetig. — Kartoffeln: Speisekartoffeln ruhig, Fabrikkartoffeln gefragt.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide:	26.	24.	Oelsaaten	26.	24.
Weiz. 74 kg E.G.*	26,20	26,20	Mittl. Art und		
Roggen 71 kg*	27,30	27,10	Güte letzt. Ernte		
Hafer*	24,00	24,00	Winterraps . .	36,00	—,—
Braugerste, gute	29,00	29,00	Leinsamen . .	38,00	—,—
Braugerste*	27,00	27,00	Senfsamen . .	32,00	—,—
Industriegerste			Hanfsamen . .	36,00	—,—
einschl. Winterg.*	24,00	24,00	Blaumohn . .	60,00	—,—

* Mittlere Art und Güte.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	26.	24.		26.	24.
Weizenmehl	37,75	37,75	Auszugmehl	43,50	43,50
Roggenmehl	38,00	38,00			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz. feinere Sorten werden höher bezahlt.

Zeitgeschäfte in Getreide und Mehl.

Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggon, vom Kahne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark: für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg Brutto.

Lieferung im Monat	Weizen Normalgewicht 755 g für das Liter 26. 3.	Weizen 24. 3.	Roggen Normalgewicht 712 g für das Liter 26. 3.	Roggen 24. 3.	Hafer Normalgewicht 475 g für das Liter 26. 3.	Hafer 24. 3.	Roggenmehl nach Typen 60 % 26. 3.	Roggenmehl 24. 3.
Mai	279 B	275 G	287½ B	286 B	—	—	—	—
	277 G	—	286 G	284 G	—	—	—	—
Juli . . .	285 B	278 G	268½ B	268½ B	—	262 G	—	—
	283 G	—	266½ G	266 G	—	—	—	—
Septbr. . .	—	—	249	248 B	—	—	—	—
	—	—	—	245 G	—	—	—	—

Tendenz: Weizen befestigt, Roggen gut behauptet, Hafer geschäftslos.

Speise-Kartoffeln: (Erzeugerpreise) frachtfrei Breslau Rote 2,00, weiße 2,50, gelbfleischige —,—.

Fabrikkartoffeln ab Verladestation für das Prozent Stärke je 0,01 kg

Die Verschuldung der Landwirtschaft in Schlesien.

In den letzten Wochen sind die Ergebnisse des Vorberichtes bekannt geworden, die der zweite Unterausschuß des „Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft" (Enquete-Ausschuß) dem Reichstag über die Verschuldungsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft erstattet hat. Dieser Vorbericht teilt die Ergebnisse der Erhebungen mit, die der Unterausschuß im Laufe des vorigen Jahres über die genannte Frage angestellt hat. Die Untersuchungen des Unterausschusses sind jedoch noch nicht abgeschlossen, es handelt sich in diesem Bericht um eine vorläufige Mitteilung, die sich auf die eingehende Untersuchung der Finanzverhältnisse von 1762 buchführenden landwirtschaftlichen Betrieben aus allen Teilen Deutschlands stützt. Außerdem wurden die Konjunkturberichterstatter des deutschen Landwirtschaftsrates, ferner eine Anzahl von Landwirten, die bei den Landwirtschaftskammern ihre Bücher führen lassen, aus vier preußischen Provinzen nach dem Stand der Verschuldung ihrer Betriebe befragt. Endlich wurden zahlreiche Sachverständige aus allen Teilen des Reiches mündlich vernommen.

Die Ergebnisse sind, soweit sie sich auf ganz Deutschland beziehen, inzwischen von der Presse mitgeteilt worden. Dabei wurde als Hauptergebnis bekannt, daß die deutsche Landwirtschaft insgesamt bei weitem nicht so verschuldet ist, wie allgemein angenommen wurde. Lediglich in Ostdeutschland, insbesondere in den Provinzen Ostpreußen, Pommern und bis zu einem gewissen Grade auch Schlesien, besteht eine stärkere Verschuldung der Landwirtschaft dergestalt, daß besonders in den Provinzen Ostpreußen und Pommern die Lage der Landwirtschaft tatsächlich außerordentlich gefährdet erscheint. Die Lage der Landwirtschaft in Schlesien dagegen ist wesentlich besser. Sie nähert sich bereits der Lage der Landwirtschaft in den übrigen Gegenden Deutschlands, etwa der Mitteldeutschlands und etwa Bayerns. Die Gesamtübersicht hat ergeben, daß von der schlesischen Landwirtschaft 36 Prozent der Betriebe nur mit einer Schuldenlast von weniger als 30 Prozent des Einheitswertes belastet sind, weitere 31 Prozent mit einer Schuldenlast von 31 bis 60 Prozent des Einheitswertes, 25 Prozent der Betriebe mit einer Schuldenlast von 61 bis 100 Prozent des Einheitswertes und nur 8 Prozent mit einer Schuldenlast über 100 Prozent des Einheitswertes. Nach der Auffassung der Denkschrift, die übrigens von den Vertretern des Landbundes, nämlich den Herren v. Dewitz, Graf Kanserlingk, einem der Präsidenten des Reichslandbundes, dem bekannten schlesischen Landbundführer Freiherrn v. Richthofen, und dem früheren Reichsernährungsminister und gegenwärtigen Leiter der deutschen Handelsvertragsdelegation in den Verhandlungen mit Polen, Dr. Hermes, mit unterzeichnet und also auch gebilligt ist, ist eine Verschuldung bis zu 60 Prozent des Einheitswertes als durchaus erträglich zu bezeichnen. Infolgedessen ergibt sich, daß in Gesamtschlesien 67 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe nur mäßig verschuldet sind. Da nach der Meinung der Denkschrift selbst auch die Verschuldung bis zu 100 Prozent des Einheitswertes zwar an sich hoch ist, wirtschaftlich aber immer noch tragbar ist, ergibt sich, daß über 50 Prozent der schlesischen Landwirtschaft durchaus nicht überschuldet ist, während allerdings 8 Prozent als überschuldet gelten muß. Doch auch in bezug auf diese Betriebe ist noch ein Vorbehalt zu machen. Die Denkschrift hebt nämlich mit Recht selbst hervor, daß der Einheitswert eines landwirtschaftlichen Betriebes wesentlich geringer ist als der Verkehrswert. Der Einheitswert des gesamten deutschen landwirtschaftlichen Grundbesitzes, wie er durch die neue Bewertung festgesetzt ist, dürfte ungefähr 28 Milliarden Mark betragen, während der Wehrbeitragswert von 1911 desselben Grund und Bodens (also im gegenwärtigen Reichsgebiete) ungefähr 50 Milliarden Mark betrug. Nun ist allerdings die Differenz zwischen Verkehrswert und Einheitswert nicht in allen Teilen des Reiches gleich groß. Diese Differenz hängt vielmehr indirekt selbst von der Höhe der Verschuldung ab; denn je höher die Landwirtschaft eines Bezirkes verschuldet ist, um so größer wird das Angebot von Gütern und Höfen oder von Teilen von solchen auf dem Grundstücksmarkt sein, um so geringer wird also der Verkehrswert sein. Es dürfte deshalb wohl richtig sein, wenn die Denkschrift für Ostpreußen und Pommern einen wesentlich geringeren Verkehrswert der Güter annimmt als für West- und Mitteldeutschland. Besonders in Ostpreußen, in dem 41 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe über 100 Prozent des Einheitswertes verschuldet sind, dürfte das Güterangebot so groß sein, daß es schwierig sein wird, die Güter überhaupt los zu werden. Nach dem soeben geschilderten Verschuldungsstand der schlesischen Landwirtschaft aber scheint uns Schlesien der Teil Ostdeutschlands zu sein, bei dem man sehr wohl auch ein relativ starkes Zurückbleiben des Einheitswertes hinter dem Verkehrswert annehmen kann. Infolgedessen glauben wir, daß die Feststellung, die die Denkschrift für ganz Mittel- und Westdeutschland macht, daß viele von den Betrieben, die mit mehr als 100% des Einheitswertes verschuldet sind, sich in der Praxis gar nicht als überschuldet erweisen werden, auch für einen Teil der überschuldeten Betriebe Schlesiens gilt. Denn wenn man mit der Denkschrift zugrundelegt, daß 60 Prozent des Einheitswertes im allgemeinen 40 Prozent des landwirtschaftlichen Tatwertes entsprechen, so bleibt sogar ein Betrieb mit einer 60prozentigen Verschuldung noch innerhalb der üblichen Beleihungsmöglichkeit mit organisiertem Kapital.

Auch für Schlesien gilt im großen und ganzen, was ganz allgemein für Deutschland gilt, daß nämlich die Verteilung der Verschuldung auf die Betriebsgrößen so ist, daß sie mit der Größe des Betriebes wächst. Am 30. Juni 1926 kam auf den Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche eine Gesamtverschuldung bei den Betrieben von 5 bis 20 Hektar von 472 Mark, bei den Betrieben von 20 bis 50 Hektar von 707 Mark, bei den Betrieben von 50 bis 100 Hektar von 647 Mark, bei den Betrieben von 100 bis 200 Hektar von 884 Mark, bei den Betrieben von 200 bis 400 Hektar von 869 Mark und bei den Betrieben über 400 Hektar von 643 Mark. Absolut die größte Schuldenlast trugen also die Betriebe mit einer Größe von 100 bis 200 Hektar. Die ganz großen Betriebe sind zwar immer noch höher verschuldet als die kleinen und Mittelbetriebe, aber doch wesentlich geringer verschuldet als die mittleren Güter, vor allen Dingen die großen Latifundien sind wesentlich niedriger verschuldet als die mittleren Güter. In den übrigen Gebieten Ostdeutschlands vollzieht die Verteilung der Verschuldung hiervon insofern ab, als die Güter von 200 bis 400 Hektar Größe sowohl in Ostpreußen als auch in Pommern und Mecklenburg die Betriebe mit der, absolut gesehen, höchsten, wenn man nicht die absolute Höhe der Verschuldung ins Auge faßt, sondern die Gesamtverschuldung in Prozenten des Einheitswertes. Das Bild verschiebt sich dann nur insofern, als dann mit am höchsten verschuldeten Größenklasse die Klasse zwischen 200 und 400 Hektar ist. In dieser Klasse beträgt nämlich die Verschuldung der Betriebe in Schlesien 61 Prozent des Einheitswertes, während die Klasse von 100 bis 200 Hektar Größe nur zu 55 Prozent des Einheitswertes verschuldet ist und die Klasse von 50 bis 100 Hektar zu 47 Prozent. Die schlesischen Latifundien, d. h. die Güter von über 400 Hektar Größe, sind im Durchschnitt sogar nur zu 40 Prozent des Einheitswertes verschuldet. Daraus ergibt sich, daß es falsch ist, wenn ganz allgemein gesagt wird, daß gerade die großen Latifundien in Schlesien überaus hoch verschuldet seien. Im Gegenteil, sie haben die im Durchschnitt im mittleren verschuldete Güterklasse. Im übrigen zeigt sich aus dieser Zusammenstellung auch, daß im Durchschnitt überhaupt die Güter jeder einzelnen Größenklasse in Schlesien in einem Grade verschuldet sind, der zu Besorgnissen Anlaß geben könnte. Es kann sich also immer nur um einzelne Betriebe handeln, die besonders hoch verschuldet sind, und diejenigen noch nach dieser Richtung hin untersuchen müssen, die nicht in der allgemeinen Lage der Landwirtschaft liegen. In dieser Beziehung gibt denn auch die Denkschrift selbst zu, daß, abgesehen von der durchschnittlichen Verschuldung, eine sehr wesentlich individuelle Verschiedenheit in der Verschuldung ganz allgemein zu beobachten ist und daß infolgedessen in zahlreichen Fällen die Ursachen der Verschuldung nicht in den allgemeinen Lebensverhältnissen liegen, sondern in den besonderen Umständen, unter denen die einzelnen Betriebe arbeiten, als da sind: Tüchtigkeit des Leiters, Verwendung der aufgenommenen Schulden zu anderen als zu Betriebszwecken usw.

Die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft zerfällt in drei Teile: in die Rentenbankgrundschuld, in den Aufwertungsbetrag und in die Neuverschuldung in der Zeit nach der Inflation. Die Verteilung der Neuverschuldung auf die einzelnen Größenklassen in Schlesien ist nicht unerheblich anders als die Verteilung der Gesamtverschuldung. Vor allen Dingen ist hier festzustellen, daß die kleinsten Betriebe eine größere Neuverschuldung aufweisen als die Größenklassen von 20 bis 50 Hektar. Ferner hat die absolut größte Neuverschuldung die Größenklasse von 200 bis 400 Hektar aufzuweisen. Auch bei den Latifundien ist die absolute Größe der Neuverschuldung relativ größer als die absolute Größe der Gesamtverschuldung. Wenn trotzdem die vorhin festgestellte Verteilung der Verschuldung auf die einzelnen Größenklassen nach ihrer absoluten Höhe zustande kommt, so beruht das darauf, daß die mittleren Güter (von 100 bis 200 Hektar Größe) sowohl die größte Rentenbankgrundschuld aufgepackt erhalten haben, als auch den größten Aufwertungsbetrag. In letzterer Beziehung ist es inbezug auf den Aufwertungsbetrag besonders interessant zu sehen, daß die Latifundien über 400 Hektar Größe den bei weitem geringsten Aufwertungsbetrag haben übernehmen müssen. Das beweist, daß die Latifundien in der Zeit vor dem Kriege besonders wenig verschuldet waren. Denn der Aufwertungsbetrag bildet ja einen bestimmten Prozentsatz der Vorkriegsverschuldung. Wenn man die wirtschaftliche Lage der einzelnen Größenklassen jedoch feststellen will, kommt es vor allen Dingen auf die Neuverschuldung an. Denn die Neuverschuldung ist derjenige Teil der Gesamtschuld, der vor allem für die Größe der aufzubringenden Zinsen verantwortlich ist, wie denn überhaupt das gegenwärtige Schuldenproblem der Landwirtschaft weniger ein Problem der absoluten oder prozentualen Höhe der Verschuldung ist als ein Problem der Zinsverpflichtungen. Die Lage der Landwirtschaft ist deshalb vielfach so schwierig, weil für die neu aufgenommenen Schulden so außerordentlich hohe Zinsen bezahlt werden müssen. Diejenigen Güter, von deren Verschuldung ein verhältnismäßig großer Teil von dem Aufwertungsbetrag und der Rentenbankgrundschuld gebildet wird, haben wesentlich niedrigere Zinsen aufzubringen, als diejenigen Güter, deren Schuldenlast hauptsächlich aus neuen Schulden besteht. Denn für die Rentenbankgrundschuld brauchen nur 5 Prozent Zinsen gezahlt werden, für den Aufwertungsbetrag brauchten im Geschäftsjahr 1924/25 nur 0,6 Prozent, im Geschäftsjahr 1925/26 nur 2,75 Prozent Zinsen gezahlt zu werden. Auch in den späteren Jahren ist der Zinssatz für den Aufwertungsbetrag wesentlich niedriger als der für neuaufgenommene Gelder. Wenn wir uns aber mit Rücksicht auf den Zinsendienst die einzelnen Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe in Schlesien ansehen, so ergibt sich für das Jahr 1925/26, daß die höchste Zinsenlast die Güter zwischen 200 und 400 Hektar Größe zu tragen haben. Ihnen folgen die Güter mit 100 bis 200 Hektar und die Latifundien über 400 Hektar.

Was nun die Entwicklung der Verschuldung angeht, so gibt die Denkschrift eine Berechnung der Entwicklung der Gesamtverschuldung für die Zeit vom 1. Juli 1924 bis zum 30. Juni 1926 nur in unvollständiger Weise. Sie teilt nämlich nur die absoluten Zahlen mit, aber rechnet die Größe der Zunahme in Prozenten nicht aus. Jedoch zeigt ein Ueberblick über die Entwicklung der absoluten Höhe der Gesamtverschuldung in Schlesien, daß sich die Schuldenlast der Betriebe der Latifundien über 400 Hektar am stärksten, nämlich um 296 Mark, pro Hektar vermehrt hat. Am wenigsten vermehrt hat sich die Schuldenlast der Betriebe von 20 bis 50 Hektar, nämlich nur um ungefähr 95 Mark pro Hektar. Die Schuldenlast der Betriebe von 5 bis 20 Hektar hat sich um 115 Mk. pro Hektar vermehrt, die der Betriebe von 50 bis 100 Hektar um 146 Mk., die der Betriebe von 200 bis 400 Hektar um 209 Mark und die der Betriebe von 100 bis 200 Hektar um 294 Mark, deren Verschuldung also fast ebenso stark angewachsen ist wie die der Latifundien. Bei der Neuverschuldung allein ergibt sich, daß ebenfalls die Verschuldung der Latifundien in den zwei Jahren am stärksten gestiegen ist, nämlich um 239 Prozent. Am geringsten gestiegen ist wiederum die Neuverschuldung der Betriebe von 20 bis 50 Hektar, nämlich nur um 82 Prozent, der von 5 bis 20 Hektar nur um 96 Prozent, der von 50 bis 100 Hektar um 113 Prozent, während die Neuverschuldung der Betriebe von 100 bis 200 Hektar um 179 Prozent, und der von 200 bis 400 Hektar um 202 Prozent stieg. Es ist interessant, festzustellen, daß die Neuverschuldung sich sogar in Ostpreußen im Durchschnitt während dieser Zeit nicht so stark vermehrt hat wie in Schlesien. Sie war eben in Ostpreußen von Anfang an weit größer als in Schlesien. Bei einzelnen Größenklassen sogar fast um 100 Prozent größer (wenigstens was die Gesamtverschuldung in Prozenten des Einheitswertes angeht).

Ueber die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verschuldung in der Zeit vom 30. Juni 1926 bis 30. Juni 1927 enthält die Denkschrift in Anlage 1b eine besondere Uebersicht. Danach ist in Schlesien bei den Betrieben von 5 bis 20 Hektar in diesem letzten Jahr eine weitere Steigerung der Neuverschuldung um 12 Prozent, bei den Betrieben von 20 bis 100 Hektar um 25 Prozent und bei den Betrieben über 100 Hektar von 27 Prozent eingetreten. Das bedeutet, daß das Anwachsen der Neuverschuldung im letzten Jahre bereits wesentlich geringer geworden ist als es früher war. Bei manchen Größenklassen beträgt der Zuwachs der Neuverschuldung in diesem Jahre nur noch den vierten bis fünften Teil des Zuwachses der Neuverschuldung in den Jahren vorher. Ob man allerdings daraus den Schluß ziehen kann, daß sich die Lage der Landwirtschaft in Schlesien (und da dieselbe Feststellung für ganz Deutschland zu machen ist, in ganz Deutschland) in der letzten Zeit langsam zu bessern beginnt, erscheint fraglich. Das langsamere Anwachsen der Verschuldung kann auch darauf zurückzuführen sein, daß die Betriebe einfach nicht mehr Kredite erhalten können, da sie mit ihrer Verschuldung schon vorher an der Grenze angelangt sind, die den Kreditgeber für sein hergegebenes Geld noch einigermaßen Sicherheit gibt.

Im ganzen kann man wohl sagen, daß die Lage der schlesischen Landwirtschaft im Durchschnitt bei weitem nicht so gefährdet erscheint als im übrigen Ostdeutschland und sogar nicht viel stärker gefährdet ist als in West- und Mitteldeutschland.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Reichsbahn-Schiedsspruch.

Nachverhandlungen heute.

Die Nachverhandlungen über den Reichsbahn-Schiedsspruch, die ursprünglich auf den 28. März angesetzt waren, beginnen bereits Dienstag vormittag. Der Schlichter will sich allem Anschein nach für die Nachverhandlungen etwas mehr Zeit nehmen. Das ist deshalb angebracht, denn die durch den Schiedsspruch geschaffene Situation ist von außerordentlicher Ernst. Der Schiedsspruch hat im ganzen Reiche unter den Eisenbahnarbeitern einen wahren Proteststurm hervorgerufen. Die Erbitterung ist groß. Bei dem Einheitsverband der Eisenbahner sollen sich die Eingänge der Protestresolutionen.

Die Reichsbahn lehnt den Schiedsspruch ab.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat zum Erklärungstermin, der im Schiedsverfahren über die Lohnregelung der Reichsbahnarbeiter gestern abend um 6 Uhr ablief, keine Erklärung abgegeben, so daß damit auch von der Reichsbahn aus der Schiedsspruch als nicht angenommen gilt. An den heute vormittag um 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium beginnenden Besprechungen der Parteien wird sich die Reichsbahn beteiligen.

Tarifkündigungen in der schlesischen Textilindustrie.

Die Kündigung des Lohntarifs für die schlesische Textilindustrie ist vergangenen Sonntag auf einer in Breslau stattgefundenen Konferenz der Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Gau Schlesien, beschlossen worden. Die Kündigung erfolgt am ersten zulässigen Termin (1. 4. 1928 zum 30. 4. 1928).

Die Funktionäre sind, wie aus der von der Konferenz einstimmig gefaßten Kündigungsentschließung hervorgeht, fest davon überzeugt, daß die Verbandsleitung alles tun wird, um eine ernsthafte Verbesserung der Löhne zu erzielen. Deshalb weisen sie aber auch jede Einmischung verantwortungsloser Elemente in den Lohnkampf mit Entschiedenheit zurück. Die Funktionäre erwarten von der Verbandsleitung, daß Mitglieder des Verbandes, die gegen die Verbandsdisziplin verstoßen, unnachsichtlich zur Rechenschaft gezogen werden. In der Erkenntnis, daß nur eine straffe Organisation der Lohnforderung Nachdruck verleihen kann, verpflichteten sich die Funktionäre, in den nächsten Wochen eine rege Agitation zu entfalten.

Wirtschaft.

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 21. März 1928.

Die auf den Stichtag des 21. März berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes beträgt:

	Indexgruppen	1913 = 100 14. März 1928	21. März 1928	Veränderung in v. H.
	I. Agrarstoffe			
1.	Pflanzliche Nahrungsmittel	146,4	149,1	+1,8
2.	Vieh	101,7	100,0	—1,7
3.	Vieherzeugnisse	138,3	137,6	—0,5
4.	Futtermittel	146,8	151,8	+3,4
	Agrarstoffe zusammen	131,5	132,4	+0,7
5.	II. Kolonialwaren	130,5	130,7	+0,2
	III. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren.			
6.	Kohle	130,6	130,5	—0,1
7.	Eisen	126,6	126,6	+—0,0
8.	Metalle (außer Eisen)	103,0	103,4	+0,4
9.	Textilien	162,2	164,2	+1,2
10.	Häute und Leder	156,7	157,0	+0,2
11.	Chemikalien	125,7	125,7	— —
12.	Künstliche Düngemittel	82,5	82,5	+—0,0
13.	Technische Oele und Fette	110,9	112,2	+1,2
14.	Kautschuk	30,5	33,6	+10,2
15.	Papierstoffe und Papier	149,7	149,6	—0,1
16.	Baustoffe	157,6	157,1	—0,3
	Industr. Rohstoffe u. Halbwaren zus.	133,6	134,0	+0,3
	IV. Industrielle Fertigwaren.			
17.	Produktionsmittel	135,7	135,9	+0,1
18.	Konsumgüter	173,2	173,6	+0,2
	Industrielle Fertigwaren zus.	157,1	157,4	+0,2
	V. Gesamtindex	138,4	138,9	+0,4

* * *

Die Kritik der sozialdemokratischen Presse an der Geheimhaltung des Schmalenbach-Gutachtens hat Erfolg gehabt; denn das Reichswirtschaftsministerium hat sich am Sonnabend entschlossen, das Gutachten demnächst zu veröffentlichen. Wie der „Sozialistische Pressedienst" erfährt, liegen noch zwei Gegengutachten der Braunkohlensyndikate und des Kohlenhandels vor. Auch sie sollen mit dem Kommissionsbericht der Oeffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden.

Die Vorgeschichte dieser Schmalenbach-Untersuchung ist noch in bester Erinnerung. Im Herbst vorigen Jahres sind durch die Syndikate wiederholt Anträge auf Erhöhung des Brikettpreises gestellt worden, die jedoch durch das Votum des Reichswirtschaftsministers immer wieder der Ablehnung anheimfielen. Die Braunkohlenwerke versuchten dann, im Lohnkampf die Preiserhöhung zu erzwingen; sie machten die Aufbesserung der Grundlöhne der Braunkohlenarbeiter, die sie selbst als unbedingt notwendig anerkannten, von der Erhöhung des Brikettpreises abhängig. In einem wohl einzigartigen Propagandafeldzug behaupteten sie, daß Lohnerhöhungen ohne Preiserhöhungen für den Braunkohlenbergbau unerträglich seien und entfesselten damit den großen mitteldeutschen Streik, der schließlich mit der 11prozentigen Erhöhung der Schichtlöhne seinen Abschluß fand.

Die Ergebnisse des Gutachtens laufen auf eine vollkommene Widerlegung der Angaben der Syndikate sowie auf eine vernichtende Kritik ihrer Syndikats- und Absatzorganisation hinaus. In ausgezeichnet klaren Ausführungen wird zunächst nachgewiesen, daß durch die verschachtelte Absatzorganisation des Brikettvertriebes im Großhandel unnötig verteuernde Zwischenglieder eingeschoben werden. Das Gutachten schätzt allein die Ersparnismöglichkeiten durch rationellere Aufbau im Großhandel auf 34 bis 36 Pf. pro To. Das sind allein ca. zwei Drittel der durch die Lohnerhöhung eingetretenen Mehrbelastung. Erhebliche Verbilligungsmöglichkeiten werden auch für den Absatz des Kleinhandels aufgezeigt, dessen Verkaufszuschläge in vielen Großstädten den an die Gruben gezahlten Erlös fast völlig erreichen, teilweise sogar überschreiten. Bei diesem Teil der Untersuchung wird insbesondere auf die bedeutenden Preisunterschiede bei Belieferung durch genossenschaftliche und städtische Brikettvertriebe gegenüber dem kartellierten Kohlenhandel hingewiesen.

Es wird fernerhin nachgewiesen, daß die Braunkohlensyndikate ihre organisatorischen und gemeinwirtschaftlichen Aufgaben in ihrem bisherigen Aufbau nicht zu erfüllen imstande sind. Die lose Organisationsform der Braunkohlensyndikate, die völlig unter dem Einfluß der Großhändlerkonzerne stehen, macht jede planmäßige Produktions- und Absatzregelung nach optimalen Gesichtspunkten unmöglich. Die Kommission spricht die Vermutung aus, daß ein straffes Syndikat durch Produktionskonzentration auf die rentabelsten Betriebe, Ausschaltung der nicht voll leistungsfähigen Gruben, ferner durch einheitliche Verkaufs- und Preisdispositionen unter Aufgabe des verlustbringenden Absatzes nach dem bestrittenen Gebiet weitere Ersparnisse herbeiführen kann. Die Gegengutachten, in denen die Industrie sich bemüßigt fühlt, die Handelsspanne zu rechtfertigen, sowie die schweren Angriffe gegen die jeder rationellen Wirtschaft widersprechende Organisation der Syndikate und die Mängel der Absatzorganisation nicht entkräften.

Die Glaubhaftigkeit der Angaben der Syndikate bei ihrer Preis- und Lohnpolitik ist durch die Ergebnisse dieses Gutachtens gekennzeichnet und es ist zu hoffen, daß der Reichswirtschaftsminister die Ergebnisse der Untersuchung bei seiner Stellungnahme zur Preisfestsetzung [illegible] Arbeitsminister bei seiner Lohnpolitik beherzigt.

Die Tarifbewegung im Ruhrbergbau.

Die Wahrheit ist einfach, die Lüge kompliziert. Die Lüge zu verteidigen, erfordert viel Kopfzerbrechen. Die Zechenbesitzer des Ruhrbergbaues müssen deshalb zurzeit ihre Gehirne fürchterlich strapazieren; denn sie wollen der Oeffentlichkeit einreden, daß schon das geringste Entgegenkommen an die Bergarbeiterforderungen auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung den Ruhrbergbau in seiner Existenz bedroht. Zahlen über Zahlen sind bereits verwandt worden, um den Schwindel zu beweisen, — Zahlen, die bereits ein ganzes Buch füllen könnten.

Alle Statistiken der Zechenbesitzer ändern nichts an der Tatsache, daß der Produktionsertrag pro Kopf der Belegschaft gegenüber der Vorkriegszeit gewaltig gestiegen ist, ohne daß der Lohn des Ruhrbergarbeiters gleichen Schritt gehalten hat. Nach einer von den Unternehmern herausgegebenen Schrift: „Wirtschaftszahlen aus dem Ruhrbergbau" betrug der Förderanteil pro Kopf im 4. Quartal 1924: 886 Klg., im Durchschnitt 1925: 946 Klg., 1926: 1114 Klg. und 1927: 1132 Klg., wobei im November 1927 sogar 1153 Klg. und im Dezember des vergangenen Jahre 1151 Klg. erzielt wurden. In der gleichen Schrift wird nun erklärt, der Förderanteil sei wohl gestiegen, die Arbeitskosten seien aber pro Tonne gleich geblieben, ein finanzieller Vorteil für die Zechenbesitzer sei also nicht zu verzeichen. Pro Tonne hätten die Arbeitskosten betragen: 1925: 9,36 Mk., 1926: 8,80 Mk. und 1927: wieder 9,30 Mk. Statt Steigerung des Profits seien sogar Verluste entstanden, weil die Leistungssteigerung infolge der geringen Senkung der Arbeitskosten pro Tonne nicht ausreiche, um „die Verzinsung und Tilgung des für Arbeitsmaschinen angelegten Kapitals sowie die erheblichen Betriebskosten wieder einzubringen."

Was ist zu dieser Beweisführung zu sagen? Wie aus den Zahlen hervorgeht, sind die Arbeitskosten infolge der Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitregulierungen für einzelne Gruppen zumindest nicht gestiegen. Im Gegenteil: sie sind gesunken. Diese Senkung der Arbeitskosten trotz der Lohnerhöhungen als Folge des gestiegenen Förderanteiles ist gar nicht unbeträchtlich. Eine Senkung von 9,36 Mark (1925) auf 8,80 Mark (1926) und auf 9,30 Mark (1927) — im Dezember waren es nur noch 9,15 Mark — will bei einer Jahresförderung von durchschnittlich 110 Millionen Tonnen (1925 bis 1927) immerhin etwas heißen. Errechnet man den Mehrverdienst im Jahre 1926 gegenüber 1925 aus der Arbeitskostensenkung von 56 Pf. pro Tonne, dann ergeben sich — stark nach unten abgerundet, weil nicht alle geförderte Kohlen zum Verkauf gebracht werden — 50 Millionen Mark. Auch das Jahr 1927 weist gegen 1925 auf Grund verminderter Arbeitskosten einen Sondergewinn auf.

Trotzdem behaupten die Zechenbesitzer, daß das Geschäftsergebnis nicht gestatte, die Verzinsung und Tilgung für das Arbeitsmaschinenkapital wieder einzubringen. Wozu diese Märchen? Es ist doch bekannt, daß die ganze Maschinisierung des Ruhrbergbaues schon 1925 durchgeführt war, also in einer Periode, die der Kalkulation eine bedeutend schlechtere Basis gestattete als die Gegenwart. Damals hat kein Zechenbesitzer auch nur im Traum an die Entwickelung gedacht, die der englische Streik gebracht hat. Ohne diese Entwickelung war doch bereits die Amortisations- und damit auch die Rentabilitätsmöglichkeit des in den Maschinen investierten Kapitals einkalkuliert. Schließlich ist aber nicht nur der relative Mehrgewinn aus der Senkung der Arbeitskosten pro Tonne zu berücksichtigen, sondern auch absolut der gesteigerte Gewinn aus vermehrter Förderung. Diese betrug im Monatsdurchschnitt 1925: 8,676, 1926: 9,343, 1927: 9,835 und im Januar 1928 sogar 10,295 Millionen Tonnen. Also bei gesenkten Arbeitskosten pro Tonne eine ganz erhebliche Steigerung der geförderten Tonnenzahl! Dazu kommt noch eine Senkung der Materialpreise. Und bei alledem ist zunächst noch von den geschäftlichen Möglichkeiten aus der Nebenproduktengewinnung vollständig abgesehen.

So ergibt sich ohne weiteres: die bisherigen Lohnerhöhungen seit 1925 haben nicht nur keine Mehrbelastung gebracht, sondern Raum gelassen zu einem nicht unbeträchtlichen finanziellen Mehrgewinn, wobei die 1926 abgestoßenen Haldenbestände nur als unerwartete Kapitalverflüssigung angesehen werden. Nichts spricht dafür, daß weitere Lohnzugeständnisse hier eine Aenderung bringen; denn es steht fest, daß zum Beispiel der Schichtförderanteil pro Kopf November und Dezember 1927 auf 1153, bzw. 1151 Klg. stand gegen 1132 Klg. im Monatsdurchschnitt des Jahres 1927. Wenn schließlich die Zechenbesitzer sagen, der Ruhrbergmann marschiere in der Lohnstatistik an der Spitze und besitze also keine moralische Berechtigung auf weitere Zugeständnisse, so ist auch das nicht richtig. Nach der amtlichen Lohnstatistik betrug der tatsächlich verdiente Lohn des Ruhrbergmanns, berechnet für die Gesamtbelegschaft, im dritten Quartal 1927: 8,18 Mark. Der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft eines Hüttenbetriebs betrug nach einer Meldung der „Deutschen Bergwerkszeitung" (Nr. 289 vom Dezember 1927) im Monat Januar/Februar 8,60 Mark pro Schicht, im Oktober 9,30 Mark. Zusammen: der Lohn des Ruhrbergmanns kann erhöht werden — er muß erhöht werden.

Abwehrbewegung der süddeutschen Textilarbeiter.

Die herausfordernde Haltung der süddeutschen Textilindustriellen gegenüber den Lohnforderungen der Textilarbeiter — die Arbeitgeber verlangten Herabsetzung der tariflichen Frauen- und Männer-Akkord-Durchschnittslöhne bis zu 50 Prozent — hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Die Textilarbeiter von neun großen Textilwerken haben die Kündigung eingereicht. Die Kündigungsfrist beträgt vierzehn Tage und es ist, wenn in der Zwischenzeit die Arbeitgeber ihren Standpunkt nicht ändern, damit zu rechnen, daß es in der süddeutschen Textilindustrie zu einem schweren Kampf kommt.

Die Herausforderung der Arbeitgeber ist absolut unverständlich; denn die Lohnforderungen — Verbesserung von 58,5 auf 70 für die männlichen und von 42,5 auf 55 für die weiblichen Zeitlohnarbeiter über 25 Jahre — können, gemessen an der Steigerung der Leistung, wirklich nicht als übertrieben bezeichnet werden. Die Leistungen der Textilarbeiterschaft haben sich gegenüber der Friedenszeit zum Teil verdoppelt. Außer der Erhöhung der Produktion, die durch die schnellere Gangart der Maschinen hervorgerufen wird, ist die Arbeiterschaft gezwungen worden, immer mehr Maschinen zu bedienen. Jugendliche von 16 und 17 Jahren werden auf 16 Automatstühlen beschäftigt, obwohl man weiß, daß diese Arbeitsleistung die jungen Leute gesundheitlich ruinieren muß. Das Gleiche trifft zu für die Spinnereien. Die Leistungen der einzelnen Maschinen wurden bis zu 60 Prozent und zum Teil darüber erhöht. Die schnellere Gangart der Maschinen erfordert selbstverständlich gesteigerten Nervenverbrauch der Arbeiter. Die Frauen und Mädchen hat man veranlaßt, gegenüber 2 Seiten bis 500 Spindeln wie in der Vorkriegszeit 4 bis 6 Seiten, bis 1500 Spindeln, zu bedienen. Es ist eine Irreführung, wenn die Unternehmer die Oeffentlichkeit glauben machen wollen, daß die Löhne auf dem Stand der alten Leistungen gewährt worden seien. Die Leistungen der einzelnen Arbeiter haben mit den Lohnerhöhungen mehr als gleichen Schritt gehalten.

Keine Tarifkündigungen der Hamburger Hafenarbeiter.

Entgegen der Meldung, daß die Hamburger Hafenarbeiter den Lohntarif gekündigt hätten, wird von beteiligter Seite mitgeteilt, daß die Kündigung des Tarifs noch nicht erfolgt sei. Der Tarif könne frühestens zum 30. April d. Js. gekündigt werden.

Schlichtungsverfahren im Lohnstreit der Werftarbeiter.

Da die Verhandlungen in dem Lohnstreit der Werftarbeiter, Gruppe Seeschiffswerften Norddeutschland, zu keiner Einigung geführt haben, hat der Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse das Schlichtungsverfahren beantragt. Die Verhandlungen werden am Mittwoch beginnen. Als Sonderschlichter ist Dr. Stenzel-Hamburg bestellt worden.

Im Tarifstreit der feinkeramischen Industrie

bei dem 65 000 Arbeiter in Frage kommen, haben die Arbeitgeber die für den Reichsmanteltarif sowie für das Lohn- und Ueberzeitabkommen gefällten Schiedssprüche angenommen und Verbindlichkeitserklärung beantragt. Die Arbeitnehmer-Organisationen nahmen nur den Schiedsspruch zum Reichsmanteltarifvertrag an, dagegen lehnten sie die Schiedssprüche zum Lohn- und Ueberzeitabkommen ab. Die Arbeiterschaft der Feinkeramischen Industrie hat bereits in einer ganzen Reihe von Orten scharf gegen den Antrag der Unternehmer auf Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche Stellung genommen und erneut freie Verhandlungen gefordert.

Der Lohnschiedsspruch hat ob der geringen Lohnverbesserung — 5 bis 10 Prozent — und der langen Laufdauer — 13 Monate — unter der Arbeiterschaft große Empörung hervorgerufen. Der Schiedsspruch über die Arbeitszeit bringt Erweiterung der Ueberstunden und für die ersten drei Ueberstunden nur einen Zuschlag von 15 Prozent. Die feinkeramische Industrie hat sich im vergangenen Jahr gut entwickelt und bietet den Unternehmern auch für die Zukunft recht günstige Gewinnchancen, zu denen die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in scharfem Kontrast stehen. Unter diesen Umständen rechnen die keramischen Arbeiter fest damit, daß der Reichsarbeitsminister dem Antrage der Arbeitgeber auf Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche nicht entgegenkommt.

Die Entwickelung der deutschen Zahlungsbilanz im Jahre 1927.

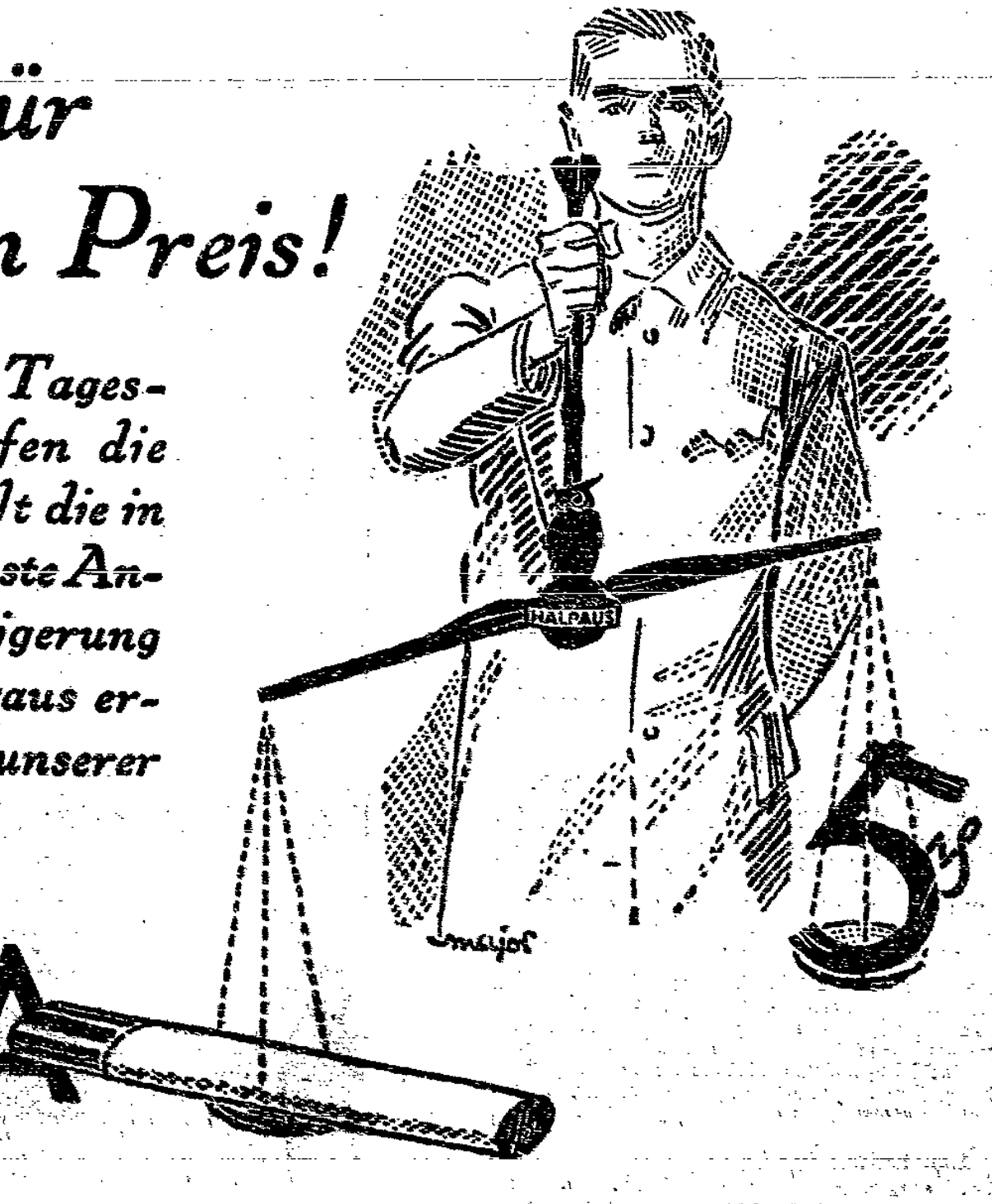
Wie das Reichsstatistische Amt feststellt, stand die Entwickelung der deutschen Zahlungsbilanz im Jahre 1927 durchaus unter dem Einfluß der passiven Handelsbilanz. Die Passivität der Handelsbilanz wird von dem genannten Institut mit 2,9 Milliarden Mark angenommen. Dazu kommen die gegenüber dem Jahre 1926 um 400 Millionen auf 1,6 Milliarden Mark gesteigerten Reparationskosten und die Zinsen, die sich mit 400 Millionen Mark, verglichen mit dem Vorjahr, verdoppelt haben.

Diesen Summen steht eine Einnahme aus den Dienstleistungen in Höhe von 300 Millionen Mark gegenüber. Das Aufkommen aus den Dienstleistungen hat sich nach Annahme des Reichsstatistischen Amtes gegenüber dem Vorjahre nicht verändert. Nach Abzug der 300 Millionen Mark verbleibt ein Passivsaldo von 4,6 Milliarden Mark, der zum Teil durch Aufnahme langfristiger Kredite, zum Teil aber auch durch Uebertragung von Gold- und Devisenbeständen der Reichsbank auf das Ausland gedeckt wurde. Trotz dieser Aktionen verbleibt nach Darstellung des Reichsstatistischen Amtes noch ein restlicher Passivsaldo von ungefähr 2,7 Milliarden Mark. Er ist sehr wahrscheinlich durch Aufnahme kurzfristiger Kredite ausgeglichen worden. Bei dem Ausgleich dürften die Warenkredite keine Rolle gespielt haben. Zweifellos ergibt sich angesichts der gesteigerten Wareneinfuhr Deutschlands im Jahre 1927 ein Aktivsaldo für Deutschland. Dieser ist aber benutzt worden, um die Warenlieferungen nach Rußland zu finanzieren.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Mehr Wert für denselben Preis!

In dreitausendstündiger Tages- und Nachtarbeit schufen die besten Ingenieure der Welt die in Deutschland vollkommenste Anlage für eine Qualitätssteigerung unserer Cigaretten. Daraus erklärt sich der Mehrwert unserer veredelten Mocca!



HALPAUS
MOCCA

Aus aller Welt

Dienstag, 27. März 1928

Die Brandepidemie.

Am Montag wurde Berlin abermals von zwei großen Bränden heimgesucht. In Wilmersdorf brach in den Morgenstunden an der Ecke Hindenburg- und Augustastraße in der Seepark-Garage von P. Rademacher aus bisher unbekannter Ursache in einem Schuppen ein Feuer aus. Die Flammen fanden unter den leicht brennbaren Materialien reiche Nahrung. In wenigen Minuten stand der ganze Schuppen in Flammen. Eine Reihe von Benzinbehältern flog unter ungeheurem Getöse in die Luft. Von den 45 im Schuppen untergebrachten Autodroschken konnten nur 21 Wagen den Flammen entrissen werden. 24 wurden vollkommen eingeäschert.

Ein weiteres Großfeuer brach in den Vormittagstunden in Johannisthal auf dem Grundstück Friedrichstraße 61 aus. Die Flammen griffen auf das Nachbargrundstück über. Fünf Gebäude wurden von den Flammen erfaßt, darunter ein 30 Meter langer Schuppen einer Flugzeugmaterial-Firma, in dem sich große Bestände von Zubehörteilen und ein Flugzeug befanden. Dieses Gebäude und ein zweiter Schuppen mit Gartenmöbeln und Gerätschaften sind vollständig zerstört worden. Auch das Flugzeug ist verbrannt. Die Flammen dehnten sich schließlich auch auf das Logenhaus in Johannisthal aus. Nur mit Mühe gelang es der Feuerwehr, den Brand im Bühnenhaus zum Stillstand zu bringen und den Saal zu retten.

Die bestochenen Reichsbahnbeamten.

In der Korruptionsaffäre beim Berliner Eisenbahnzentralamt ist von der Staatsanwaltschaft neues wesentliches Belastungsmaterial zutage gefördert worden. Der Verdacht, das sogenannte Lizenzzahlungen außer von der Firma Reisert auch von anderen Firmen an Reichsbahnoberrat Schultze und andere Beamte geleistet wurden, hat sich bestätigt. Auch die AEG. in Berlin hat derartige Zahlungen, und zwar merkwürdigerweise über das Konto des Berliner Vertreters der belasteten Kölner Firma Reisert gemacht. Die AEG. will dabei durchaus legal gehandelt haben, sie gibt an, daß die Empfänger der Lizenzzahlungen die Ueberweisung auf das Konto des Vertreters der Kölner Firma ausdrücklich verlangt hätten.

Ein Ueberlebender des Grubenunglücks in Mexiko geborgen.

Nach Meldungen aus Tezitlan ist nur einer der am 10. März durch ein Feuer in der Aurora-Grube eingeschlossenen 27 Bergleute lebend geborgen worden. Er befand sich mehrere hundert Fuß unter der Erdoberfläche, wo er 16 Tage ohne Nahrung ausharren mußte.

Vor einem deutschen Ozeanflug?

Am Montag morgen kurz nach 8 Uhr ist vom Flugplatz Tempelhof ganz überraschend der Leiter des Nachtflugdienstes der Lufthansa Köhl zum Fluge nach Irland gestartet. An Bord des Flugzeuges befanden sich außer Köhl ein bereits von einem früheren deutschen Ozeanflugversuch her bekannter Herr von Hünefeld und ein Bordmonteur. Hünefeld hat das jetzt benutzte Flugzeug gekauft. Die Vorbereitungen und der Start erfolgten so heimlich, daß nicht einmal die Direktion der Lufthansa die leiseste Ahnung von den Plänen der Flieger hatte. Das einmotorige Flugzeug führt die Bezeichnung D 1167 und trägt den Namen „Bremen". Die Piloten scheinen die Absicht zu haben, von Irland aus den Ozean zu überqueren. Köhl und von Hünefeld haben bereits Ende Februar als Vertreter des Norddeutschen Lloyds bei der englischen Botschaft in Berlin um die Erlaubnis nachgesucht, von dem irischen Flugplatz Baldonell aus zum Transozeanflug starten zu dürfen. Dem Gesuch wurde stattgegeben.

Das deutsche Ozeanflugzeug des Hauptmanns Köhl, der Junkers-Eindecker „Bremen", ist am Montag Nachmittag 5,30 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf dem irischen Militärflugplatz Baldonell glatt gelandet. Die Strecke Berlin—Baldonell wurde in knapp 9½ Stunden erreicht. Insgesamt wurden 1600 Kilometer durchquert, sodaß die Maschine eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 70 Stundenkilometern entwickelte. (Das ist sehr wenig!) Wie Köhl nach englischen Pressemeldungen in Baldonell erklärte, will er mit seinem Begleiter, sobald das Wetter über dem Atlantik es irgendwie erlaubt, zur Ozeanüberquerung starten.

Der Begleiter des Hauptmanns Köhl, ein Herr von Hünefeld, ist übrigens der gleiche Spieler, der es bei seinem ersten mißglückten Flugversuch im Sommer 1927 nicht unterlassen konnte, seinen Kaiser in Doorn huldigend anzutelegraphieren. Wie jetzt feststeht, unternehmen Köhl und Hünefeld den Flug im Auftrage des Norddeutschen Lloyd.

Ein falscher Kontrolleur,

der sich für einen Beauftragten der Elektrizitätswerke ausgibt, hat in einer Berliner Tiergartenvilla aus einem verschlossenen Schrank den Schmuck der Familie im Werte von 100 000 Mark entwendet. Der Diebstahl wurde erst bemerkt, als der Gauner schon geraume Zeit die Wohnung verlassen hatte. Es handelt sich um denselben Schwindler, der vor kurzem mit dem gleichen Trick Einbrüche in die Räume der Chinesischen Gesandtschaft und bei einem Finanzmann in der Kaiserin-Augusta-Straße verübt hat.

Falscher Verbrecher.

Der Knochenfund auf dem Boden des Hauses in der Königgrätzerstraße in Berlin, der auf einen Mordschlicher hatte, ist aufgeklärt worden. Die in zwei Körben gefundenen Knochenteile gehörten einem Medizinalrat, der früher in dem Hause wohnte und bereits 1914 gestorben ist. Der Gelehrte hatte die Knochen als Studien- und Lehrmaterial verwandt.

Wieder Freitod aus Not.

Am Montag abend wurde der 32jährige Angestellte Friedrich Kasimenz und dessen 30jährige Gattin in Berlin in einem Hause der Großen Frankfurter Straße tot aufgefunden. Wie aus einem hinterlassenen Briefe hervorgeht, war das Paar im gegenseitigen Einverständnis wegen wirtschaftlicher Notlage durch Oeffnung des Gashahnes in den Tod gegangen.

Vom Schwan totgeschlagen.

In Sierksdorf wurden die Eheleute Prinzen, die mit ihrem Sohne an einem Schwanenteich fischten, von einem Schwan erfaßt und auf der Stelle getötet. Das Kind hat die Tat mit angesehen.

Nina Bang †

Frau Nina Bang, Dänemarks erster weiblicher Minister, die im sozialdemokratischen Kabinett Stauning das Kultusministerium verwaltete, ist plötzlich gestorben.

Aushebung von zwei Falschmünzerwerkstätten.

Am Montag wurden in Berlin in der Weberstraße zwei Falschmünzerwerkstätten ausgehoben. Die Falschmünzer stellten Metallnachahmungen der bronzenen und Nickel-Fünfzigpfennigstücke und der silbernen Ein-, Zwei- und Fünfmarkstücke her. Festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden die Klempner und Schnellphotographen Gebrüder Otto und Emil Reinicke, Männer im Alter von 25 und 29 Jahren. Außerdem wurde der 35 Jahre alte Tischler Hermann König verhaftet.

Versuchter Mord und Selbstmord.

Am Sonnabend abend feuerte der 28jährige Schlosser Knieslings aus Eberswalde auf seine Braut, Wilhelmine Krüger ebenfalls aus Eberswalde, einen Schuß ab und erschoß sich dann selbst. Zwischen den Brautleuten war es bereits wiederholt zu Auseinandersetzungen gekommen.

Raubüberfall eines 18jährigen Burschen.

Der bei der im Hanauer Kasernengebäude untergebrachten Zeltplanfabrik beschäftigte 15jährige Lehrling Wilhelm Brucker hatte Freitag nachmittag Lohngelder im Betrage von 1222 Mark erhoben. Als er damit über den Kasernenhof zurückkam, wurde er von einem etwa 18 Jahre alten Burschen angefallen, zu Boden geworfen und schwer verletzt. Der jugendliche Räuber ergriff die Aktentasche mit Lohngeldern und flüchtete in den nahen Wald. Die Verfolgung wurde sofort aufgenommen.

Bankier Kunert aus der Haft entlassen.

Der Bankier Clemens Max Kunert wurde Freitag mittag nach Hinterlegung einer Kaution von 100 000 Mark aus der Untersuchungshaft entlassen, da nach Erledigung des Ermittelungsverfahrens eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr für vorliegend erachtet wurde.

Straßenfahrt Berlin—Kottbus—Berlin.

Am Sonntag fand die schon seit Jahren übliche Straßenfahrt Berlin—Kottbus—Berlin statt. Das Rennen ging bei gutem Wetter vor sich. Von den Berufsfahrern siegte Rebe-Leipzig nach einer Fahrt von 8 Stunden 20 Minuten. In der Gruppe A der Amateure hielt Stöpel-Berlin nach einer Fahrzeit von 8 Stunden 11 Minuten die Spitze. In der Gruppe B der Amateure ging Stübecke aus Wennig in Westfalen als Erster durchs Ziel. In der Gruppe C siegte Schmidt-Berlin mit 8 Stunden 24 Minuten.

Mord bei Cleve.

Sonntag früh wurde in dem benachbarten Wissel eine Dienstmagd ermordet aufgefunden. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf einen Knecht, der mit der Ermordeten ein Verhältnis unterhalten hatte. Man fand Blutspuren an seinem Rock außerdem wurde festgestellt, daß er kein Fahrrad, vermutlich um Blutspuren zu vermeiden, mit Stroh gesäubert hatte. Der Knecht wurde vorläufig verhaftet und dem Amtsgericht Cleve gemeldet.

Der erste Lehrstuhl für Homöopathie an der Universität Berlin.

Für die neuentstandene Homöopathie wurde an der Universität Berlin ein Lehrstuhl eingerichtet, der dem bekannten Berliner Homöopathen Dr. Rabemacher (im Bilde) übertragen wurde.

Zehn norwegische Schiffe gesunken.

Zehn norwegische Jägerschiffe gingen während eines Sturmes am Eingang des Weißen Meeres am Kap Kanin unter. 45 Mann wurden von vier Schiffen geborgen; das Schicksal der übrigen ist unbekannt. Sowjetschiffe mit Lebensmitteln und Kleidung sind zur Hilfeleistung ausgelaufen.

Der Gymnasiast als Lustmörder?

Ein Lustmord an dem 19jährigen Abiturienten Daube in Gladbeck steht vor seiner Aufklärung. Die Verdachtsmomente gegen den Freund des Ermordeten, den Abiturienten Husmann, haben sich verstärkt. Man hat bei Husmann das Futteral eines größeren Messers gefunden. Das Messer selbst ist verschwunden. Es ist weiter festgestellt worden, daß Husmann nicht frei von sadistischen Neigungen ist. So hat er in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Katzen kunstgerecht abgeschlachtet. Auch am Tage vor der bestialischen Ermordung Daubes hatte er eine Katze getötet. In der Hand des Ermordeten wurden im geronnenen Blut Haare gefunden, die er höchstwahrscheinlich in der Abwehr seinem Mörder ausgerissen hat. Die chemische Untersuchung darüber, ob es sich um die Haare Husmanns handelt, sind noch nicht abgeschlossen. Husmann befindet sich auf freiem Fuß.

Autounglück.

In der Nacht zum Montag überschlug sich in Mannheim infolge zu scharfen Bremsens ein mit acht Personen besetzter Kraftwagen. Hierbei wurde eine Insassin getötet, zwei weitere wurden mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert.

Brand eines Omnibusses.

Sonnabend abend geriet aus unbekannter Ursache ein Omnibus der Staatlichen Kraftwagenverwaltung der Linie Zittau—Groß-Schönau in Brand. Die Insassen gelangten zum Teil durch die Fenster ins Freie. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, wurden 7 Personen verletzt, doch sind die Verletzungen nicht schwerer Natur. Der Oberbau des Kraftwagens wurde völlig vernichtet.

Ein tausend Jahre altes Bauwerk eingestürzt.

In Toul ist gestern Abend der Turm Karls des Großen, ein massives Bauwerk aus dem 9. Jahrhundert, eingestürzt. Nachmittag fielen schon einige Steine ab. Die Polizei sperrte sofort die umliegenden Straßen ab und ließ die benachbarten Häuser räumen. Abends um 10 Uhr brach der Nordteil des 50 Meter hohen Turmes mit ungeheurem Krach in sich zusammen. Die Steinmassen zertrümmerten zwei Nachbarhäuser, in denen sich glücklicherweise keine Bewohner befanden. Man befürchtet, daß der Einsturz der Südwand jeden Augenblick folgen wird. Militär wurde aufgeboten, um die Absperrungen zu verstärken.

Autounglück.

Am Sonntag abend fuhr in der äußeren Bucherstraße in Nürnberg ein Personenkraftwagen gegen einen Baum. Dabei wurden drei Personen schwer verletzt. Das Auto fuhr noch über den Straßengraben in einen Acker, wo es umstürzte.

Wird die Ostsee salzhaltiger?

Durch die wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten Jahre ist festgestellt worden, daß der Salzgehalt der Ostsee immer mehr zunimmt. Die Ursachen und Wirkungen dieser Erscheinung sind allerdings noch nicht erforscht. Das Auftreten von Fischen, die bisher niemals in der Ostsee festgestellt wurden ist zweifellos mit dem veränderten Salzgehalt des Meeres in Zusammenhang zu bringen. So wurde u. a. in letzter Zeit in der Nähe der Küste eine sonst nur in den nördlichen Meeren festgestellte Schellfischart „Polack" (Gadus pollachius) gefangen. Auch das starke Vorkommen des Lachses dürfte auf den vermehrten Salzgehalt der Ostsee zurückzuführen sein. Besonders in diesem Jahre sind an der ostpommerschen Küste auffallend große Mengen Lachs gefangen worden.

Heidebrand.

Donnerstag vormittag ist in der Nähe von Cananohe bei Hannover ein Heidebrand entstanden. Durch den anhaltenden Ostwind begünstigt, hat das Feuer bereits eine Breite von acht Kilometern angenommen. Die technische Nothilfe und andere Hilfsmannschaften, zum Teil auch Reichswehr, sind zur Brandstelle entsandt worden.

Großfeuer.

In Groß-Kronau im Kreise Allenstein entstand Donnerstag ein großes Schadenfeuer, dem zehn Wohngebäude bezw. Schuppen und Stallungen zum Opfer fielen. Viele Vorräte und totes Inventar sind vernichtet worden, während das lebende Inventar gerettet werden konnte. Die Ursache des Brandes, der infolge des herrschenden Sturmes eine so große Ausdehnung annehmen konnte, ist noch nicht geklärt.

Bauunglück.

Bei den Bauarbeiten für das neue städtische Hotel in der Nähe des Wasserturms in Mannheim stürzte Montag früh plötzlich ein 6½ Meter tiefer Erdschacht ein und verschüttete einen verheirateten Arbeiter. Erst nach vierstündiger Arbeit konnte die Feuerwehr den Verschütteten als Leiche bergen. Ein zweiter Arbeiter konnte sich noch im letzten Augenblick retten.

Bombenexplosion in Newyork.

Auf der Newyorker Untergrundbahn in der Nähe des Theaterviertels ereignete sich Sonntag kurz vor Theaterschluß eine Bombenexplosion, die beträchtliche Aufregung verursachte. Die starke Detonation wurde weithin gehört. Niemand wurde verletzt, nur an Schaufenstern der Läden wurde einiger Schaden angerichtet. Die Polizei bewacht die Station.

Unglück bei einer Flugzeuglandung.

Miß Winifred Brown, die erste Frau, die sich in Manchester als Flugzeugführerin qualifizierte, flog Sonntag in eine Gruppe von Kindern hinein. Ein Knabe wurde getötet, fünf Kinder wurden verletzt.

Absturz eines französischen Militärflugzeuges.

Ein Militärflugzeug der Flugschule von Istres bei Marseille stürzte Sonntag nachmittag über dem dortigen Flugplatz ab. Der Führer, ein Sergeant, und sein Begleiter, ein Flugschüler, fanden den Tod. Der Flugschüler war erst Sonnabend bei Tarascon bei einem Flugzeugunfall in Lebensgefahr geraten.

Eine holländische historische Mühle abgebrannt.

Bei einem Sonnabend nachmittag in einer Fabrik in Zaandam ausgebrochenem Großfeuer schlugen Funken auf die der Fabrik benachbarte historische Sägemühle „De Grootvorst" über, in der im Jahre 1697 der russische Zar, Peter der Große als Zimmermann gearbeitet hat. Trotz heftigen Eingreifens der Feuerwehr brannte die historische Mühle bis auf die Grundmauern nieder.